

DER TÜRKISCHE
UNTERNEHMERVERBAND
TÜSİAD

Diplomarbeit
im Diplomstudiengang Orientalistik
in der Fakultät Sprach- und
Literaturwissenschaften der
Universität Bamberg

Verfasser : Arnd Bornemann
Referent : Prof. Dr. Klaus Kreiser
Korreferent : Prof. Dr. Bert Fagner

Ich erkläre hiermit gemäß § 28 Abs. 6 DPO, daß ich die vorstehende Diplomarbeit selbständig angefertigt, dabei keine anderen Hilfsmittel als die im Quellen- und Literaturverzeichnis genannten benutzt, alle aus den Quellen und der Literatur wörtlich oder sinngemäß entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht und einzeln auch die Fundstellen nachgewiesen habe.

25.04.2000

Arnd Bornemann

INHALTSVERZEICHNIS

1. <u>EINLEITUNG</u>	1
1.1. VORLIEGENDE LITERATUR ZU TÜŞAD.....	2
1.2. ZUR QUELLENGRUNDLAGE	4
1.3. DER AUFBAU DER ARBEIT	5
2. <u>INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERN IN DER REPUBLIK TÜRKIE</u>	7
2.1. BIS ZUR GRÜNDUNG DER REPUBLIK TÜRKIE (1923)	7
2.2. SEIT GRÜNDUNG DER REPUBLIK TÜRKIE	9
2.2.1. DIE KAMMERGESetze VON 1924 UND 1943	9
2.2.2. DAS KAMMERGESetz VON 1950	10
2.3. FUNKTIONEN UND INTERESSENSKONFLIKTE DES TOBB	13
3. <u>NON GOVERNMENTAL ORGANISATIONS (NGO) IN DER TÜRKIE</u>	16
3.1. DIE EMPIRISCHE ERFASSUNG VON NGOS	17
3.2. DAS PROBLEM DER KATEGORISIERUNG VON NGOS - UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG VON WIRTSCHAFTSORGANISATIONEN	19
4. <u>DIE GRÜNDUNG DES TÜŞAD</u>	24
4.1. DIE INNENPOLITISCHE LAGE BIS 1971	24
4.2. VORHERGEHENDE INITIATIVEN	25
4.3. DURCH DIE GRÜNDER ARTIKULIERTE MOTIVE	27
4.4. WEITERE GRÜNDUNGSMOTIVE	31
4.4.1. TOBB VERSUS TÜŞAD: DIE VERTRETUNG DES INDUSTRIESEKTORS	31
4.4.2. DER DRUCK VON LINKS UND DIE FRAGE DES IMAGES	35
5. <u>DIE ORGANISATIONSSTRUKTUR DES TÜŞAD</u>	38
5.1. DIE GREMIEN DER SATZUNG	38
5.2. POSTENBESETZUNG, MITGLIEDER UND DER VERHALTENSKODEX	40
5.3. FINANZEN	43
5.4. KOMMISSIONEN, ARBEITSFELDER UND DER SITZ	44

6. <u>VARIANTEN DER EINFLUSSNAHME</u>	46
6.1. PERSÖNLICHE KONTAKTAUFNAHME ODER DAS INSTRUMENT DER MEDIEN - DIE 70ER JAHRE	47
6.1.1. DIE POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE LAGE DER 70ER JAHRE	47
6.1.1.1. POLITIK	47
6.1.1.2. WIRTSCHAFT	48
6.1.2. PERSÖNLICHE KONTAKTE ZUR POLITIK - MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN	50
6.1.3. MEDIENKAMPAGNEN UND DER DRUCK DER ÖFFENTLICHKEIT	52
6.2. AUF DEM WEG ZUR POLITISCHEN KONFRONTATION - DIE 80ER JAHRE	56
6.2.1. TURGUT ÖZAL UND DIE WENDE 1980	56
6.2.2. ZURÜCKHALTUNG, DESILLUSION UND PROVOKATION ...	59
6.3. DAS PUBLIKATIONSWESEN DES TÜŞAD	65
6.3.1. PERIODIKA	66
6.3.2. SONSTIGE PUBLIKATIONEN	69
7. <u>WIRTSCHAFT UND POLITIK - NEUE FORMEN DER EINFLUSSNAHME</u>	72
7.1. DIE POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE LAGE 1991-1996	73
7.2. DAS PAKET ZUR VERBESSERUNG DES DEMOKRATISCHEN STANDARDS	75
7.2.1. PERSPEKTIVEN ZUR DEMOKRATISIERUNG IN DER TÜRKEI - AUFBAU UND KERNAUSSAGEN	77
7.2.2. DIE REZEPTION UND REAKTIONEN AUF DEN BERICHT	81
8. <u>SCHRITTE ZUR INTERNATIONALEN INTEGRATION</u>	88
8.1. TÜŞAD GEGEN DIE REGIERUNG - INTERESSENKONFLIKTE IN DEN 70ER JAHREN	88
8.2. TÜŞAD MIT DER REGIERUNG - KOOPERATION IN DEN 80ER JAHREN	90
8.3. TÜŞAD OHNE DIE REGIERUNG - EIGENINITIATIVEN IN DEN 90ER JAHREN	91
9. <u>TÜŞAD ALS PROTOTYP - NACHAHMER UND KONKURENTE</u>	95
9.1. REGIONALISIERUNG ODER INTEGRATION? DIE ŞADs	95
9.2. DAS PENDANT DER JUNGUNTERNEHMER: DIE GŞADs	101
9.3. MÜŞAD ODER DIE KOMPONENTE DER RELIGION	102

10. <u>RESÜMEE</u>	109
11. <u>BIBLIOGRAPHIE</u>	116
11.1. INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERN	116
11.2. NGOs UND DIE KATEGORISIERUNG VON WIRTSCHAFTSORGANISATIONEN	117
11.3. ALLGEMEINE BIBLIOGRAPHIE	119
11.4. AUTOBIOGRAPHIEN ZU TÜRKISCHEN GROSSUNTERNEHMERN	123
11.5. PRESSEARTIKEL	123
12. <u>ANNEX</u>	126
12.1. TÜŞAD GÜNDUNGSPROTOKOLL VOM 02.04.1971	126
12.2. TÜŞAD MANIFEST IN DER TAGESZEITUNG CUMHURIYET VOM 02.08.1971	127
12.3. TÜŞAD-ANZEIGEN IN DER TAGESZEITUNG CUMHURIYET 1979	128
12.4. SATZUNG DES TÜŞAD (AUSZUG)	132
12.5. PUBLIKATIONSLISTE DES TÜŞAD 1972-1999	138
12.6. TANÖR: PERSPEKTIVEN DER DEMOKRATISIERUNG IN DER TÜRKEI - INHALT	142
12.7. TEILNEHMER DER TÜŞAD DISKUSSIONSRUNDEN ZUR DEMOKRATISIERUNG	145
12.8. TEILNEHMER DES ERSTEN ŞAD - GIPFELS 1997	146

1. EINLEITUNG

In Ländern, deren Wirtschaftsgefüge nach marktwirtschaftlichen Prinzipien ausgerichtet ist, wird die Phrase „Politik ist der Raum, den die Wirtschaft ihr zugesteht“ gerne zur Beschreibung einer immer dominanter werdenden Rolle der Wirtschaft in Politik und Gesellschaft angeführt. Für die Republik Türkei galt jedoch lange Jahre der Umkehrsatz: Insbesondere in den ersten Jahrzehnten nach ihrer Gründung ist das Land als ein zentralistisch geführter Staat mit einer repressiven Haltung gegenüber der Gesellschaft und einer pyramidalen Autoritätsstruktur zu charakterisieren. Die türkische Wirtschaftspolitik war lange Zeit nach dem Prinzip des Etatismus ausgerichtet. Dies bedeutete unter anderem die Erstellung von Fünfjahresplänen nach sowjetischem Muster, den Ausbau staatlicher Wirtschaftsbetriebe sowie die staatliche Devisenkontrolle. In Form von Kammern wurden die Organisationen der Privatwirtschaft lange Zeit ausschließlich durch den Staat gegründet und kontrolliert.

Insbesondere während der letzten zwei Jahrzehnte lassen sich jedoch vermehrt Risse im Staatsgefüge erkennen. Wenn auch der Militärputsch von 1980 zunächst in eine Phase der Entpolitisierung der türkischen Gesellschaft mündete, so begannen nach 1983 immer häufiger Forderungen nach einer Reduzierung staatlicher Intervention in der Gesellschaft laut zu werden. Die alten Strukturen sollten aufgebrochen und statt dessen die Bildung einer bürgerlichen Zivilgesellschaft angestrebt werden. Ausdruck dieses gesellschaftlichen Pluralisierungsprozesses ist die rasante Zunahme von *Non Governmental Organisations* (NGO) ab Mitte der 80er Jahre. Gestützt auf ihre Finanzkraft, spielten Vertreter der Privatwirtschaft dabei eine maßgebliche Rolle. Die Gründung einer vom Staat unabhängigen Interessengruppe in Form eines freiwilligen Unternehmerverbandes reicht bis in die frühen 70er Jahre zurück. Der auf Grundlage des türkischen Vereinsgesetzes gegründete Unternehmerverband „Vereinigung türkischer Industrieller und Geschäftsleute“ (*Türk Sanayici İadamlar Derneđi*, TÜSİAD) war die erste und - wie sich im Verlauf der folgenden 30 Jahre zeigen sollte - einflußreichste institutionalisierte Initiative der türkischen Privatwirtschaft. Im Zusammenhang mit den weitreichenden Liberalisierungsmaßnahmen der türkischen Wirtschaft spielte der TÜSİAD ab Ende

der 70er Jahre eine tragende Rolle. Darüber hinaus weitete er ab Mitte der 80er Jahre im Rahmen der Diskussion um die Bildung einer türkischen Zivilgesellschaft seine Aktivitäten in der gesellschaftlichen und politischen Sphäre beträchtlich aus. Von der Presse gerne mit dem Etikett „Club der Reichen“ versehen, betrachtet sich der TÜSİAD in den 90er Jahren eigens als die „führende *Non Governmental Organisation* in der Türkei.“ Die Geschichte des TÜSİAD, seine gesellschaftliche Funktion und sein wachsendes Selbstverständnis, das darauf ausgerichtet ist, neben der Vertretung wirtschaftlicher Interessen gleichfalls auf soziale, politische und internationale Belange der Republik Türkei Einfluß zu nehmen, sollen in der vorliegenden Arbeit in Form einer Institutionsbeschreibung analysiert und in den allgemeinen Wandlungsprozeß der türkischen Gesellschaft eingeordnet werden.

1.1. VORLIEGENDE LITERATUR ZU TÜSİAD

Trotz seiner wachsenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedeutung hat der TÜSİAD bis dato in der Literatur erstaunlich wenig Beachtung gefunden.

Mehmet Turgut, ehemaliger Industrieminister und Mitinitiator der 1990 gegründeten proislamischen Vereinigung freier Geschäftsleute und Industrieller (MÜSİAD) hat sich kritisch mit zwei TÜSİAD-Berichten zur türkischen Wirtschaft und mit dem TÜSİAD-Report zum Ausbildungswesen in der Türkei auseinandergesetzt. Obwohl Turgut zurecht auf fragwürdige Punkte der TÜSİAD-Publikationen bezüglich statistischer Daten und deren Interpretation hinweist, zielt die polemisierende Argumentationsweise des Autors jedoch auf eine pauschalisierende Schmähung der TÜSİAD-Publikationen ab. Das Ergebnis ist eine stark polarisierte, subjektive Gegendarstellung.¹

Tarık Şahin untersucht die Rolle der Kammerunion TOBB* und des TÜSİAD bei der heftig diskutierten Streitfrage um die vorgezogenen Parlamentswahlen vom 20. Oktober 1991. Die mehrseitige Dokumentation einschlägiger Presseartikel von

¹ M. TURGUT: *TÜSİAD Raporları ve Türkiye Ekonomisi*. İstanbul: BoEaziçi Yayınları 1991.

* Vereinigung der türkischen Industrie- und Handelskammern, der Seehandelskammern und der Warenbörsen (*Türkiye Ticaret, Sanayi, Deniz Ticaret ve Ticaret Borsaları Birliği* TOBB)

März bis Oktober 1991 ist hilfreich, doch kann der Autor seine offizielle Herkunft aus den Reihen des TOBB nicht verleugnen.²

Einen informativen Überblick über türkische Wirtschaftskonglomerate und deren Organisation hat der Wirtschaftsjournalist Mustafa Sönmez mit seinem Buch „Türkiye’de Holdingler“ vorgelegt. Die Publikation, die als Einführung in die Entwicklung der türkischen Privatwirtschaft sehr lesenswert ist, enthält neben der Entstehungsgeschichte der 40 größten Holdings auch Datenmaterial zu TÛSfAD. Das Buch gibt jedoch nur den Stand bis Mitte der 80er Jahre wieder und ist aus dem kritischen Blickwinkel des „linken Lagers“ geschrieben.³

Neben diesen eher populärwissenschaftlichen Titeln liegen aus dem Bereich der wissenschaftlichen Sekundärliteratur wenige, in der Regel auf Umfragen und Interviews gestützte Untersuchungen vor: Abgesehen von einer Monographie über TÛSfAD, deren Ergebnisse weitgehend auf einer bereits im Jahr 1987 durchgeführten Umfrage unter TÛSfAD-Mitgliedern beruhen, ist bis dato keine die fast 30jährige Institutionsgeschichte des TÛSfAD umfassende Monographie veröffentlicht worden.⁴ Unter Bezugnahme auf verschiedene Teilaspekte wurde der Unternehmerverband in einzelnen Artikeln behandelt, wobei die Entwicklungen der 90er Jahre zumeist noch nicht berücksichtigt sind. Hierzu gehören die Arbeiten von Ayçe BuÉra, die im Rahmen einer allgemeinen Darstellung des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft dem TÛSfAD mehrere Seiten gewidmet hat.⁵ Ferner hat sie in einem Artikel die unterschiedliche gesellschaftliche Identität des TÛSfAD und des proislamischen Unternehmerverbands MÛSfAD gegenübergestellt.⁶ Anfang der 90er Jahre wurde eine Umfrage unter den Mitgliedern der Kammerunion TOBB, des MÛSfAD und des TÛSfAD durchgeführt, um Erkenntnisse über unterschiedliche Sichtweisen bezüglich der Aufgaben und Funktion des Staates in der Wirtschaftspolitik zu erforschen.⁷ In einem von Metin Heper herausgegebenen Sammelband, der sich mit der dominanten Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik auseinandersetzt, beleuchtet YeÇim Arat

² j ahm war seit 1991 in der Presseabteilung des TOBB beschäftigt. T. j AHIM: *Siyasi Katm ve Bask Gruplar* Ankara: Makro Ltd. j ti. EÉitim Yaymlar 1994.

³ M. SÖNMEZ: *Türkiye’de Holdingler. Kark Haramiler*. Ankara: Arkadaç Yaynevi 1992.

⁴ j. GÜLFIDAN: *Big Business and the State in Turkey. The Case of TÛSIAD*. İstanbul: BoÉazici University Press 1993.

⁵ A. BUÉRA: *Devlet ve fçadamlar* İstanbul: İleticim Yaymlar 1997.

⁶ A. BUÉRA: *Class, Culture, and State: An Analysis of Interest Representation by two Turkish Business Associations*. In: International Journal of Middle East Studies 30 (1998), S. 521-539.

vornehmlich kritisch die Rolle des TÜSİAD in den 80er Jahren.⁸ Der aktuellste Überblick über einflußreiche Unternehmerverbände in der Türkei, in dem auch informative Details zu TÜSİAD enthalten sind, stammt von Karin Vorhoff, deren Ausführungen sich unter anderem auf eigens durchgeführte Interviews mit zahlreichen Verbandsvertretern stützen.⁹

1.2. ZUR QUELLENGRUNDLAGE

Zur Gewährleistung einer auf Primärquellen gestützten Analyse des TÜSİAD wurde im Rahmen eines Feldforschungsaufenthalts in Istanbul mit dem Unternehmerverband persönlich Kontakt aufgenommen. Im Vordergrund stand dabei die Beschaffung der Jahresberichte und der Satzung des Vereins. Ein weiteres Ziel war es, Zugang zum Dokumentationszentrum des TÜSİAD zu erhalten, da vor allem die älteren Publikationen des TÜSİAD im Handel nicht erhältlich sind, und nur die aktuellsten Titel über Internet digital zur Verfügung stehen.

Die häufig anzutreffende mangelnde Kooperationsbereitschaft staatlicher Stellen hinsichtlich der Anfragen aus der Feldforschung wurde auch im Falle des privat organisierten TÜSİAD bestätigt. Erst wiederholtes Anfragen und Besuche führten zur Bereitschaft seitens des Verbandes zumindest für einige Tage ältere Publikationen sowie eine 190 Titel umfassende Publikationsliste zur Verfügung zu stellen. Die Aushändigung der Verbandssatzung sowie die Einsicht in die TÜSİAD-Jahresberichte wurde mit dem Hinweis verweigert, daß sie nur für Mitglieder bestimmt seien. Gleiches galt für den Zutritt in das im TÜSİAD-Sitz befindliche Dokumentationszentrum: Mit dem Verweis auf Sicherheitsmaßnahmen wurde kein Zugang gewährt. Die Aushändigung der Satzung konnte schließlich durch Vermittlung und wiederholte Bemühungen der Deutsch-Türkischen Industrie- und Handelskammer in Istanbul gesichert werden. Die freundliche Unterstützung der Kammer hat auch in anderen Angelegenheiten entscheidend zur Quellenbeschaffung beigetragen. Den Mitarbeitern der Deutsch-Türkischen

⁷ H. ALKAN: *Türkiye İcadamın Örgütleri ve Devlet*. In: BİRFKİM 114 (Ekim 1997), S. 43-62.

⁸ Y. ARAT: *Politics and Big Business: Janus-Faced Link to the State*. In: M. HEPER (ed): *Strong State and Economic Interest Groups. The Post-1980 Turkish Experience*. New York: Walter de Gruyter 1991, S. 135-147.

Industrie- und Handelskammer sei an dieser Stelle ausdrücklich mein Dank ausgesprochen.

Es sei schließlich noch angemerkt, daß sich der im Rahmen dieser Arbeit in einem Unterkapitel behandelte proislamische Unternehmerverband MÜŞAD bei der Bereitstellung von Quellenmaterial wesentlich kooperativer zeigte.

Als weitere Primärquelle wurden Biographien und Autobiographien von TÜŞAD-Mitgliedern herangezogen. Dabei handelt es sich insbesondere um die Aufzeichnungen führender Köpfe der in Familienbesitz stehenden Holdings KO†, SABANCI, YAġAR und EZCACIBAġI, die auch innerhalb des TÜŞAD eine dominante Rolle einnehmen. Trotz des subjektiven, in mancher Hinsicht apologetischen und beschönigenden Charakters stellen die in den Autobiographien wiedergegebenen Äußerungen der Unternehmer eine wichtige Informationsquelle dar.

Um die Rezeption und Resonanz der Öffentlichkeitsarbeit und der Publikationstätigkeit des TÜŞAD bewerten zu können, wurde an mehreren Stellen eine Auswertung von Pressemeldungen der großen türkischen Tageszeitungen und der Wirtschaftszeitung DÜNYA vorgenommen.

Zur Ermittlung von Informationen bezüglich der Organisationsstrukturen und Ziele insbesondere der kleineren regionalen türkischen Industrieverbände dienten zum Großteil die Internet-homepages der jeweiligen Institutionen als Quelle.

1.3. DER AUFBAU DER ARBEIT

Eine Einordnung und Bewertung der Reichweite heutiger Partizipation der Privatwirtschaft an wirtschaftspolitischen Entscheidungen kann nur sinnvoll vor dem Hintergrund der staatlich kontrollierten Industrie- und Handelskammern sowie ihrer Dachorganisation TOBB erfolgen. Die im 2. Kapitel aufgezeigte Entwicklung des türkischen Kammerwesens soll zudem Aufschluß über einige mögliche Motive zur Gründung eines privaten Unternehmerverbandes geben. Im Anschluß daran soll die Klassifikation einzelner Wirtschaftsorganisationen hinsichtlich ihrer Stellung zum Staat, die Etablierung von *Non Governmental Organisations* in der Türkei

⁹ K. VORHOFF: *Businessmen and their Voluntary Organisations in Turkey. Between Instrumental Solidarity, Cultural Diversity, and the State*. In: G. SEUFERT; K. VORHOFF; S. YERASIMOS (eds.): *Central Integration of Turkish Society*. İstanbul: Im Druck.

sowie deren quantitative Entwicklung anhand aktueller empirischer Datenerhebungen erörtert werden (3. Kapitel).

Im 4. Kapitel wird die eigentliche Analyse des TÜSfAD durch eine Erforschung der Gründungsmotive der Initiatoren eingeleitet. Auf Grundlage der Satzung des TÜSfAD werden daraufhin im 5. Kapitel die Organisationsstrukturen des Verbandes sowie die jeweiligen Gremien, Kommissionen und deren Zuständigkeiten erläutert und kommentiert.

Die Darstellung der Möglichkeiten und Grenzen verschiedener Varianten der Einflußnahme des TÜSfAD auf die politischen Entscheidungsträger gibt im 6. Kapitel Aufschluß über die vielfältigen Aktivitäten des Unternehmerverbandes. Dabei werden drei Strategien des TÜSfAD einer genaueren Betrachtung unterzogen: Der direkte Kontakt mit dem Ministerpräsidenten, der öffentliche Druck in Form von Medienkampagnen und die Veröffentlichung und Verbreitung verbandseigener Publikationen. Nach der quantitativen und qualitativen Untersuchung der Publikationen soll die letztgenannte Methode im 7. Kapitel anhand der TÜSfAD-Studie zur Demokratisierung der Türkei exemplarisch vorgeführt werden. Der Versuch einer Periodisierung der Bemühungen des TÜSfAD um eine vollkommene Integration der Türkei in den internationalen Markt schließt die Analyse der Aktivitäten des Unternehmerverbandes im 8. Kapitel ab.

Die Vorbildfunktion des TÜSfAD für die Organisation von freiwilligen Unternehmerverbänden der Privatindustrie soll anschließend in einer Untersuchung verschiedener regionaler Verbände aufgezeigt werden. Im selben Zusammenhang steht auch die vergleichende Darstellung der Gründung und Entwicklung des proislamischen Unternehmerverbands MÜSfAD.

Die thesenartige Zusammenfassung der wichtigsten Merkmale der Institutionsgeschichte des TÜSfAD, sowie der Versuch einer Einordnung des Unternehmerverbandes in den gesamtgesellschaftlichen Kontext schließen die Arbeit ab.

2. INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERN IN DER REPUBLIK TÜRKEI

2.1. BIS ZUR GRÜNDUNG DER REPUBLIK TÜRKEI (1923)

Wenngleich eine Industrialisierung noch nicht eingesetzt hatte und das Wirtschaftsregime der osmanischen Herrschaft als „staatlich-monolitisch“ bezeichnet werden kann, läßt sich die Idee, daß die Interessen einzelner Wirtschaftssektoren durch spezielle Organisationen vertreten werden müßten, bis in die Anfänge des 19. Jahrhunderts zurückverfolgen. Konkrete Forderungen und Vorschläge zur Institutionalisierung von Interessenvertretungen wurden im Zuge der Reformbestrebungen des Osmanischen Herrschaftshauses artikuliert.¹ In dem Reformerlaß (*Islahat fermanı*)² von 1856 wurde darauf hingewiesen, daß Händler sich in Kammern organisieren sollten.³ Im Jahr 1876 wurde die dem Ministerium für Handel (*Ticaret Nezareti*) angeschlossene Versammlung für Landwirtschaft und Handel (*Meclis-i Ticaret ve Ziraat*) gegründet. Sie sollte aus den angesehensten Händlern die Mitglieder für die neu zu gründenden Kammern für Handel und Landwirtschaft (*Ticaret ve Ziraat Cemiyetleri*)⁴ bestimmen. Die Versammlung für Landwirtschaft und Handel wurde 1879 aufgelöst, und ihre Aufgaben den neu gegründeten Direktorien für Industrie, Handel und Landwirtschaft (*Sanayi, Ziraat ve Ticaret Müdüriyetleri*) übertragen. Ab diesem Zeitpunkt wurde der Begriff „*cemiyet*“ durch den - dem Französischen entlehnten - Terminus „*oda*“ ersetzt. In den darauf folgenden Jahren wurden zunächst in İstanbul (1880) und später im

¹ Ein umfassender Überblick zu den osmanischen Vorgängerinstitutionen der heutigen Industrie- und Handelskammern ist bis dato nicht zugänglich. Die Darstellungen sind lückenhaft und weisen vor allem bzgl. der Datierung von Gesetzen und Institutionsgründungen und deren Benennung sowie in Bezug auf Begriffsdefinitionen erhebliche Divergenzen auf: M.Ö. ALKAN: *Sivil Toplum Kurumlarının Hukuksal Çerçevesi 1839-1945*. In: A.N. YÜCEKÖK, İ. TURAN, M.Ö. ALKAN: *Tanzimattan Günümüze İstanbul'da STK'lar*. İstanbul 1998, S. 45-73; A. ÖNCÜ: *Cumhuriyet Döneminde Odalar*. In: *Cumhuriyet Dönemi Ansiklopedisi (CDTA)* Cilt 6. İstanbul: İletişim Yayınları 1983, S. 1566-1576; K. ÖKE: *Odalar BirliĖi*. In *CDTA*, Cilt 14. İstanbul: İletişim Yayınları 1996, S. 961-962.

² In Anlehnung an die Sekundärliteratur wird im Folgenden bei Nennung von osmanischen Institutionen, Gesetzen etc. die neutürkische Transkription übernommen.

³ K. ÖKE: *Odalar BirliĖi*, S. 961.

⁴ ALKAN weist auf fünf verschiedene, in diesem Kontext oft irreführende Konnotationen des Begriffs 'cemiyet' hin. Die Idee der Funktionen und Aufgaben der oben genannten Organisationen entsprachen jedoch bereits den später ohnehin in „oda“ umbenannten Kammern. Vgl. M.Ö. ALKAN: *Sivil Toplum Kurumlarının Hukuksal Çerçevesi*, S. 50.

heutigen İzmir (1885), im heutigen Antalya und Mersin (1886) sowie in Enebolu (1897) Kammern eingerichtet. Jede Gründung mußte durch das Ministerium für Handel und Landwirtschaft genehmigt werden. In bezug auf die Kontrolle und die Wahl der Geschäftsführung standen die Kammern vollständig unter der Vormundschaft des Ministeriums.⁵ Die Mitgliedschaft von Unternehmen war - im Gegensatz zu den republikanischen Nachfolgeinstitutionen - nicht obligatorisch. Die Aufgaben der Kammern beschränkten sich auf die Vermittlung von Vorschlägen und Informationen der jeweiligen Wirtschaftssektoren an das Ministerium. Beratende Hilfe wurde in Fragen der Förderung der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie erwartet, d.h. die Kammern sollten lediglich als „Informationsorgane des Staates“ fungieren.⁶

Zwei Jahre nach der Jungtürkischen Revolution und dem Beginn der 2. Konstitutionellen Periode (1908) trat ein Gesetz für Handels- und Industriekammern (*Ticaret ve Sanayi Kanunu*) mit folgenden Bestimmungen in Kraft: Die Kammern der Sektoren Industrie und Handel sollten zu jeweils einer gemeinsamen Kammer fusionieren. Die Kammermitgliedschaft war nicht an die osmanische Staatsangehörigkeit gebunden und es bestand wiederum keine Mitgliedspflicht der einzelnen Unternehmen.⁷ Die Verwaltung und Kontrolle der Kammern lag vollständig in den Händen des verantwortlichen Ministeriums. Die Industrie- und Handelskammern sollten auch hier lediglich als Bindeglied zwischen dem Staat und dem Händler sowie als Beratungs- oder Informationsorgan fungieren.⁸ Die Mitglieder vertraten eher die Interessen der international agierenden Großhändler. Kleinere einheimische und mehrheitlich von einheimischen Besitzern geführte Betriebe waren, wenn überhaupt, in Handwerkskammern (*Esnaf Odaları*) organisiert.

Bezüglich der Anzahl der Kammern nennt Öncü für das Jahr 1920 insgesamt 20 Einrichtungen.⁹ Gemäß den Angaben von Zafer Toprak bestanden im Jahr 1908

⁵ M.Ö. ALKAN: *Sivil Toplum Kurumları ve Hukuksal çerçevesi*, S. 64f.

⁶ A. ÖNCÜ: *Cumhuriyet Döneminde Odalar*, S. 1568: İlk odaların hükümetin danışma organları gibi düşünülmüş olduğu anlaşılmaktadır.

⁷ A. ÖNCÜ. *Cumhuriyet Döneminde Odalar*; S. 1568-1569.

⁸ M.Ö. ALKAN: *Sivil Toplum Kurumları ve Hukuksal çerçevesi*, S. 66: [...] hem hükümet ile tüccar arasında bir köprü hem de danışma organı olarak tanımlanmıştır.

⁹ A. ÖNCÜ: *Chambers of Industry in Turkey: An Inquiry into State. Industry Relations as a Distributive Domain*. In: E. ÖZBUDUN, A. ULUSAN (ed.): *The Political Economy of Income Distribution in Turkey*. New York: Holmes & Meier Publishers 1980, S. 458.

auf dem - zu dieser Zeit noch weitaus größeren - Herrschaftsgebiet der Osmanen 156 Kammern.¹⁰

2.2. SEIT GRÜNDUNG DER REPUBLIK TÜRKEI¹¹

2.2.1. DIE KAMMERNGESETZE VON 1924 UND 1943

Kurz vor Gründung der Republik Türkei wurde Anfang des Jahres 1923 in İzmir ein nationaler Wirtschaftskongress (*İzmir İktisat Kongresi*) veranstaltet. Zu den grundlegenden Beschlüssen dieses Kongresses gehörte die Forderung, daß als Prämisse für eine unabhängige Republik gleichfalls ein international unabhängiges nationales Wirtschaftssystem etabliert werden müsse.¹² Diese Forderung spiegelt sich in Artikel 4-5 des 1924 erlassenen Gesetzes für Handels- und Industriekammern (*Ticaret ve Sanayi Odaları Kanunu*) wieder. Die Nationalisierung (*millileştirilmesi*) der Kammern wurde dadurch erlangt, daß die Kammermitgliedschaft ab 1924 für jeden Wirtschaftsbetrieb obligatorisch wurde, und - im Gegensatz zu den Bestimmungen während der jungtürkischen Periode - die türkische Staatsangehörigkeit Voraussetzung für eine Mitgliedschaft bei den Kammern wurde. Das neue Gesetz und die kurz darauf erlassenen Beschlüsse zielten auf die weitgehende Kontrolle der Kammern durch den Staat, respektive durch das Handelsministerium, ab.¹³ Kammern stellten eine juristische Person nach öffentlichem Recht (*hükmi şahsiyeti haiz*) dar und waren auf Anordnung des Ministeriums zu gründen. Der Geschäftsführer war Staatsbeamter und wurde durch das Ministerium ernannt. Sowohl im Wahlgremium für den Kammervorstand als auch im Vorstand selbst mußte die Mehrheit durch Staatsbeamte des Ministeriums sichergestellt werden.

¹⁰Z. TOPRAK: *Milli İktisat - Milli Burjuvazi. Türkiye'de Ekonomi ve Toplum* (1908-1950). İstanbul: Tarih Vakfı 1995, S. 94.

¹¹Neben den Industrie- und Handelskammern bestehen in der Türkei weitere - in diesem Kapitel nicht berücksichtigte - Kammerorganisationen. Dazu gehören u.a.: Landwirtschaftskammern (*Ziraat Odaları*); Kammer der Buchhalter und Finanzberater (*Muhasebeci ve Mali Müçavir Odaları*); Ärztekammern (*Tabip Odaları*); Handwerkskammern (*Esnaf Odaları*); Kammer der Ingenieure und Architekten (*Mimar ve Mühendis Odaları*).

¹²Vgl. die Eröffnungsrede von Mustafa Kemal (Atatürk). A. G. ÖKÜ: *Türkiye İktisat Kongresi 1923 - İzmir. Haberler, Belgeler, Yorumlar*. Ankara: Sermaye Piyasası Kurulu⁴1997, S. 204.

¹³M.Ö. ALKAN: *Sivil Toplum Kurumları Hukuksal Çerçevesi 1839-1945*, S. 66.

Im Lauf der ersten zwei Jahrzehnte nahm die Anzahl der Kammern um mehr als das Doppelte zu. Waren es 1924 noch 50 Organisationen, so existierten 1942 bereits 105 Handels- und Industriekammern.¹⁴

Während des 2. Weltkrieges wurde ein neues Gesetz für Handels- und Industriekammern (*Ticaret ve Sanayi Odaları, Esnaf Odaları ve Ticaret Borsaları Kanunu*) erlassen; die Kontrollmöglichkeiten bzw. die Vormundschaft (*vasilik*) des Staates sind hier noch ausgebaut worden. Als Gründe hierfür führt Öncü den Versuch der staatlichen Steuerung eines Krisenmanagements aufgrund der wirtschaftlichen Folgen des Weltkrieges sowie den Kampf gegen einen florierenden Schwarzmarkt an.¹⁵ Eine weitere Ursache liegt in dem seit Anfang der 30er Jahre wachsenden staatlichen Einfluß auf das Wirtschaftssystem. Denn nach Ausbleiben eines privatwirtschaftlichen Engagements hatte sich die im Einparteiensystem regierende Republikanische Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi, CHP*) durch Förderung staatlich geführter Wirtschaftsbetriebe und die Erstellung von Fünfjahresplänen zunehmend dem Prinzip der etatistischen Wirtschaftsführung verschrieben.

2.2.2. DAS KAMMERNGESETZ VON 1950

Der Übergang von den 40er in die 50er Jahre bedeute für die Republik Türkei in vielerlei Hinsicht einen Umbruch. Nach Ende des Weltkrieges folgte die Türkei der 'Truman-Doktrin' und nahm die Hilfen des Marshall - Plans in Anspruch. Die institutionelle Anbindung an den Westen erfolgte zügig: 1945 Gründungsmitglied der UNO, 1952 Beitritt zur NATO sowie Beitritt zum Internationalen Währungsfond, zur Weltbank und zur OECD.

Mit den außenpolitischen Veränderungen ging gleichzeitig eine Umgestaltung der innenpolitischen Verhältnisse einher. Die seit Gründung der Republik Türkei in einem Einparteiensystem regierende Republikanische Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Fırkası, CHF*, ab 1935 *C.H. Partisi, CHP*) geriet in ihrer Alleinherrschaft innenpolitisch zunehmend unter Druck. Im Zuge der Forderung nach einem demokratischen System wurde die Gründung einer oppositionellen Partei

¹⁴A. ÖNCÜ: *Cumhuriyet Döneminde Odalar*, S. 1569.

¹⁵A. ÖNCÜ: *Cumhuriyet Döneminde Odalar*, S. 1570.

zugelassen. Bei den ersten „demokratischen“ Wahlen der Türkei 1950 übernahm die neu formierte Demokratische Partei (*Demokrat Partisi DP*) unter der Führung von Adnan Menderes die Regierung und drängte die CHP in die Opposition.

Die insbesondere aufgrund internationalen Drucks bereits Ende der 40er Jahre eingeleitete Wirtschaftspolitik der Forcierung außenwirtschaftlicher Liberalisierung und der Förderung der türkischen Privatwirtschaft wurde durch die neue Regierung stark intensiviert. Dies hatte weitreichende Folgen für die Position der Industrie- und Handelskammern: 1950 trat ein neues Gesetz zur Regelung der Kammern in Kraft (*Ticaret ve Sanayi Odaları, Ticaret Odaları, Sanayi Odaları, Ticaret Borsaları ve Bunların BirliĒi Hakkında Kanunu*). Die Modifikationen im Vergleich zu den vorigen Gesetzen betrafen im Wesentlichen folgende Bereiche: Die Geschäftsführer der Kammern wurden nicht mehr durch das zuständige Ministerium ernannt, sondern konnten intern gewählt werden. Außerdem wurde aufgrund zunehmender Divergenzen zwischen den Sektoren Handel und Industrie die Gründung eigener Industriekammern genehmigt.¹⁶

Ein weiterer Beschluß betraf die Gründung einer Dachorganisation, in der alle türkischen Kammern obligatorisch zusammen geschlossen werden mußten. Daraufhin kamen die in der folgenden Liste aufgeführten Organisationen Anfang des Jahres 1952 in Ankara zusammen, um die Union der Türkischen Industrie- und Handelskammern und Warenbörsen (*Türkiye Ticaret, Sanayi, Deniz Ticaret ve Odaları ve Ticaret Borsaları BirliĒi TOBB*) zu gründen:¹⁷

- » 32 Handels- und Industriekammern
- » 8 Handelskammern
- » 1 Industriekammer (İstanbul)
- » 20 Handelsbörsen

Bis 1977 hatte sich die Anzahl der in TOBB organisierten Kammern beträchtlich ausgeweitet:¹⁸

¹⁶Seit 1909 waren die Sektoren Handel und Industrie in einer Kammer organisiert. Nach Erlaß des Gesetzes von 1950 wurden Industriekammern (*Sanayi Odaları*) in İstanbul (1952), İzmir (1954), Ankara (1963), Kayseri (1967) und Eskişehir (1968) gegründet.

¹⁷M.K. ÖKE: *Odalar BirliĒi*, S. 961. Die Gesamtzahl widerspricht den Angaben von ÖNCÜ, nach denen bereits 1942 über 100 Handels- und Industriekammern existierten. A. ÖNCÜ: *Cumhuriyet Döneminde Odalar*, S. 1569.

¹⁸A. ÖNCÜ: *Cumhuriyet Döneminde Odalar*, S. 1571.

- » 131 Handels- und Industriekammern
- » 50 Handelskammern
- » 8 Industriekammern
- » 52 Handelsbörsen

Die Organisationsform türkischer Kammern war im Kammergesetz von 1950 als: „Juristische Person und Öffentliche Körperschaft in Form einer Berufsorganisation“ (*Tüzel kişiliği haiz ve meslekî teşekkül mahiyetinde kamu kurumu*) definiert. Die Bezeichnung zeigt, daß trotz der Liberalisierungstendenzen im Vergleich zu den Bestimmungen der Jahre 1924 und 1943 die türkischen Kammern keine unabhängigen Institutionen zur Vertretung wirtschaftlicher Interessen gegenüber dem Staat darstellten, sondern als staatliches Umsetzungsorgan wirtschaftspolitischer Direktiven zu verstehen war. Entsprechend der Verfassung der Republik Türkei von 1961 (Art. 122) ist den Kammern in der Verfassung von 1982 ein eigener Artikel (135) gewidmet: „Berufständische Vereinigung mit der Natur von Körperschaften des öffentlichen Rechts.“¹⁹ Das in diesem Artikel ausgesprochene absolute Politikverbot sowie das Verbot mit Vereinen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden zu kooperieren, ist 1995 aus der Verfassung gestrichen worden. Das Gesetz für Handels- und Industriekammern, Handelskammern, Industriekammern, Handelsbörsen und deren Union Nr. 5590 ist - abgesehen von einzelnen Änderungsgesetzen (*değişiklik kanunları*) - in seiner Form bis heute gültig.

2.3. FUNKTIONEN UND INTERESSENKONFLIKTE DES TOBB

Von Ende der 50er bis Anfang der 80er Jahre verfolgte der türkische Staat wirtschaftspolitisch den Kurs einer importsubstituierenden Industrialisierung. Durch Förderung der nationalen Wirtschaft sollte die inländische Güternachfrage durch heimische Produktion gedeckt, und somit der Importbedarf eingeschränkt bzw. vollständig kompensiert werden. Um die heimische Industrie aufzubauen, waren Devisen für den Import von Investitionsgütern, Zwischenprodukten oder Rohstoffen nötig. Für die Zuteilung der Devisen zur Tüchtigkeit von Importen sowie

¹⁹Übersetzt nach: Ch. RUMPF: *Das türkische Verfassungssystem*. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 1996, S. 360.

für die Erstellung von Importlisten war insbesondere in den 60er Jahren die Union der türkischen Kammern TOBB verantwortlich.

In bezug auf die konkrete Durchführung des Importregimes bestanden zwischen den in TOBB organisierten Industrie- und Handelskammern jedoch empfindliche Interessenskonflikte. Während der Handelssektor sich für eine Liberalisierung des Importregimes für Fertigprodukte aussprach, forderte der Industriesektor - abgesehen von benötigten Rohstoffen und Zwischenprodukten - den Schutz der einheimischen Produktion durch generelle Importbarrieren. Im Laufe der 50er Jahre gewannen die Industriellen innerhalb der TOBB an Einfluß und erlangten eine höhere (Devisen-) Quotenzuteilung für den Import von Rohstoffen und Vorprodukten. Höhere Quotenzuteilung für die Industrie bedeutete niedrigere Quotenzuteilungen für Händler von Fertigprodukten (Importeure). Dies hatte eine zusätzliche Protektion heimischer Industrieprodukte zur Folge.²⁰ In den 60er und 70er Jahren wurde der Einfluß der Industriekammern innerhalb der Dachorganisation TOBB jedoch zugunsten der Handelskammern zurückgedrängt. Die Kräfteverteilung verhielt sich notabene zu Gunsten des Handels- und zu Lasten des Industriesektors, da pro Kammer mindestens ein, höchstens jedoch zehn, Delegierte in die Generalversammlung berufen wurden. Im Vergleich zu den Industriekammern existierten erheblich mehr Handels- sowie aneinandergeschaltete Industrie- und Handelskammern. Obgleich die Mitglieder der wenigen Kammern der Großindustrie bereits zu einem Großteil zur Erwirtschaftung des Volkseinkommens beitrugen, waren sie innerhalb der Entscheidungsgremien des TOBB unterrepräsentiert. Die Sitzverteilung der Delegierten in der Generalversammlung (*Genel Kurul*) des TOBB verhielt sich zum Beispiel im Jahre 1973 wie folgt:

- » 438 Delegierte der Handels- und Industriekammern
- » 166 Delegierte der Handelskammern
- » 282 Delegierte der Warenbörsen
- » 55 Delegierte der Industriekammern

Rein industrielle Interessen wurden folglich von 6% der Delegierten vertreten. Die Tatsache, daß der Exekutivrat (*Yönetim Kurulu*) durch die Delegierten gewählt

wird, macht überdies die schwache Position des Industriesektors innerhalb der TOBB deutlich.²¹

Neben den Interessenskonflikten zwischen den Sektoren Handel und Industrie bestand außerdem eine Bipolarität innerhalb des Industriesektors: Grundsätzlich sind die türkischen Kammern nicht nach Branchen oder Sektoren, sondern entsprechend regionaler Zuordnung (Provinzen und Bezirke) organisiert. Ein klarer Unterschied der Interessen bestand grundsätzlich zwischen den Kammern in den anatolischen Provinzen (Eskişehir etc.) und den Kammern in den beiden Ballungsräumen der Großindustrie. Die Mitglieder der ersten Kategorie setzten sich eher aus kleinen und mittleren Industriebetrieben zusammen, die für eine Importsubstitution aller Güter, also auch der Vorprodukte und Rohstoffe, eintraten. Die in den Kammern von Istanbul und Izmir organisierte Großindustrie hatte sich jedoch auf die Montageindustrie (Automobile, Maschinen etc.) spezialisiert und war somit auf den Import von Zwischenprodukten angewiesen.

In bezug auf die Beziehung des TOBB zu den Entscheidungsträgern der Politik macht Kemal Sayibaşı deutlich, daß die Kammerunion stark an die in der zweiten Hälfte der 60er Jahre regierende 'Gerechtigkeitspartei' (*Adalet Partisi* AP) unter Ministerpräsident Süleyman Demirel gebunden war. Ganz im Sinne der in der Kammerunion organisierten Privatwirtschaft förderte die AP das freie Unternehmertum. Die Demokratische Volkspartei (CHP) unter Bülent Ecevit war hingegen der Förderung des Privatsektors gegenüber kritisch eingestellt und versuchte entsprechend den Vorgaben einer etatistischen Wirtschaftspolitik die Kompetenz und Eigenständigkeit der Kammern zu minimieren.²² Die Abhängigkeit der TOBB von der Haltung der Regierung wurde Anfang der 70er Jahre deutlich. Nach anhaltender innenpolitischer Instabilität sah sich im März 1971 das Militär veranlaßt, mittels eines Memorandums in die Politik einzugreifen, worauf der seit

²⁰T. AMELUNG: *Die politische Ökonomie der Importsubstitution und der Handelsliberalisierung. Das Beispiel Türkei*. Tübingen J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) 1989, S. 124.

²¹K. SAYIBAŞI: *Chambers of Commerce and Industry, Political Parties and Governments: A Comparative Analysis of the British and the Turkish Cases*. In: *Gelişme Dergisi. Studies in Development*. 11 (1976), S. 117-136.

²²Deutlich wurde die gegensätzliche Haltung bei der Verabschiedung der beiden Fünfjahrespläne in den 60er Jahren. Während der von der CHP Regierung verabschiedete 1. Plan (1963-67) in keinerlei Hinsicht die TOBB-Vorschläge zur Förderung der Privatwirtschaft berücksichtigte, trugen die unter der DP-Regierung gesetzten Ziele des 2. Plans (1967-72) eindeutig die Handschrift des TOBB. Vgl. K. SAYIBAŞI: *Türkiye'de Özel Tettebbüs ve Ekonomik Politikası*. In: *Gelişme Dergisi. Studies in Development*. 13 (1976), S. 83-98.

Mitte der 60er Jahre amtierende Ministerpräsident der AP-Regierung Süleyman Demirel zurücktrat. Die Regierungsgeschäfte wurden für ein Jahr von dem ehemaligen CHP-Abgeordneten Nihat Erim übernommen. Noch im gleichen Jahr wurde den Kammern die Entscheidungsbefugnis der Devisenallokation entzogen und dem Handelsministerium übertragen. Der Verlust dieser wichtigen Entscheidungskompetenz bedeutete für die Kammern einen empfindlichen wirtschaftspolitischen Machtverlust. Nachdem den Kammern kurz darauf noch weitere Kompetenzen in bezug auf die Erstellung von Importlisten entzogen wurden, hatte der Einfluß der Kammern Mitte der 70er Jahre einen historischen Tiefpunkt erreicht.²³ Die heutigen Aufgaben der Kammern lauten:

- » Ausführung der von der Regierung übertragene Aufgaben;
- » Organisierung von Kongressen, Beteiligung an Messen und Ausstellungen; Raports zur gesamtwirtschaftlichen Lage erstellen;
- » Übermittlung der von staatlichen Stellen verlangten Informationen und Meinungen;
- » Schlichtung bei Streitigkeiten zwischen Mitgliedsorganisationen;
- » Vertretung bei internationalen Organisationen,
- » Unterstützung türkischer Kammern im Ausland.²⁴

²³Vgl. A. ÖNCÜ: *Chambers of Industry in Turkey: An Inquiry into State-Industry Relations as a Distributive Domain*. In: E. ÖZBUDUN, A. ULUSAN (ed.): *The Political Economy of Income Distribution in Turkey*. New York: Holmes & Meier Publishers 1980, S. 455-480.

²⁴TOBB. In: *T.C. Devlet Teşkilatı Rehberi 1985*. Ankara: Türkiye ve Orta Doğu İdaresi Enstitüsü 1986, S. 800-806; <http://www.tobb.org.tr/>

3. NON GOVERNMENTAL ORGANIATIONS (NGO) IN DER TÜRKEI

Seit einiger Zeit werden in der Türkei Erklärungsmuster für den Zeitpunkt der Gründung und Etablierung von Nicht-Regierungs-Organisationen heftig debattiert. Ausgehend von den theoretischen Ansätzen Emile Durckheims und Alexis De Tocquevilles¹ entfacht sich die Diskusson insbesondere um die Entstehung und Definition einer bürgerlichen Gesellschaft (*sivil toplum*).² Nach dem Vorbild der westlichen Länder wird für die türkische Sphäre ein Prozeß nachgezeichnet, der in einen kausalen Zusammenhang mit der Industrialisierung gestellt wird. Da die Industrialisierung in der Türkei im Vergleich zu Ländern wie England, Frankreich oder Deutschland wesentlich später einsetzte, muß die hiermit in Verbindung gebrachte gesellschaftliche Veränderung ebenfalls um einige Jahrzehnte später angesetzt werden. Industrialisierung führt zur Verstädterung, neuer Arbeitsteilung und Bildung neuer Gesellschaftsschichten mit verschiedenen Interessen und Zielen. Die Entstehung von *Non Governmental Organisations* (NGO)³ ist demnach das Ergebnis einer sich vom statisch-traditionellen Gefüge distanzierenden, atomisierenden, pluralistischen Gesellschaft mit wachsender Partizipation des Einzelnen am politischen Prozeß.⁴

Das Phänomen sich rasant vermehrender *Non Governmental Organisations* beziehungsweise deren verstärkte Wahrnehmung hat in der türkischen Öffentlichkeit etwa seit Anfang der 90er Jahre zu einem Zuwachs an allgemeiner, populistischer Literatur zu diesem Thema geführt.⁵ Hinsichtlich der Interpretation

¹ Am häufigsten zitiert werden: A. De TOCQUEVILLE: *Democracy in Amerika*. E. DURCKHEIM: *De la Division du Travail*, verschiedene Ausgaben.

² Zur Übersetzungsproblematik bzw. Konnotation der Begriffe: 'sivil society', 'sivil toplum' und 'Zivilgesellschaft' siehe: A.Y. SARIBAY: *Ein neues Symbol der türkischen politischen Kultur: Die bürgerliche Gesellschaft*. In: *Zeitschrift für Türkeistudien* 2 (1992), S. 156-170; Y.-N. YASHIN: *Uses and Abuses of „State and Civil Society“ in Contemporary Turkey*. In: *New Perspectives on Turkey*, 18 (1998), S. 1-22.

³ In Anlehnung an die allgemein gebräuchliche Verwendung wird im Folgenden das englischsprachige Pendant für 'Nicht-Regierungs-Organisationen' übernommen.

⁴ A.YÜCEKÖK: *19 Yüzyıl Osmanlı Toplumundan Günümüz Türkiye'sine STK'lar ve Siyaset Sosyolojisi Etiketleri*. In: A.YÜCEKÖK, İ.TURAN, M.Ö. ALKAN: *Tanzimattan Günümüze İstanbul STK'lar*. İstanbul: Tarih Vakfı 1998, S. 1-12.

⁵ Vgl. U. TACŞER (derl.): *Merhaba Sivil Toplum*. İstanbul: Helsinki Yurttaşlar Derneği 1998; İ. KÜTÜKÖMER: *Sivil Toplum Yazmaları*. İstanbul: Bağlam Yayınları 1994.

von Begriffsdefinitionen und Kategorisierungen der in Betracht kommenden Organisationen treten in der Literatur jedoch starke Divergenzen auf.⁶

3.1. DIE EMPIRISCHE ERFASSUNG VON NGOS

Mitte der 90er Jahre wurde mit einer Gesamterfassung von NGOs in der Türkei begonnen.⁷ Um einen kompletten Einblick in das Spektrum türkischer Organisation zu erhalten, wurde folgendes Projekt ins Leben gerufen: Im Juni des Jahres 1996 tagte in Istanbul die 2. Welt-Ernährungs-Konferenz *Habitat II*. Zu diesem Anlaß wurde ein Verzeichnis mit türkischen NGOs mit knapp 1800 Einträgen zusammengestellt (*Sivil Toplum Kuruluşları Rehberi*). Das hierfür von dem United Nations Development Program (UNDP) und der Verwaltung des Ministerpräsidiums für gemeinschaftlichen Wohnungsbau (*T.C. Başbakanlık Toplu Konut İdaresi*) zu diesem Zweck eingerichtete Informationszentrum für NGOs (*STK Bilgi Merkezi*) wurde nach der Habitat-Konferenz von der Stiftung für türkische Wirtschafts- und Sozialgeschichte (*Türkiye Ekonomik ve Toplumsal Tarih Vakfı*) übernommen und weitergeführt. Durch Fragebogen-Aktionen und Feldforschungen konnte die Liste der NGOs, zu denen detaillierte Daten gesammelt werden konnten, auf 3.119 Organisationen erweitert werden.⁸ Seit 1997 wurden mit finanzieller Unterstützung der Friedrich Ebert Stiftung die einflußreichsten Organisationen einer aufwendigen Analyse unterzogen. Unter der Regie von Aydın Gönel wurden die Ergebnisse in einem 1998 publizierten Untersuchungsbericht der Öffentlichkeit vorgestellt.⁹

Die 1804 berücksichtigten NGOs wurden in folgende Kategorien unterteilt:¹⁰

⁶ Zur Kategorisierung der NGOs vgl. Kapitel 3.2.. Für NGOs hat sich in der Türkei mittlerweile der Begriff *Sivil Toplum Kuruluşları* (STK) durchgesetzt.

⁷ Statistisches Datenmaterial zu einzelnen Gruppierungen ist in der Türkei zweifelsohne vorhanden. Neben den Statistischen Jahrbüchern des Staatsinstituts für Statistik (*Devlet İstatistik Estitüsü*) oder Daten der Generaldirektion für Sicherheit (*Emniyet Genel Müdürlüğü*) liegen auch Angaben der betreffenden Institutionen selbst vor. Charakteristisch sind jedoch die in der Regel voneinander divergenten Angaben zu Name, Anzahl, Gründung oder Größe der Organisationen.

⁸ Es liegen Adressen von etwa 65.000 türkischen Organisationen vor.

⁹ A. GÖNEL: *Önde Gelen STK'lar. Araştırma Raporu*. İstanbul: Tarih Vakfı 1998.

¹⁰ A. GÖNEL: *Önde Gelen STK'lar*, S. 25.

NGO (STK)	durch 'STK Bilgi Merkezi' 1996 erfaßt	in der Untersuchung berücksichtigt
Verein (<i>Dernek</i>)	60.724	949
Stiftung (<i>Vakıf</i>)	2.421	501
Gewerkschaft (<i>Sendika</i>)	210	82
Kammer (<i>Oda</i>)	1.080	144
Genossenschaft (<i>Kooperatif</i>)	293	89
Landsmannschaft (<i>Yurttaş Girişimi</i>)	61	29
Kommerzielle Gründung zur Kulturförderung (<i>Kültür Amaçlı Ticari Kuruluş</i>)	19	0
Insgesamt	64.808	1.804

Zum Gründungsjahr der analysierten NGOs konnten prozentual folgende Angaben gemacht werden:¹¹

Jahr	Verein	Stiftung	Gewerkschaft	Kammer	Genossenschaft	Landsmannschaft	gesamt
1863-1923	2,2	0,2	0,0	6,3	1,1	0,0	1,6
1924-1960	12,4	0,6	19,6	43,1	1,1	0,0	10,9
1961-1980	19,5	16,6	53,3	22,9	13,5	0,0	20,0
1981-1996	65,9	82,6	27,2	27,8	84,3	100,0	65,9
gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Basis	949	501	[sic!] 92	144	89	29	[sic!] 1791

Abgesehen von den Kammern, ist bei allen berücksichtigten Organisationsformen eine steigende Anzahl an Gründungen abzulesen.¹²

Aufschlußreich sind die Ergebnisse über die hinter den Vereinsgründungen stehenden Motive: Als Gründungsgrund der Vereine (*dernek*) liegt die Förderung der 'Wirtschaft' mit 13,4% nach den Sparten 'Solidarität' und 'Bildung' und vor den Bereichen 'Kultur' und 'Gesundheit' an dritter Stelle.¹³ 59,3% der Vereine arbeiten landesweit und 40,7% regional. Die Aufteilung ist annähernd identisch mit den Angaben der Stiftungen und Landsmannschaften. Kammern und

¹¹A. GÖNEL: *Önde Gelen STK'lar*, S. 27.

¹²Bei den befragten Organisationen handelt es sich um eine Auswahl noch heute einflußreicher NGOs. Die Angaben können somit in bezug auf die Aussagekraft zur Chronologie von NGOs lediglich als tendenzielle Richtwerte betrachtet werden. Darüber hinaus weist der Begleittext allgemein auf die vielschichtigen Hindernisse bezüglich einer korrekten Datenerfassung hin.

¹³A. GÖNEL: *Önde Gelen STK'lar*, S. 30.

Genossenschaften engagieren sich eher auf regionaler Ebene.¹⁴ Mit knapp 10.000 Organisationen haben 15,8% der befragten Vereine ihren Sitz in Istanbul (Ankara 9,1%; Izmir 4,4%).¹⁵

Die Datenerhebung schließt in 47 Tabellen Angaben zu internationalen Kontakten, Finanzierung, Personal, Ausstattung, Organisationsform und Mitgliederzahlen ein. Obwohl die Resultate an vielen Stellen aufgrund pauschalisierender Annahmen und lückenhafter Datenerfassung in ihrer Aussagekraft relativiert werden müssen, setzt die Studie einen wichtigen Grundstein in der Erforschung der NGOs in der Türkei.

3.2. DAS PROBLEM DER KATEGORISIERUNG VON NGOs UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG VON WIRTSCHAFTSORGANISATIONEN

Die Frage, nach welchen Kriterien NGOs in der Türkei klassifiziert werden, kann nicht eindeutig beantwortet werden.¹⁶ Nach der Definition von TUNCAY handelt es sich bei den *Sivil Toplum Kuruluşları* (STK) um Nicht-Regierungs- bzw. Nicht-Staatliche-Organisationen (*hükümet / devlet dışı örgütler*), welche nicht unter der Kontrolle der Zentral- oder Regionalverwaltung stehen und freiwillig gegründet worden sind.¹⁷ Alle in der Republik Türkei erlassenen Kammergesetze schreiben eine obligatorische Mitgliedschaft vor. Kammern laufen jedoch bei der oben erwähnten Untersuchung von Gönel eindeutig unter der Rubrik NGO. Bezogen auf berufsständische Vereinigungen (*meslek kuruluşları*) macht TUNCAY für den türkischen Kontext deutlich: „Wir können nicht alle berufsständischen Vereinigungen als völlig unabhängig bezeichnen. Manche von ihnen haben einen halboffiziellen Charakter.“¹⁸ Dies trifft insofern auf Kammerorganisationen zu, als daß bis zum Jahr 1950 der Posten des Geschäftsführers der Handels- und Industriekammern durch einen Staatsbeamten des Handelsministeriums besetzt

¹⁴A. GÖNEL: *Önde Gelen STK'lar*, S. 27.

¹⁵A. GÖNEL: *Önde Gelen STK'lar*, S. 21.

¹⁶Das *Staatsbürgerlexikon* von G. SOMMER und R. WETPHALEN schreibt: „NGO ist die Sammelbezeichnung für gesellschaftl. Vereinigungen, welche sich an der öffentl., vielfach staatsübergreifenden Willensbildung beteiligen, ohne dazu mit einem amtlichen Auftrag ausgewiesen zu sein.“ Wien München: Oldenbourg Verlag 1999, S. 606.

¹⁷M. TUNCAY: *STK'lar ile Kavramlar*. In: A. YÜCEKÖK, f. TURAN, M.Ö. ALKAN: *Tanzimattan Günümüze İstanbul STK'lar*. İstanbul: Tarih Vakfı 1998, S. ix und xv.

¹⁸M. TUNCAY: *STK'lar ile Kavramlar*. İstanbul: Tarih Vakfı 1998, S. xv: Bütün Meslek örgütlerini, tam gönüllü kuruluşlar sayamayız. Bunların kimilerini yarresmi niteliktedir.

wurde, in den 60er Jahren die Kammern für die Quotenzuteilung des Importregimes zuständig waren; und somit durch sie als amtlich zu bezeichnende Pflichten bzw. Leistungen erbracht wurden. Die Kammern sollen einerseits die Interessen der Privatwirtschaft gegenüber dem Staat vertreten, müssen andererseits aber die vom Handelsministerium vorgegebene Wirtschaftspolitik umsetzen.

Bei TÜSİAD handelt es sich um eine Unternehmervereinigung. Wie oben gezeigt, werden Vereine (*dernekler*) wie auch Kammern (*odalar*) unter der Rubrik „NGO“ eingeordnet. Nichtsdestotrotz weisen diese beiden Arten von berufsständischen Vereinigungen (*meslek kuruluşları*) Unterscheidungsmerkmale auf:

Kammer (<i>Oda</i>)	Verein (<i>Dernek</i>)
Körperschaft des öffentlichen Rechts Hieraus resultieren durch das öffentliche Recht gewährleistete Rechte und Pflichten	Juristische Person im Privatrecht
obligatorische Mitgliedschaft	freiwillige Mitgliedsschaft
Mitgliedsbeiträge plus Einnahmen für gewisse offizielle Dienstleistungen (Genehmigungen erstellen, Qualitätskontrollen etc.)	Mitgliedsbeiträge, Spenden

Um die Aufgaben, Befugnisse und Positionen der oben genannten Organisationen zu charakterisieren, beziehungsweise um feststellen zu können, inwiefern die unterschiedlichen berufsständischen Vereinigungen auf den wirtschaftspolitischen Prozeß Einfluß nehmen, muß an dieser Stelle der Begriff der Interessensgruppen (*çkar grupları*) eingeführt werden:

Interest groups are formal organisations that seek to influence public policy in democratic polities [...] their methods of organization, their claims upon their members' loyalties, their techniques of asserting their demands, and their success in achieving their goals vary with the political culture in which they operate.¹⁹

In der Regel geht man von zwei unterschiedlichen Systemvarianten der *political culture* aus, unter welcher Interessengruppen versuchen, den politischen Entscheidungsprozeß von Regierungen zu beeinflussen: Man unterscheidet zwischen a.) pluralistische Systeme und b.) korporatistische Systemen. Nach dem pluralistischen System finden sich Individuen mit gleichen Interessen freiwillig zu

den unterschiedlichsten Interessensgruppen zusammen: „ Thus pluralists view interest groups as channels through which people realize the democratic ideal of legitimate and satisfying interaction with government.“²⁰

Die Literatur stellt übereinstimmend fest, daß der wichtigste Faktor für das Maß an Einflußnahme der finanzielle Rückhalt der jeweiligen Organisationen ist. Folglich können Interessensvertreter aus dem Wirtschaftssektor relativ effektiv in den politischen Entscheidungsprozeß eingreifen.²¹

Die Variante des Korporativismus hingegen beschreibt Schmitter folgendermaßen:

[...] can be defined as a system of interest representation in which the constituent units are organized into a limited number of singular, compulsory [...] categories, recognized or licensed (if not created) by the state and granted a deliberate representational monopoly within their respective categories in exchange for observing certain controls on their selection of leaders and articulation of demands and supports.²²

Ziegler stellt fest, daß es sich im Falle eines korporatistischen Systems nicht um eine absolute Klassifikation handeln muß. In unterschiedlichen Ländern oder bei verschiedenen Regierungen liegen eher Mischformen entlang eines Kontinuums vor, welches von stark pluralistisch bis stark korporatistischen Systemen variieren kann.²³

In der Republik Türkei handelt es sich sicherlich überwiegend um ein korporatistisches System.²⁴ Bianchi macht jedoch gleich zu Beginn seiner filigranen Untersuchung bezüglich der verschiedenen, auf die politische Entwicklung Einfluß nehmenden Interessensgruppen und die Verwebung der Partizipation korporatistischer und pluralistischer Gruppierungen aufmerksam:

¹⁹H. ZEIGLER: *Interest Groups*. In: M. HAWKESWORTH, M. KOGAN (ed.): Encyclopedia of Government and Politics. Vol. I. London New York: Routledge 1992, S. 377.

²⁰H. ZEIGLER: *Interest Groups*, S. 377.

²¹Im englischen (türkischen) Sprachgebrauch werden in diesem Falle interest groups (çakar gruplar/ menfaat gruplar) zu pressure groups (baskı gruplar). Die Konnotation der Begriffe variiert jedoch bei den Autoren. Vgl. auch den Begriff Lobbyismus.

²²P.C. SCHMITTER: *Still the Century of Corporatism?* In: Review of Politics 36 (1974), S. 93-94. Zit.n. A. CAWSON: *Corporatism and Political Theory*. New York 1986, S. 26.

²³H. ZEIGLER: *Interest Groups*, S. 384.

²⁴Nach HEPER ist die Türkei weder korporatistisch noch pluralistisch strukturiert. Aufgrund der autoritären Staatsführung und der staatliche Regulierung von Interessensgruppen liegt seiner Meinung nach in der Türkei die Konzeption des Monismus vor. M. HEPER: *The State and Interest Groups with Special Reference to Turkey*. In: ders. (ed): Strong State and Economic Interest Groups. The Post-1980 Turkish Experience. New York: Walter de Gruyter 1991, S 1-23.

The complex and variable nature of interest groups politics in Turkey is largely the result of the division of the Turkish associational universe into two different and often overlapping networks - the pluralist network of private voluntary associations and the corporatist network of semiofficial compulsory associations.²⁵

Seit dem Bestehen der Republik Türkei hat jede Regierung versucht, über die durch Gesetz geschaffenen Korporationen, wie Gewerkschaften oder Handelskammern, eine größtmögliche Kontrolle ausüben. Beweis hierfür sind die im vorigen Kapitel bereits behandelten rechtlichen Rahmenbedingungen für Handels- und Industriekammern.

Die Gesetzgebung zur Gründungsfreiheit und Kontrolle von Vereinen (*dernekler kanunları*) machen das traditionelle Mißtrauen des Staates gegenüber privaten oder freiwilligen Organisationen ebenfalls deutlich. Nach einer nicht ganz so restriktiven Haltung gegenüber Vereinen von 1946 bis 1971 wurde mit Hilfe der Verfassungsänderung 1971 und der neuen Verfassung von 1983 sowie dem Parteigesetz von 1983 die Gründungsfreiheit eingeschränkt und die staatliche Kontrolle ausgeweitet. Nach der Ausbreitung radikaler politischer Gruppierungen des rechten und linken Spektrums zielten die Richtlinien insbesondere auf eine Entpolitisierung der Vereine ab.²⁶

Neben dem starken Zuwachs an Vereinen insbesondere seit Anfang der 60er Jahre, konnte jedoch auch in 80er und 90er Jahren die starke Gründungswelle nicht aufgehalten werden.²⁷ Das Gros der Vereinigungen bewegt sich auf „politisch ungefährlichem“ Terrain (Sportclub, Jägerverein etc.), doch konnten sich in der

²⁵R. BIANCHI: *Interest Groups and Political Development in Turkey*. Princeton: University Press 1984, S.3.

²⁶Die Verfassungsänderung von 1995 leitete eine liberalere Haltung gegenüber Vereinen ein. A. ASLANDA: *1980 sonrası Dernekler*. In: *CDTA* 12. Cilt: İstanbul: İletişim Yayınları 1996, S. 304-316; A.N. YÜCEKÖK: *Türk Hukukunda Tüzel Kiçilik*. In: A.N. YÜCEKÖK, İ. TURAN, M.Ö. ALKAN: *Tanzimattan Günümüze İstanbul STK'ları*. İstanbul: İletişim Yayınları 1998, S.147-160; E. ÖZBUDUN: *The Post-1980 Framework for Interest Group Associations*. In: M. HEPER (ed.): *Strong State and Economic Interest Groups*. S. 41-54.

²⁷YÜCEKÖK hat Vereine in der Periode von 1946-68 untersucht. Nach seinen Angaben ist deren Anzahl von 814 (1946) auf 27.076 (1968) gestiegen. Derselbe hat die Vereinigungen in 14 Gruppen klassifiziert (Sport, Kultur, Sozialdienste etc.) und insbesondere die Entwicklung religiös motivierter Vereine nachgezeichnet. A.N. YÜCEKÖK: *Türkiye'de Örgütlenmiş Dinî Sosyo-Ekonomik Taban (1946-1968)*. Ankara: Sevinç Matbaası 1971, bes. 118ff; Begrenzt auf die quantitative Entwicklung der 14 verschiedenen Vereins-Kategorien wurden die Ergebnisse nochmals in folgendem Artikel zusammengefaßt: Ders.: *1946 Yılları Arasında İstanbul'da Sivil*

Türkei gleichfalls politisch einflußreiche Vereine im Sinne einer pluralistischen Demokratie etablieren. Der türkische Unternehmerverband TÜSİAD ist einer der gewichtigsten unter ihnen.

4. DIE GRÜNDUNG DES TÜSİAD

4.1. DIE INNENPOLITISCHE LAGE BIS 1971

Durch die Militärintervention vom 27. Mai 1960 wurde die von Adnan Menderes seit 1960 geführte Regierung der Demokratischen Partei (*Demokrat Partisi* DP) gestürzt, und die Verfassung von 1924 außer Kraft gesetzt. Eine neu ausgearbeitete Verfassung wurde durch ein Referendum im Juli 1961 angenommen. Sie trug im Vergleich zur früheren Version liberalere Züge: die Kontrollmöglichkeiten der Legislative sollten gestärkt werden; durch die Schaffung neuer Institutionen wurde in Ansätzen versucht, den politischen Prozeß zu pluralisieren; und durch stärkere gegenseitige Kontrolle der Organe sollte das System stabilisiert werden.¹

Etwa eineinhalb Jahre nach dem Eingriff des Militärs fanden im Oktober 1961 allgemeine Wahlen statt. Als stärkste Parteien gingen die Republikanische Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi*, CHP) und die Gerechtigkeitspartei (*Adalet Partisi*, AP) hervor.² Die von İsmet İnönü (ab 1972 von Bülent Ecevit) geführte CHP sowie die ab 1964 von Süleyman Demirel geleitete AP sollten bis 1980 die regierungsbildenden Parteien sein. Abspaltungen von den Zentrumsparteien, Neugründungen mit politischen Extrempositionen sowie die Bildung radikaler Kader des rechten und linken Spektrums sollten in den folgenden Dekaden jedoch keine stabile politische Entwicklung zulassen. Die sich vollziehende Radikalisierung der türkischen Gesellschaft führt nach Feroz Ahmad zu folgendem Ergebnis:

By January 1971, Turkey seemed to be in a state of chaos. The universities has ceased to function. Students [...] robbed banks and kidnapped US serviceman, and attacked American targets. The homes of university professors critical of the government were bombed by neo-fascist militants. Factories were on strike [...]. The Islamist movement had become more aggressive and its party, the National

¹ Neben der Staatlichen Planungsorganisation (*Devlet Planlama Teşkilatı*) wurde ein Verfassungsgericht (*Anayasa Mahkemesi*) etabliert. Man entschied sich für ein Zwei-Kammern System, der Grundrechtskatalog wurde ausgebaut und das Wahlsystem geändert.

² Bei der CHP handelt es sich um die von Mustafa Kemal gegründete, während des Einparteiensystems 1923-1946 regierende Partei. Nach den Wahlen von 1950 fungierte die CHP bis 1960 als Oppositionspartei zur regierenden DP. Die Adalet Partisi AP ist die 1961 gegründete Nachfolgepartei der DP.

Order Party, openly rejected Atatürk and Kemalism, infuriating the armed forces.³

Um der fortschreitenden Eskalation ein Ende zu bereiten, verkündete die Militärführung (Generalstab) ein Memorandum, in welchem vom Parlament bzw. der Regierung die Beendigung der anarchistischen Zustände auf demokratischem Wege und die Einleitung von Reformen gefordert wurde. Wenn diesen Forderungen nicht nachgekommen würde, werde das Militär die Exekutive übernehmen. Daraufhin trat der seit 1965 in wechselnden Koalitionen regierende Ministerpräsident Süleyman Demirel zurück. In weiten Teilen des Landes wurde der Ausnahmezustand verhängt. Unter einem von Nihat Erim geführten Technokraten-Kabinett beschloß das Parlament im September eine Verfassungsänderung, welche die Autonomie von Institutionen und Universitäten sowie die individuellen Bürgerrechte einschränkte.⁴ Im gleichen Jahr (1971) formierten sich die einflußreichsten Privatunternehmer des Landes zu der 'Vereinigung türkischer Industrieller und Geschäftsleute' (*Türk Sanayicileri ve İşadamları Derneği*, TÜSİAD).

Es steht außer Frage, daß durch die bürgerkriegsähnlichen Zustände sowie durch die instabilen politischen Verhältnisse die wirtschaftliche Entwicklung des Landes in Mitleidenschaft gezogen wurde. Die Reaktion der Privatwirtschaft, eigene Ansprüche im Rahmen einer Interessensgruppe zu artikulieren, sowie die Forderung nach politischer Stabilität ist folglich stringent. Die Gründe zur Etablierung einer eigenen Vereinigung sind im Falle des TÜSİAD jedoch nicht monokausal.

4.2. VORHERGEHENDE INITIATIVEN

Bereits Jahre vor der Etablierung von TÜSİAD engagierten sich einige der späteren Gründungsmitglieder aus der Privatwirtschaft für allgemeine und ökonomische Belange des öffentlichen Lebens. Beispielsweise wurde im Jahr 1954 auf Initiative von Geschäftsleuten durch private Finanzierung ein Institut für Betriebswirtschaft

³ F. AHMAD: *The Making of Modern Turkey*. London: Routledge 1993, S. 147.

⁴ Ch. RUMPF: *Das türkische Verfassungssystem*. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 1996, S. 76ff.

(*İçletme İktisadî Enstitüsü*) gegründet.⁵ Entgegen dem ursprünglichen Plan, eine vollkommen unabhängige Einrichtung zu gründen, wurde das Institut an die Wirtschaftsfakultät der Universität İstanbul angeschlossen.⁶

Auf eine weitere Initiative weist der private Großunternehmer Eczacıbaşı in seiner Autobiographie hin. Geschäftsleute, deren Namen etwa 10 Jahre später unter dem Gründungsprotokoll des TÜSİAD stehen werden, hatten Anfang der 60er Jahre die Vision, eine Plattform zu schaffen, auf welcher Vertreter aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft gemeinsam aktuelle Probleme des Landes erörtern und Lösungsmuster diskutieren sollten. Zu diesem Zweck wurde das 'Gremium für Wirtschafts- und Sozialstudien' (*Ekonomik ve Sosyal Etütler Konferans Heyeti*) gegründet. Das Gremium hatte die Aufgabe, Seminare vorzubereiten und auszuführen. 1962 fand das erste Seminar statt; es wurde durch den amtierende Ministerpräsident İsmet İnönü mit einer Rede eröffnet.⁷

Nach Eczacıbaşı sollte es sich bei dieser Initiative nicht um die Interessensvertretung einer bestimmten Gruppierung handeln. Vielmehr sollte ein Diskussionsforum geschaffen werden, an welchem Vertreter der drei folgenden gesellschaftlichen Gruppen zusammengeführt werden sollten: „Der Staat, der privatem Engagement nicht traut, der Privatsektor, der vor den staatlichen Autoritäten zurückschreckt und die Wissenschaftler der Universitäten, die isoliert von der Gesellschaft leben.“⁸

Die Seminare fanden laut den Veranstaltern großen Zuspruch. Die von Eczacıbaşı artikulierte Idee der Erarbeitung zukunftsweisender Konzepte durch gemeinsame Diskussion von Gruppierungen, die sich per se mit großem Mißtrauen gegenüberstehen, klingt im Sinne der sozialen Verantwortung löblich. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß die Initiatoren bei der Themenwahl der

⁵Die amerikanische FORD-Stiftung unterstützte das Projekt mit 380.000 US\$. Die Unternehmer-Familie Koç hatte bereits 1928 die Handelsvertretung von Ford in Ankara übernommen und trat in den 50er Jahren zum Aufbau einer Automobil-Montageindustrie in der Türkei in Verhandlungen mit Henry Ford. Vgl. V. KOÇ: *Hayat Hikayem*. İstanbul: Koç Vakfı ohne Datum, S. 90ff.

⁶ N. ECZACIBAŞI: *Kuçaktan Kucağa*. İstanbul: Dr. N. Eczacıbaşı Vakfı 1982, S.167f.

⁷ Bei weiteren Seminaren sprachen der englische Sozialist Anthony Crosland (1963) oder der israelische Finanzminister Prof. Dr. Jaacov Arnon (1965).

⁸ N. ECZACIBAŞI: *Kuçaktan Kucağa*. İstanbul: Dr. N. Eczacıbaşı Vakfı 1982. S. 150: Devlet, özel girişime güvenmez; özel kesim devlet otorisinden ürker; üniversitelerimizin bilim adamları ise toplumdun ayrıyaçarlar.

Seminare⁹ auf für die Privatwirtschaft wichtige politische Beschlüsse abzielten, die später im Gründungsmanifest des TÜSİAD als konkrete Postulate wieder auftauchten

4.3. DURCH DIE GRÜNDER ARTIKULIERTE MOTIVE

Das Gründungsprotokoll des TÜSİAD wurde am 2. April 1971 von 12 Gründungsmitgliedern unterschrieben.¹⁰

Vehbi Koç (Koç Holding A.İ.)
Dr. Nejat F. Eczacıbaşı (Eczacıbaşı Holding A.İ.)
Sakıp Sabancı (Hacı Ömer Holding A.İ.)
Selçuk Yaçar (Yaçar Holding A.İ.)
Raçit Özsaruhan (Metaç A.İ.)
Ahmet Sapmaz (Güney Sanayi A.İ.)
Feyyaz Berker (Tefken A.İ.)
Melih Özakat (Otomobilcilik T. A.İ.)
İbrahim Bodur (Tannakale Seramik A.İ.)
Hikmet Erenyol (Elektrometal Sanayi A.İ.)
Osman Boyner (Altınayaz Mensucat A.İ.)
Muzaffer Gazioğlu (Elyaf İmento Sanayi A.İ.)

Die Unterzeichner des Protokolls gehören zu den führenden Köpfen der türkischen Privatindustrie. Bei den vier Erstgenannten handelt es sich um Holdings in Familienbesitz. Ausgehend von kleinen Geschäften sind die Familien seit den 20er Jahren zu Besitzern von jeweils mehreren, in verschiedenen Sektoren und Branchen aktiven Aktiengesellschaften expandiert. Zwischen 1957 und 1967 wurde durch Änderung vor allem des Bankengesetzes, Handelsgesetzes und des Stiftungsgesetzes die rechtlichen Voraussetzung insoweit novelliert, daß Besitzer mehrerer Gesellschaften durch die Gründung einer Holdinggesellschaft ihre Banken, Versicherungen und Stiftungen sowie Unternehmen durch einen eigenen Hauptsitz verwalten können. Die erste Holding wurde 1963 durch Vehbi Koç

⁹ Etwa „Investitionen in der Industrie und Kapitalakkumulation“ (*Sanayide Yatırım ve Sermaye Terakümü*) oder „Planung und Entwicklung in der Mischwirtschaft“ (*Karma Ekonomide Planlama ve Gelişme*). Die Seminare wurden in den 70er Jahren fortgesetzt. Berichte über die Veranstaltungen sind in der Wochenzeitschrift DEVİR zeigen, daß in den Seminaren rein ökonomische Themen behandelt wurden. Vgl. DEVİR 4 (23.11.1972), S. 32f; DEVİR 8 (25.12.1972), S. 30ff; DEVİR 26 (30.04.1973), S. 31.

¹⁰Das Protokoll ist in folgender Publikation wiedergegeben: S. YA; AR: *Hayatım*. İzmir: Tükelmat A.İ. 1996, S. 166. Vgl. ANNEX 12.1.

gegründet. 1970 - ein Jahr vor Gründung des TÜSİAD - waren in der Türkei bereits 18 Holdings gemeldet. Bis 1976 schnellte deren Anzahl auf 176 hoch.¹¹ Typisch für türkische Holdings ist die Familienstruktur. Die Führung der Konglomerate geht in der Regel vom Vater auf den Sohn über. Die wirtschaftliche Macht insbesondere der Holdings von Koç und Sabancı ist ständig gestiegen. 1979 gehörten 75 Unternehmen zur Koçgruppe. 1988 beschäftigte Koç 33.000 Menschen.¹²

Der Text des Gründungsprotokolls des TÜSİAD ist inhaltlich identisch mit einem Manifest, welches TÜSİAD am 2. August 1971 in der Tageszeitung 'Cumhuriyet' sowie in 12 weiteren Printmedien abdrucken ließ:

Unsere Ziele und Ansichten

Mit dem Ziel, der Türkei bei ihrem durch Demokratie und Planung zu vollziehenden Aufschwung sowie bei der Erzielung eines westlichen Zivilisationsniveaus behilflich zu sein, haben wir eine Gemeinschaft mit dem Namen Vereinigung Türkischer Industrieller und Geschäftsleute gegründet. Wir sind der Überzeugung, daß in den Tagen, in denen sich unser Land in Richtung einer neuen Epoche bewegt, diese Bewegung das Schicksal unseres Landes von Grund auf beeinflussen wird. Gemäß dieser Überzeugung sehen wir es als unsere Pflicht, unsere Ziele und Ansichten der Öffentlichkeit mitzuteilen

1 - Die Prinzipien Atatürks und sein Verständnis für die Türkei gemäß einem laizistischen und in jeglicher Beziehung westlichen Staat müssen aufrichtig verteidigt und umgesetzt werden.

2 - Das freie Unternehmertum ist die Grundlage des Wirtschaftslebens und die Garantie für ein demokratisches Regime.

¹¹Vgl. İTEKELİ: *Türkiye'deki şirketlerin Gelişimi ve Kapitalin Yoğunlaşma Süreci*. In *CDTA* Cilt. 9. İstanbul: İletişim Yayınları 1983, S. 2391. Siehe auch: G. KAZGAN: *Büyük Sermaye Gruplarının Türkiye Ekonomisindeki Yeri*. In: *CDTA* Cilt 9. İstanbul İletişim Yayınları 1983, S. 2397-2410; A. BUĞRA: *Devlet ve İcadamlar* İstanbul: İletişim Yayınları²1997, S. 241-304. Information zur Entwicklung einzelner Holdings gibt: M. SÖNMEZ: *Türkiye'de Holdingler. Karık Haramiler*. Ankara: Arkadaç Yayınevi⁵1992, S. 182-304.

¹²H. COBANLI: *Türkei Report*. In: *CAPITAL* 7/98, S. 118: Heute halten Ömers Vater Rahmi, seine Brüder und die Tanten rund 70% des Kapitals der Holding. Die Familienstiftung verwaltet mit einem Vermögen von 300 Millionen Dollar zehn Prozent und die restlichen zwanzig Prozent sind an der Istanbuler Börse notiert. Ömers älterer Bruder Mustafa (Charmeur, Springreiter und Golfer, in der Holding zuständig für die Bau- und Traktorenindustrie), der jüngere Bruder Ali (vom Wesen her ist er dem genial-bescheidenen Großvater und Firmengründer Vehbi Koç ähnlich) und Ömer selbst (der feingeist der Familie, profunder Kenner der osmanischen Lyrik) - sie alle haben bereits ihre Posten im Konzern.

3 - Wir glauben, daß Investition, Fleiß und Arbeit die Grundelemente sind, die sich einander ergänzen. Um die Ordnung einer Mischwirtschaft in einem ausgewogenem Maße durchführen zu können, sehen wir es als Voraussetzung, sich an die Prinzipien der Wirtschaftsmoral und der sozialen Gerechtigkeit, welche die Kraft des Landes sichert, anzupassen.

4 - Unsere schnell anwachsende Bevölkerung fordert neue Geschäftsbereiche und erwartet, daß entsprechend unserem Wunsch nach wirtschaftlichem Aufschwung möglichst effektive Investitionen getätigt werden. Produktive Arbeit ist eine klare Eigenschaft des freien Unternehmertums.

Es wird unsere Pflicht sein, diese Eigenschaft noch stärker zu nutzen.

5 - Wir sehen es als eine Pflicht, jede positive Maßnahme zur Verhinderung von Steuerverlusten zu unterstützen und die nationale Wirtschaft zu stärken.

6 - Es ist offensichtlich, daß die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anstrengungen, welche nötig sind, um das Niveau der zeitgenössischen westlichen Welt zu erreichen, nur in einem stabilen Umfeld unternommen werden können. Deshalb beurteilen wir jede Art einer Haltung, welche die Einheit des Volkes spaltet, für gefährlich.

7 - Für den technologischen und sozialen Aufschwung unseres Landes brauchen wir dringend nach modernem Stand ausgebildete, junge Menschen. Nach unserer Überzeugung ist es nötig, die Elemente beiseite zu schaffen, die die Ausbildung der türkischen Jugend verhindern, welche die Hoffnung unserer Zukunft ist.

8 - Unsere Achtung und unser Glaube an die Pressefreiheit und konstruktive Kritik ist absolut. Aber wir werden gegen eine Interpretation oder eine Haltung sein, welche die Ehre und Würde des Menschen verletzt, Nachrichten tendenziös verändert, zur Übertretung von Gesetzen motiviert oder nicht dem Moralgesetz der Presse entspricht.

9 - Wir sind entschlossen, die Aufgaben zur vollständigen Verwirklichung dieser Prinzipien in unserer Heimat mit unserer ganzen Kraft auszuführen.

*Die Freiheit ist heilig*¹³

Während das Gründungsprotokoll nur von den 12 Gründungsmitgliedern unterzeichnet war, standen unter der Anzeige vom August 1971 bereits 89 Namen.

¹³CUMHURİYET 02.08.1971, S.11. Für die Kopie des türkischen Originals vgl. ANNEX 12.2.

Die von den TÜSİAD Mitgliedern manifestierten Ansichten und Ziele sind zwar sehr pathetisch, aber relativ allgemein formuliert. Die grundsätzlichen Standpunkte lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die TÜSİAD-Mitglieder wollen den Demokratisierungsprozeß in der Türkei vorantreiben und das Land im Sinne westlicher Zivilisation modernisieren. Als wichtiger Faktor einer Demokratie und Grundlage des Wirtschaftslebens wird der freie Unternehmergeist (*hür teçebbüs*) genannt. Als Vertreter desselben versucht TÜSİAD, die Stellung des effektiv produzierenden Privatsektors im Verhältnis zu den die türkische Wirtschaft dominierenden 'Wirtschaftsbetrieben der Öffentlichen Hand' (*Kamu İktisadi Teçebbüsü KİT*) zu stärken. Entsprechend enthält Abschnitt 4 die Forderung nach mehr Investitionen in der Privatwirtschaft. Das Ziel ist jedoch nicht die völlige Abschaffung oder Privatisierung des Staatssektors. In Abschnitt 3 des Manifestes bekennt sich TÜSİAD zur Mischwirtschaft (d.h. die parallele Existenz von Staats- und Privatwirtschaft), doch wird hier ein ausgewogeneres Maß gefordert.¹⁴ Das Verlangen nach einem neuen Steuersystem (Abschnitt 5) ist mit dem chronischen Staatsdefizit und der zwingenden Neuverschuldung des Staates zu erklären. Das Insistieren auf politische Stabilität (Abschnitt 6) deutet auf die oben erwähnten bürgerkriegsähnlichen Zustände hin. Sehr allgemein ausgedrückt, beziehen sich die „Verhaltensweisen, welche die Einheit des Volkes spaltet“, auf radikale Gruppen insbesondere des linken Spektrums (vgl. Kap. 4.4.2.). Die Absicht der Suche eines gemeinsamen Konsenses aller Gesellschaftsschichten ist bereits in den Initiativen des Gremiums für Wirtschafts- und Sozialstudien (*Ekonomik ve Sosyal Etütler Konferans Heyeti*) Anfang der 60er Jahre erkennbar. Das in Abschnitt 7 artikulierte Bedürfnis nach einem Ausbildungssystem wird in den folgenden Jahren ein zentraler Punkt des Engagements des TÜSİAD sein. Auf die versäumte Aufgabe des Staates, ein der Entwicklung und den Herausforderungen des Landes angemessenes Bildungssystem zu schaffen, werden TÜSİAD-Mitglieder - neben ständig artikulierter Kritik - gleichfalls mit der Eröffnung eigener Universitäten reagieren.

¹⁴Der Stellung der 'Wirtschaftsbetriebe der Öffentlichen Hand' hat Vehbi Koç ein eigenes Kapitel in seiner Autobiographie gewidmet: V. KOÇ: *Hatıralarım, Görüşlerim, Öğütlerim*. İstanbul: Vehbi Koç Vakfı²1987, S. 99-102: *Kamu İktisadi Teçekküllerini Özelleştirmede çok dikkatli olmalı*.

4.4. WEITERE GRÜNDUNGSMOTIVE

Die in Abschnitt 4.3. dargelegten Gründungsmotive geben eine allgemeine, der türkischen Öffentlichkeit vorgetragene 'offizielle Version' der Standpunkte der TÜSİAD-Initiatoren Anfang der 70er Jahre wieder.

In den folgenden Abschnitten werden weitere, im Gründungsprotokoll und im veröffentlichten TÜSİAD-Manifest nicht explizit aufgeführte Motive der Vertreter der privaten Großunternehmer zur Gründung einer freiwilligen Vereinigung analysiert.

4.4.1. TOBB VERSUS TÜSİAD: DIE VERTRETUNG DES INDUSTRIESEKTORS

In Kapitel 2.3.¹⁵ sind bereits die aufgetretenen Interessenskonflikte der verschiedenen ökonomischen Gruppierungen innerhalb des Dachverbandes der türkischen Kammern TOBB erörtert worden. Die heterogene Struktur generierte im Wesentlichen aus Konflikten zwischen den Sektoren Handel und Industrie, sowie innerhalb des Industriesektors zwischen Kammern, welche die Großindustrie (insbesondere Montageindustrie) in den wirtschaftlichen Ballungszentren der Westtürkei vertraten, und den Kammern der „anatolischen Provinz“, in denen kleinere und mittlere Industriebetriebe organisiert waren.¹⁶ Erschwerend für die Situation des TOBB kam der Kompetenzverlust in Bezug auf die Verteilung von Importquoten-Anteilen und der Erstellung von Importlisten Anfang der 70er Jahre hinzu.

Unter Berücksichtigung dieser Konstellationen kann zur Analyse der Gründungsmotive des TÜSİAD folgender theoretischer Ansatz herangezogen werden.¹⁷

In einem Wirtschaftssystem, daß nach den Vorgaben einer importsubstituierenden Industrialisierung organisiert wird und in dem ökonomische Renten - wie Importlisten genehmigter Güter im Rahmen der Importbarrieren sowie Zuteilungen

¹⁵FUNKTIONEN UND INTERESSENSKONFLIKTE DES TOBB.

¹⁶Laut Definition der Staatlichen Planungsorganisation (DPT) zählt ein produzierender Betrieb mit mindestens 10 Beschäftigten bereits zum Industriesektor.

von Devisen für den Import oder anderweitiger Subventionen - durch den Staat kontrolliert werden, entsteht unterhalb der Wirtschaftsbetriebe ein Konkurrenzkampf um die Erlangung dieser mit 'ökonomische Renten' umschriebenen Fördermaßnahmen. Der Versuch einzelner Unternehmen in größtmöglicher Weise von den Zuteilungen des Staates zu profitieren, wird allgemein mit dem Begriff *rent seeking* umschrieben. Um den Einfluß auf die Entscheidungen des Staates in möglichst hohem Maße gewährleisten zu können, organisieren sich Unternehmer der gleichen Branche oder des gleichen Sektors zu Interessensgruppen (Fertigwaren-Importeure, Montageindustrie, Exporteure von Zwischenprodukten etc.). In diesem Falle wird in der Literatur von *collectiv action* gesprochen.

Im Falle der Türkei wurden die Interessen der Privatwirtschaft gegenüber dem Staat durch die 1952 gegründeten Dachorganisation der Kammern (TOBB) vertreten.¹⁸ Hier waren die Sektoren Handel und Industrie jedoch gemeinsam organisiert und mußten entsprechend der korporativistischen Bestimmung und der im Unionsgesetz von 1950 vorgegebenen Konstitution dem Staat gegenüber „mit einer Stimme“ gegenüberreten. Wie oben bereits beschrieben, existierten zwischen Handels und Industriesektor im Rahmen des *rent seeking*-Mechanismus jedoch Interessenkonflikte und innerhalb des TOBB überwog die Lobby des Handelssektors den Stimmen der Industrie. Durch die in der Türkei vorliegende Organisationsstruktur wird das System der *collective action* somit zwangsläufig ausgehebelt. Für den Industriesektor sind in diesem Fall zwei Strategien zur Stärkung der Einflußnahme denkbar. Die beiden Strategien werden im allgemeinen mit den Begriffen *voice* und *exit* umschrieben.¹⁹

Voice zielt darauf ab, durch Neugründung von Industriekammern eine Verlagerung der Gewichtung zugunsten des Industriesektors zu erreichen. Dies wurde durch gesetzliche Hürden im Kammergesetz von 1950 jedoch verhindert.²⁰ Eine andere Möglichkeit wäre die Gründung einer eigenen Dachorganisation innerhalb des

¹⁷Die folgenden Ausführungen haben eine Analyse von Schubert zur Grundlage: A. SCHUBERT: *Politische Ökonomie der Handelsliberalisierung in der Türkei 1980-1990*. Gotha: Justus Perthes Verlag 1996, S. 166-196.

¹⁸Vgl. das in Kapitel 3.2. dargelegte System des Korporativismus.

¹⁹Vgl. A.O. HIRSCHMANN: *Exit, Voice and Loyalty*. Cambridge: University Press 1970.

²⁰Noch 1977 gab es in der Türkei 131 Handels- und Industriekammern, 50 Handelskammern und nur 8 Industriekammern. Vgl. A. ÖNCÜ: *Cumhuriyet Döneminde Odalar*. In *CDTA Cilt 6*. İstanbul: İletişim Yayınları 1983, S.1571.

TOBB. Bemühungen hierfür sind jedoch auf erbitterten Widerstand innerhalb des TOBB gestoßen. Es ist lediglich zur Gründung informeller, offiziell nicht anerkannter Organisationen gekommen.²¹

Die zweite, als *exit* bezeichnete, Strategie der türkischen Industriellen muß als wesentlich erfolgreicher beurteilt werden. Da die Unterrepräsentation innerhalb der Kammerorganisationen nicht aufgehoben werden konnte, sah man eine Alternative in der Gründung einer eigenen Vereinigung außerhalb der TOBB. Durch Gründung des TÜSİAD konnte man sich aus dem korporativistischen Einheitskorsett befreien. Den Mitgliedern der neuen Vereinigung war folglich die Möglichkeit gegeben, eine eigene *collective action* zu institutionalisieren.

Der geschilderte theoretische Ansatz muß insofern in seiner Tragfähigkeit diskutiert werden, als daß von einer eindeutigen Polarisierung zwischen Handelssektor und Industriesektor sowie zwischen Industriebetrieben der Provinz und der industriellen

Ballungsräume ausgegangen werden muß. Die Gründungsmitglieder des TÜSİAD setzten sich zwar zum Großteil aus Vertretern der Privatindustrie aus dem Istanbuler Raum zusammen, doch liegt gerade bei den innerhalb der Vereinigung tonangebenden Holdings eine starke Diversifizierung in verschiedenen Branchen und Sektoren vor.

Es bleibt jedoch festzuhalten, daß mit Gründung des TÜSİAD eine zweite Interessengruppe der Privatwirtschaft geschaffen wurde, die im Gegensatz zu der TOBB freiwillig und staatlich unabhängig war. Nach Etablierung des TÜSİAD und dessen zunehmenden Einfluß seit den 80er Jahren ist das Kompetenzgerangel um die Frage, wer den Privatsektor gegenüber dem Staat vertrete in der Öffentlichkeit heftig diskutiert worden. Unter der Überschrift „Das Problem der Repräsentation des Privatsektors“²² macht die Tageszeitung ‘Cumhuriyet’ kritisch darauf aufmerksam, daß TÜSİAD sich immer mehr als Sprecher der gesamten Privatwirtschaft verstehe, obgleich die Vereinigung ursprünglich nur die Interessen der Großinvestoren vertreten habe. Die Zeitung stellt die Frage: “Wer vertritt denn nun den Privatsektor? Der TÜSİAD mit 211 Mitgliedern oder die Union der Kammern [TOBB] mit 462 Tausend Mitgliedern?”²³ Im Juni 1986 mußte sich der

²¹Etwa die 1969 gegründete Organisation der Kooperation von Industriekammern der Türkei (Türkiye Sanayi Odaları Birliği Teşkilatı).

²²Özel sektörde temsil sorunu. In: CUMHURİYET, 20.05.1986, S. 9.

²³Özel sektörde temsil sorunu. In: CUMHURİYET, 20.05.1986, S. 9: Özel sektörünü 221 üyeli TÜSİAD mı yoksa 462 bin üyeli Odalar Birliği mi temsil ediyor?

neu gewählte Präsident des TOBB Ali İsmet İnönü die Frage gefallen lassen, ob er den glaube, die in ihrem Einfluß gegenüber dem TÜSİAD geschwächte Kammerorganisation wieder in eine einflußreiche Position bringen zu können. Der Befragte erläuterte die grundlegenden Unterschiede zwischen dem Status und den Aufgaben der beiden Organisationen TÜSİAD und TOBB und fügte hinzu, daß es folglich falsch sei, TÜSİAD und TOBB miteinander zu vergleichen, und man gegen keine andere Organisation zu kämpfen beabsichtige.²⁴ Zwei Jahre später forderte der Vorsitzende der Industriekammer von Istanbul, Nasrullah Gezgin: „TÜSİAD schadet der türkischen Wirtschaft mittlerweile nur noch. Diese Vereinigung muß umgehend geschlossen werden.“²⁵

Das Verhältnis zwischen TÜSİAD und TOBB hat sich in den 90er Jahren entspannt. Zuletzt sei noch betont, daß schon aufgrund der durch Gesetz vorgeschriebenen obligatorischen Kammermitgliedschaft, der Austritt aus der Kammer zugunsten des TÜSİAD nicht möglich ist. Die Mitgliedschaft in beiden Organisationen ist die Regel und betrifft gleichermaßen die Führungspositionen. So bekleidete das TÜSİAD-Gründungsmitglied Sakip Sabancı zum Beispiel Anfang der 90er Jahre das Amt des Präsidenten der Industriekammer von Adana.

4.4.2. DER DRUCK VON LINKS UND DIE FRAGE DES IMAGES

In seiner Autobiographie beschreibt der Besitzer der Yaşar Holding und Mitbegründer des TÜSİAD, Selçuk Yaşar, den Zeitraum Anfang der 70er Jahre folgendermaßen:

DİSK und TİP sind gegründet worden. Gegen den Westen und ausländische Investitionen wurde massive Feindschaft provoziert. [...] Das Land verfiel in Chaos. Der Ostblock unterstützte unter der Hand jede Art anarchischer Entwicklungen. Aus Rußland kam große finanzielle Unterstützung.²⁶

²⁴O. ULAGAY: *Ekonomide Diyalog*. In: CUMHURİYET 08.06.1986, S. 11.

²⁵GÜNEŞ : 20.01.1988: TÜSİAD Türk ekonomisi için yararlı bir hal almıyor. Bu derneğin vakıf geçmeden kapatılması gerekmektedir. Zit.n.: A. BUĞRA: *Devlet ve İcadamlar* İstanbul: İletişim Yayınları²1997, S. 343.

²⁶S. YAŞAR: *Hayatım*. İzmir: Tükelmat A.Ş. 1996. S. 113: DİSK ve TİP kurulmuş, Batı'ya karşı yabancı sermayeye karşı büyük bir düşmanlık kerkretiyor. [...] Kaosa gidiyorduk ülkece.

Mit der Erwähnung des Akronyms TġP weist Selçuk auf die 1961 von einigen Gewerkschaftsführern gegründete 'Arbeiterpartei der Türkei' (*Türkiye İġci Partisi*) hin. 1962 übernahm Mehmet Ali Aybar²⁷ den Vorsitz der Partei. Sein Ziel war die Errichtung des sozialistischen Systems auf parlamentarischem Wege.²⁸ Die TġP war jedoch nur ein Segment der linksgerichteten Bewegung, welche sich in den 60er Jahren in universitären Zirkeln, Ideenklubs (*Fikir Kulüpleri*) oder leninistischen sowie maoistischen Splittergruppen organisierte und radikalisierte.

Bei der von Yaçar erwähnten DġSK, 'Konföderation revolutionärer Gewerkschaften' (*Devrimci İġçiler Sendikalarġ Konfederasyonu*), handelt es sich um eine Abspaltung von der Gewerkschaftskonföderation 'Türk-İġ'.²⁹ Die DġSK kritisierte die USA-freundliche Haltung der Türk-İġ und deren Abhängigkeit von der seit 1965 unter Süleyman Demirel regierenden Gerechtigkeitspartei (AP). In politischer Hinsicht verfolgte die zweite türkische Gewerkschaftskonföderation eine marxistische, anti-imperialistische und anti-kapitalistische Linie und lehnte jedes ausländische Fremdkapital ab, welches die eigene Unabhängigkeit gefährden könnte.³⁰

Die Vertreter der privaten Großinvestoren, die langfristig für die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei eine Öffnung der Grenzen für ausländische Investitionen und Fremdkapital als unerläßlich betrachteten, sahen sich mit der Entstehung der DġSK und TġP plötzlich einem organisierten und damit schlagkräftigen Lager gegenüber, das wirtschaftlich und politisch diametral entgegengesetzte Ansichten vertrat. Die Motivation der „Kapitalisten“, eine Organisation zur Durchsetzung eigener Ziele zu gründen und somit einen Gegenpol zur „linken“ Bewegung zu setzen, wird bei der Etablierung des TÜSİAD eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt haben.

Doğru bloku, Türkiye'deki her türlü anarġi olayġ da el altından destekliyordu. Rusya'dan büyük para desteđi vardı.

²⁷Mehmet Ali Aybar (1908-1995). Nach einer akademischen Laufbahn als Jurist wurde er 1946 wegen kommunistischer Umtriebe aus der Universität İstambul entlassen.

²⁸Vgl. J.M. LANDAU: *Radical Politics in Modern Turkey*. Leiden: E.J. Brill 1974, S. 149f.

²⁹Die 'Konföderation der Türkischen Arbeitergewerkschaften' (*Türkiye İġci Sendikalarġ Konfederasyonu*) wurde 1952 gegründet und war bis zur Gründung der DġSK der einzige Dachverband türkischer Gewerkschaften.

³⁰Vgl. „DġSK“. In: *Türkiye Sendikalarġ Ansiklopedisi*. İstambul: Kültür Bakanlıđı ve Tarih Vakfı 1996, S. 307-309.

In diesem Kontext sei noch auf das traditionell schlechte Image der Geschäftsleute hingewiesen:

Furthermore, in the eyes of the burocratic elite business groups had very little prestige. Historically neutral terms such as *bezirgan* and *madrabaz* which were used for merchants in official documents, later gains such prejorative meanings as 'profiter' and 'trickster'.³¹

Metin HEPER stellt fest: „This situation persisted in republican Turkey, for a long time without drastic change.“³² Der Autor zitiert weiter ein Statement aus dem Jahr 1967:

In Turkey, the notion of business is misunderstood. Often the businessmen is viewed as a speculator, if not a thief. Business in general and retailing and wholesaling in particular, were for a long term downgraded and looked upon as occupation which no respectable Turk would enter.³³

Die in ihrem Manifest artikulierte Ambition der TÜŞAD-Gründer, sich als Garant oder Kämpfer für Demokratie, Stabilität und soziale Gerechtigkeit zu präsentieren, sollte dazu beitragen, das von Kritik, Neid und Mißtrauen geprägte Bild der Allgemeinheit bezüglich der Industriellen und Geschäftsleute zu revidieren. Heper behauptet, daß sich die negative Kennzeichnung der Geschäftswelt ab 1983 drastisch geändert habe.³⁴ Presseberichte belegen jedoch, daß dieses Ziel für lange Zeit nicht erreicht werden konnte. Beispielsweise setzte sich 1986 der derzeitige TÜŞAD-Präsident Sakıp Sabancı auf einer Pressekonferenz gekränkt gegen einschlägige Angriffe zur Wehr:

Ich bin nicht reich und TÜŞAD ist auch kein Club der Reichen. TÜŞAD ist eine freiwillige Organisation, welche sich - entsprechen [den Aktivitäten] des Rote Halbmond* - für das Wohl der Allgemeinheit einsetzt.³⁵

³¹H. İNALCİK: *Capital Formation in the Ottoman Empire*. In: *The Journal of Economic History*. 29 (1969), S. 105f. Zit.n.: M. HEPER: *The State Tradition in Turkey*. Walkington: The Eothen Press 1985, S. 101f.

³²M. HEPER: *The State Tradition in Turkey*. Walkington: The Eothen Press 1985, S. 102.

³³M. HEPER: *The State Tradition in Turkey*, S. 103.

³⁴M. HEPER: *The State Tradition in Turkey*, S. 195: Fn. Nr. 29.

* 'Roter Halbmond' (Kızıl Ay) ist die türkische Schwesterorganisation des 'Roten Kreuzes'.

³⁵TÜŞAD *gecondu*. In: CUMHURİYET, 06.06.1986, S. 6: Ben zengin deİelim, TÜŞAD de zenginler Kulübü deİildir. TÜŞAD, Kızıl ay gibi kamu yararına gönüllü bir kuruluçtur,

5. ORGANISATIONSSTRUKTUR DES TÜSAD

5.1. DIE GREMIEN DER SATZUNG

Gemäß der Satzung des TÜSAD¹ besteht die Vereinigung im Wesentlichen aus folgenden Organen:

- » Art. 10/11: Generalversammlung (*Genel Kurul*)
- » Art. 12: Hohe Beratende Versammlung (*Yüksek İsticare Konseyi*)
- » Art. 13: Vorstand (*Yönetim Kurulu*)
- » Art. 14: Exekutivkomitee (*Yürütme Komitesi*)
- » Art. 16: Generalsekretär (*Genel Sekreter*)
- » Art. 21: Ehrengericht (*Haysiyet Divanı*)
- » Art. 22: Kontrollrat (*Denetleme Kurulu*)

Die Generalversammlung setzt sich aus allen Vollmitgliedern des Vereins zusammen und wird in der Regel einmal im Jahr einberufen. Wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder zum festgesetzten Termin nicht teilnehmen können, muß ein zweiter Termin angesetzt werden. Tritt dieser Fall ein, ist für die Durchführung der Generalversammlung die Anwesenheit der Mehrheit der Mitglieder nicht mehr erforderlich. Die Aufgaben und Pflichten der Generalversammlung sind in 9 Punkte gegliedert u.a.: Wahl der Vereinsorgane; Änderung der Satzung, Besprechung der Berichte von Vorstand und Kontrollrat, Entlastung des Vorstands, Genehmigung des vom Vorstand vorgelegten Budgets.

Die Hohe Beratende Versammlung ist das höchste Beratungsorgan des Vereins. Alle Vollmitglieder sind zugleich Mitglied der Hohen Beratenden Versammlung. Geleitet wird das Organ vom 'Vorsitzenden Rat der Hohen Beratenden Versammlung' (*Yüksek İsticare Konseyi Başkanlık Divanı*). Der Rat setzt sich aus einem Vorsitzenden (*Başkan*), drei stellvertretenden Vorsitzenden (*Başkan Vekili*) und zwei Sekretären zusammen. Die Mitglieder des Rates werden alle zwei Jahre durch den Vorstand gewählt. Die Hohe Beratende Versammlung soll Informationen zur aktuellen wirtschaftlichen Situation einholen. Des weiteren hat sie diesbezüglich Bewertungen vorzunehmen, und auf dieser Grundlage langfristige Maßnahmen zur Umsetzung der Ziele des Vereins vorzuschlagen. Die Empfehlungen haben beratenden Charakter und sind für den Vorstand nicht bindend.

Die Mitglieder des Vorstands werden im Turnus von zwei Jahre durch die Generalversammlung mit geheimer Stimmabgabe gewählt. Der Vorstand setzt sich aus zehn Haupt- und zehn Ersatzmitgliedern zusammen. Ein Mitglied kann mehrmals hintereinander oder mit Unterbrechung für eine oder mehrere Perioden in den Vorstand gewählt werden. Der Generalsekretär des Vereins ist Mitglied des Vorstandes. Die Mitglieder des Vorstandes wählen für jeweils zwei Jahre einen Vorstandsvorsitzenden (*Yönetim Kurulu Başkan* d.h. der Präsident des Vereins), drei stellvertretende Vorsitzende (*Başkan Yardımcısı*) und einen Schatzmeister (*Sayman Üye*). Der Präsident kann für zwei Perioden in Folge und nach Aussetzen einer Periode ein weiteres Mal gewählt werden. Zu den Rechten und Pflichten des Vorstands zählen unter anderem: Vertretung des Vereins nach außen, Tätigung finanzieller Transaktionen des Vereins, Ausführung der durch Satzung und Vorschriften (*mevzuat*) übertragene Aufgaben, Festlegung der Aufnahmegebühren und Mitgliedsbeiträge, und Ernennung des Generalsekretärs und Festlegung seiner Aufgaben.

Der Exekutivrat setzt sich aus dem Vorstandsvorsitzenden, den drei Stellvertretern, dem Schatzmeister und dem Generalsekretär zusammen. Der Rat veranlaßt und leitet die Geschäfte des Vereins und ist dem Vorstand verantwortlich.

Der Generalsekretär wird durch den Vorstand aus den Vollmitgliedern ernannt. Er vertritt den Verein im Rahmen der ihm durch den Vorstand übertragenden Kompetenzen.

Berücksichtigt man ferner die Organe des Ehrengerichts und des Kontrollrat, entspricht die Satzung des TÜSİAD einem sich dem demokratischem Prinzip verpflichtenden Regelwerk. In der Umsetzung weisen indessen mehrere Faktoren auf eine klare Polarität zwischen den Führungskadern des TÜSİAD und der Vereinsbasis hin.²

¹ *Türk Sanayicileri ve İşadamları Derneği Tüzüğü*. Auszüge aus der türkischen Originalfassung vom 18.01.1996 vgl. Annex 12.4.

² Dies gilt insbesondere für die ersten 15 Jahre seit Bestehen des TÜSİAD.

5.2. POSTENBESETZUNG, MITGLIEDER UND DER VERHALTENSKODEX

Die Polarität wird bei der personellen Besetzung der Führungsstellen deutlich. Zu einem Großteil werden der Vorstand und der 'Vorsitzende Rat der Hohen Beratenden Versammlung' alternierend durch Familienmitglieder der großen Holdings oder deren engen Vertrauten besetzt.³ Unter anderen sind die Familien Koç, Sabancı, Eczacıbaşı und Boyner teilweise mit Familienmitgliedern aus zwei Generationen in den führenden Organen des TÜSİAD aktiv.⁴ Die beiden wichtigsten Positionen der Vereinigung wurden wie folgt besetzt:

Präsident des Vorsitzenden Rats der Hohen Beratenden Versammlung:

1971-79 Vehbi Koç	1990-94 Rahmi M. Koç
1980-86 Nejat F. Eczacıbaşı	1995-98 Feyyaz Berker
1987-89 Sakip Sabancı	seit 1999 Bülent Eczacıbaşı

Vorstandsvorsitzender (TÜSİAD - Präsident):

1971-80 Feyyaz Berker	1988-90 Cem Boyner
1980-84 Ali Koçman	1990-92 Bülent Eczacıbaşı
1984-85 Şahap Kocatopçu	1993-96 Halis Komili
1985-86 Sakip Sabancı	1996-99 Muharrem Kayhan
1986-88 Ömer Dinçkök	seit 1999 Erku Yücel

Um Erkenntnisse über Beziehungen und Netzwerke zwischen den Bereichen Wirtschaft und dem Staat zu erhalten, wurde durch die Boğaziçi-Universität Ende der 80er Jahre eine Umfrage unter TÜSİAD-Mitgliedern durchgeführt. Es erklärten sich jedoch lediglich 67 der 245 Mitglieder für eine Teilnahme an der Befragung bereit.⁵ Recherchen zeigten, daß der Großteil der ohnehin wenigen Umfrageteilnehmer in den Führungsorganen des Vereins organisiert war. Nach

³ Z.B. Can Kırcaç, der von 1950-1991 bei der Koç Holding beschäftigt war und seit den 80er Jahren in der Presse doppeldeutig als *Koç'un Can'ı* (Seele des Koç) bezeichnet wurde. Nach seinem Ausstieg aus dem Berufsleben verfaßte Kırcaç eine fast 400seitige Biographie über Vehbi Koç: C. KIRAĞ: *Anılatıcı Patronum Vehbi Koç*. İstanbul: Milliyet Yayınları 1995.

⁴ Der Sohn von Vehbi Koç (gest. 1996) Rahmi Koç und zwei seiner drei Söhne, Ömer und Mustafa Koç. Die Sabancı-Familie ist mit sechs, die Familien Eczacıbaşı, Kaslowski mit drei TÜSİAD-Mitgliedern vertreten. Die meisten nehmen Positionen in den Führungsgremien des Vereins ein. Im Volksmund sowie in den Medien werden leitende Familienmitglieder der großen Holdings mit „Patron“ betitelt. Sinngemäß spricht die Öffentlichkeit in Bezug auf TÜSİAD vom „Klub der Patrons“ (*patronlar kulübü*).

⁵ Bei einer Umfrage unter den Vereinigungen TÜSİAD, MÜSİAD und der Kammerunion TOBB Anfang der 90er Jahre war die Beteiligung der TÜSİAD-Mitglieder mit 36% ebenfalls sehr gering (MÜSİAD 52%, TOBB 64%). Vgl. H. ALKAN: *Türkiye İcadı Örgütleri ve Devlet*. In: *BİRİKİM* 114 (Ekim 1997), S. 48.

Gülfidan ist die niedrige Beteiligung: „related to an important characteristic of the Association, i.e., the leaders relatively long tenures, particularly during the earlier years, and lack of organizational democracy. When decisions are made in TÜSİAD, the personal view of the members not in the governing bodies are hardly taken into consideration.“⁶ Gülfidan stützt ihre Behauptung durch die Äußerung eines (anonymen) TÜSİAD-Mitgliedes:

Those influential in TÜSİAD are few in number... Rather than 'individual' members, small number of 'groups' centered around certain families run the Association. Thus, an ordinary member is admitted to TÜSİAD only if his or her views are in line with that of the Association. These who hold contrary opinions cannot join TÜSİAD.⁷

Undemokratische Strukturen innerhalb großer Unternehmerverbände sind im übrigen kein typisch türkisches Charakteristikum. Volker Berghan beschreibt in seiner Analyse zu Unternehmerverbänden in Deutschland den autoritären Führungsstil, die hierarchischen Organisationsstrukturstruktur und die zurückhaltende Mentalität der Mitglieder des Bundes Deutscher Industrieller, (BDI) und zitiert zudem die 1973 getroffene Aussage eines Mitglieds der BDI-Geschäftsführung: „Für eine konsequent formale Demokratisierung nach parlamentarischem Muster [besteht] in Industrieverbänden kein Bedürfnis.“⁸

Seit Mitte der 80er Jahre sind im TÜSİAD-Vorstand auch eine steigende Anzahl an Managern vertreten, die sich nicht aus Familienangehörigen der Holdings rekrutieren, sondern lediglich als Angestellte derselben fungieren.⁹ Mittelfristig ist das Selbstverständnis der tonangebenden *Patronlar* damit aber keinesfalls in Frage gestellt worden.¹⁰

⁶ İ. GÜLFİDAN: *Big Business and the State in Turkey. The Case of TÜSİAD*. İstanbul: Boğaziçi University Press 1993, S. 53.

⁷ İ. GÜLFİDAN: *Big Business and the State in Turkey*, S.53.

⁸ V. BERGHAN: *Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1985, S. 182.

⁹ Laut einem Zeitungsinterview mit Feyyaz Berker, dem TÜSİAD Präsidenten von 1971-1980, wurde 1985 das erste Mal seit Gründung des Vereins der Vorstand mehrheitlich von 'Managern' besetzt. Vgl. *Ekonomide diyalog*. In: CUMHURİYET, 10.12.1985, S. 9.

¹⁰ Soweit vom Verfasser überschaubar, wird bislang der Machtverlust der Holdings als Familienkonzern nur von einer Autorin langfristig in Frage gestellt bzw. thematisiert. Vgl. A. BUĞERA: *Devlet ve fadamlar* İstanbul: İletişim Yayınları²1997, S. 298.

Die Anzahl der TÜSİAD-Mitglieder ist im Laufe der Jahre relativ langsam angewachsen.

Jahr	Mitglieder
1971	89
1979	184
1987	243
1996	397
1997	412
September 1999	466

Grundsätzlich können laut Art. 5 der TÜSİAD-Satzung natürliche Personen, die die Ziele des Vereins anerkennen, Mitglied werden. Dazu muß ein neuer Anwärter durch zwei TÜSİAD-Mitglieder vorgeschlagen und anschließend durch die Mehrheit des Vorstands bewilligt werden. Zu den Kriterien, die von einem Anwärter erfüllt werden müssen, werden in der Satzung keine präzisen Angaben gemacht. Sakip Sabancı äußerte sich während seiner Präsidentschaft auf die Frage, weshalb der Verein nicht einmal 250 Mitglieder habe, gleichfalls indifferent: „Wir nehmen nicht jeden Anwärter in TÜSİAD auf. Leute, die bei TÜSİAD Mitglied sein wollen, müssen bestimmten Kriterien entsprechen.“¹¹ In einer Broschüre aus dem Jahr 1999 beschreibt der Verein das Profil seiner Mitglieder folgendermaßen:

TÜSİAD is composed of individual members [...]. Its membership is composed of owners and managers of individual firms, groups of companies and holding companies operating in the Turkish manufacturing and service sectors.

Bezüglich des Verhältnisses von 'owners' (*patronlar*) zu 'managers' (*profesyonel yöneticiler*) dominierten in den ersten Jahren nach der Gründung des Vereins die Erstgenannten. In den 90er Jahren nahm die Mitgliedszahl von Managern - respektive angestellte Nichteigentümer in leitender Position - zu.¹²

Es bleibt festzuhalten, daß die Voraussetzung für eine Mitgliedschaft nicht branchenspezifisch ist. Sicherlich spielt jedoch die Finanzkraft des Unternehmens, welche das Mitglied besitzt oder vertritt, eine tragende Rolle. Folgende

¹¹TÜSİAD *gocundu*. In: CUMHURİYET, 06.06.1986, S. 6: „Biz, her önümüze gelen kimseyi TÜSİAD'a almayız, TÜSİAD üyesi olabilecek kişinin belli kriterlere sahip olması gerekir.“

¹²TÜSİAD *profesyonelleçiyor*. In: YENİ YÜZYIL, 20.11.1995.

Eigendarstellung macht den volkswirtschaftlichen Faktor der TÜSİAD-Mitglieder für das Jahr 1997 deutlich:

Total sales volumes of the 223 companies, groups and holding companies was \$ 65,7 billion, or 40,9% of Turkey value added in the relevant sector. These companies employed more than 371.000 people. TÜSİAD member have generated 35,5% (\$9,3 billion) of Turkish exports and 20,8% (\$10,1 billion) of imports in goods and services.¹³

5.3. FINANZEN

Da der TÜSİAD dem Verfasser trotz mehrerer Anfragen die Jahresberichte des Vereins (*Yıl çalışmalar*) zur Einsichtnahme nicht zur Verfügung gestellt hat, und Vereinsinterna ohnehin als „Verschlussache“ behandelt werden, können bezüglich der von den Mitgliedern zu leistenden Beitrittsgelder und der Jahresbeiträge nur vage Aussagen getroffen werden. TÜSİAD finanziert sich gemäß Art. 18 der Satzung aus folgenden Mitteln:

- a) Beitrittsgebühren, Mitgliedsbeiträge, Teilnehmergebühren;
- b) Einnahmen aus verschiedenen Veranstaltungen sowie eigenen Publikationen;
- c) Einnahmen aus Vermögen;
- d/e) Spenden und Hilfgelder.¹⁴

Laut eines Berichts der Tageszeitung CUMHURİYET werden die von Mitgliedern zu leistenden Beiträge von der Finanzkraft des jeweiligen Unternehmens abhängig gemacht. Der Artikel berichtet weiter, daß der Jahresbeitrag eines neuen Mitgliedes mindestens 5.200.- DM betragen müsse und die derzeit höchsten Jahresbeiträge (1988) von den Unternehmen Koç und Sabancı (jeweils 78.400.- DM) sowie vom Konzern ENKA (36.600.- DM) gezahlt werde.¹⁵

¹³Vgl. <http://www.tusiad.org.tr/>

¹⁴Vgl. die türkische Originalfassung im Annex 12.4.

¹⁵*Koç ve Sabancı, TÜSİAD'a yılda 60'ar milyon ödüyor.* In: CUMHURİYET, 21.05.1988, S. 9.
Die in Türkische Lira angegebenen Beträge sind gemäß dem damaligen DM-Kurs

5.4. KOMMISSIONEN, ARBEITSFELDER UND DER SITZ

Unterhalb der Führungsebene ist TÜSİAD in mehrere Abteilungen und Kommissionen untergliedert. Folgende Auflistung der Gremien gibt zugleich einen Einblick in die Bereiche, in welchen sich TÜSİAD heute engagiert.

Dem Vorstand sind folgende Kommissionen (*Komisyonlar*) untergeordnet.

- » Kommission für Außenbeziehungen (*Dış İlişkiler Komisyonu*), 12 Mitglieder
- » Kommission für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten (*Ekonomik ve Mali İşler Komisyonu*), 17 Mitglieder
- » Kommission für Angelegenheiten von Unternehmen und der Industrie (*Sanayî ve İşirket İşleri Komisyonu*), 20 Mitglieder
- » Kommission für Technologie und Qualitätsmanagement (*Teknoloji ve Kalite Yönetimi Komisyonu*), 7 Mitglieder
- » Kommission für soziale Angelegenheiten (*Sosyal İşleri Komisyonu*), 8 Mitglieder
- » Kommission für parlamentarische Angelegenheiten (*Parlamento İşleri Komisyonu*), 30 Mitglieder
- » Kommission für die Zusammenarbeit mit berufsständischen Vereinigungen (*Meslek Örgütleri ile İlişkiler Komisyonu*), 13 Mitglieder¹⁶

Neben einem Vorsitzenden (*Başkan*), etwaigen Stellvertretern (*Başkan Yardımcısı*) und einem Protokollführer (*Raportör*) sind in den Mitgliederlisten mancher Kommissionen auch ein bis zwei Sachverständige/Experten (*Uzman Üyesi*) aufgeführt, die nicht Mitglied des TÜSİAD sind.

Dem Generalsekretariat sind des weiteren Abteilungen unterstellt, die die Beschlüsse der Kommissionen bearbeiten, bzw. den Kommissionen durch Forschung und Erstellung von Untersuchungsberichten thematisch zuarbeiten sollen.¹⁷

Das „Headquarter“ des TÜSİAD befindet sich in einem repräsentativen Bau in dem Istanbuler Stadtteil Tepebaşı. Der Verein hat das etwa 100 Jahre alte Gebäude Anfang der 90er Jahre erworben und aufwendig renovieren lassen. Außer einem Vertretungsbüro in Ankara ist dies in der Türkei die einzige Geschäftsadresse des

(1DM = ? 765 TL) umgerechnet.

¹⁶Die Angaben sind einer TÜSİAD Broschüre sowie dem Internet entnommen: www.tusiad.org/turkish/organisasiyon/komisyonlar.html

¹⁷Entsprechend einer englischsprachigen TÜSİAD Broschüre von 1997: Social Policy Research Department; Economic Research Department; Industrial & Company Affairs Department; Administrativ Affairs Department; Parliamentary Relation Department etc..

Vereins. Neben der Verwaltung befindet sich hier auch eine Dokumentationstelle bzw. eine Bibliothek, welche der Öffentlichkeit nicht zugänglich ist.¹⁸

Weiter unten eingehender thematisiert, muß an dieser Stelle der Vollständigkeit halber noch die Eröffnung der Vertretungsbüros in Washington und Brüssel Mitte der 90er Jahre erwähnt werden.

¹⁸Laut Verantwortlichen des TÜSfAD kann Nichtmitgliedern der Zutritt in die Bibliothek und die Einsicht in die Dokumentation mit dem Hinweis auf „Sicherheitsmaßnahmen“ nicht gewährt werden.

6. VARIANTEN DER EINFLUSSNAHME

Einem Interessenverband stehen unterschiedliche Wege der Einflußnahme auf den politischen Prozeß zur Verfügung. Die Bandbreite reicht, je nach finanziellen und personellen Möglichkeiten, vom direkten Kontaktieren der politischen Elite über Lobbyismus in der Bürokratie bis zur Instrumentalisierung der Massenmedien zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Im Jahr 1987 wurden die Mitglieder des TÜSİAD befragt, inwieweit sie verschiedene Vorgehensweisen der Einflußnahme auf den politischen Prozeß in bezug auf ihre Effizienz einschätzen. Laut der Umfrage beurteilte über die Hälfte der TÜSİAD-Mitglieder das Kontaktieren des Ministerpräsidenten als die effektivste Variante. Der Weg über Massenmedien sowie die Kontaktaufnahme mit Bürokraten und Regierungsvertretern rangierten auf Platz zwei und drei. Nur wenige Mitglieder sahen schriftliche Eingaben an das Kabinett oder an Komitees des Parlaments als effektive Maßnahme. Folgende Tabelle gibt im einzelnen die Bewertung der Varianten durch TÜSİAD-Mitglieder (in Prozent) wieder.

	1. Wahl	2. Wahl	3. Wahl	4. Wahl	5. Wahl	6. Wahl	keine Angabe
Kontakt zum Ministerpräsidenten	52.2	14.9	9.0	11.9	7.5	-	4.5
Aufrufe an die Öffentlichkeit durch die Massenmedien	23.9	7.5	26.9	13.4	16.4	-	11.9
Prominente TÜSİAD-Repräsentanten werden vorstellig bei Regierungsvertretern und Bürokraten	22.3	25.4	19.4	13.4	10.5	1.5	7.5
Schriftliche Eingaben an Parlament Komitees	5.9	7.5	16.4	16.4	25.4	4.5	23.9
Schriftliche Eingaben an das Kabinett	5.9	32.8	10.5	16.4	11.9	1.5	21.0
andere	3.0	1.5	-	4.5	1.5	1.5	88.0

Quelle: j. GÜLFIDAN: *Big Business and the State in Turkey: The Case of TÜSİAD*. İstanbul: Boğaziçi University Press 1993, S. 69.

Die Frage, welche Art der Einflußnahme die Entscheidungsträger des TÜSfAD bis heute hauptsächlich praktiziert haben, ist durch die in der Umfrage getroffene Bewertung der Mitglieder jedoch nicht ausreichend beantwortet. Die Kriterien, die zu einer effektiven Intervention in den politischen Prozeß führen können, sind von einer Vielzahl in- und externer dynamischer Faktoren abhängig. Folgende Rahmenbedingungen müssen bei der Analyse der Beziehung zwischen Regierung und Interessengruppe berücksichtigt werden:

- » Der finanzielle Rückhalt der Interessensgruppe
- » Die personelle Besetzung der Posten der Entscheidungsträger
- » Der Kurs der Regierung
- » Das politische System des Landes
- » Die wirtschaftliche Situation des Landes

Seit Bestehen des 1971 gegründeten TÜSfAD waren die meisten der oben genannten Faktoren ständigen Wandlungsprozessen in variierender Intensität ausgesetzt. Dementsprechend sind die Strategien des TÜSfAD zur Durchsetzung eigener Ziele modifiziert worden. Zudem agierte die Vereinigung in den 90er Jahren in Bereichen, welche in der Umfrage von 1987 noch keine Erwähnung gefunden hatten.

6.1. PERSÖNLICHE KONTAKTAUFNAHME ODER DAS INSTRUMENT DER MEDIEN - DIE 70ER JAHRE

6.1.1. DIE POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE LAGE DER 70ER JAHRE

6.1.1.1. POLITIK

An den Regierungsbildungen der beiden politischen Kontrahenten Süleyman Demirel (AP) und Bülent Ecevit (CHP) ist die instabile politische Lage der Türkei in den 70er Jahren abzulesen. In der Zeit von 1974 bis 1980 waren insgesamt sieben kurzlebige Koalitionen der DP oder CHP jeweils gemeinsam mit kleineren Parteien wie der ultrarechten 'Partei des Nationalen Aufbruchs' (*Milliyetçi Hareket Partisi*, MHP) und der proislamischen 'Nationalen Heilspartei' (*Millî Selâmet Partisi*, MSP) an der Macht. Das Amt des Ministerpräsidenten wurde abwechselnd dreimal durch Ecevit und dreimal durch Demirel besetzt. Die von Mustafa Kemal

(Atatürk) gegründete CHP definierte sich als „Mitte-Links“ Partei, was von der „rechts von der Mitte“ einzuordnenden DP polemisch mit dem Slogan „links von der Mitte ist der Weg nach Moskau“ (*ortanın solu, Moskova yolu*) kommentiert wurde. In wirtschaftspolitischer Hinsicht hatten die beiden Parteien demgemäß diametrale Ansichten. Während die CHP den Ausbau der Staatswirtschaft sowie die außenpolitische Unabhängigkeit durch eine möglichst autarke Produktion in einer geschlossenen Volkswirtschaft protegierte, tendierte die DP zu einer Förderung der Privatwirtschaft und der Liberalisierung der Außenwirtschaft.

Die innerhalb kürzester Zeit wechselnden Regierungen konnten keine stabile Wirtschaftspolitik gewährleisten und bedeuteten für alle Branchen der Volkswirtschaft einen sich nachhaltig negativ auswirkenden Unsicherheitsfaktor.

6.1.1.2. WIRTSCHAFT

In der türkischen Verfassung von 1961 wurde das Prinzip der staatlichen Planung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung festgesetzt.¹ Demgemäß wurde die Errichtung einer 'Staatlichen Planungsorganisation' (*Devlet Planlama Teşkilatı*; DPT) vorgeschrieben. Damit trat die Türkei ab 1963 in eine Phase staatlicher Perspektivplanung in Form von Fünfjahres-Entwicklungsplänen ein. Die staatlichen Lenker der zentralisierten Wirtschaftspolitik verschrieben sich bis Ende der 70er Jahre der Entwicklungsstrategie der importsubstituierenden Industrialisierung. In den 60er Jahren setzte daraufhin eine verstärkte staatliche und private Investitionstätigkeit im Industriesektor ein. Im Rahmen der gesetzten Ziele der Importsubstitution konnte der Import an Fertigwaren und Konsumgütern tatsächlich reduziert werden, jedoch war man zur Produktion von Endprodukten weiterhin auf den Import von Vorleistungen und Rohstoffen angewiesen.² Gründe hierfür liegen unter anderem in den fehlenden Erdöl-Ressourcen und der Konzentration auf reine Montageindustrie, da das Know-how und die entsprechenden Fachkräfte nicht vorhanden waren.³ Dem ständigen Devisenbedarf zur Finanzierung der Importabhängigkeit bei Vorleistungen und Rohstoffen konnte

¹ Verfassung der Republik Türkei 1961 Art. 129: „*Die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung ist zu planen. Die Entwicklung ist nach diesem Plan zu verwirklichen.*“

² A. SCHUBERT: *Politische Ökonomie der Handelsliberalisierung in der Türkei*. Gotha: Justus Perthes Verlag 1996, S. 36.

der türkische Staat bei wachsendem Wirtschaftswachstum mit der Zeit nicht mehr nachkommen.⁴ Deviseneinnahmen fehlten aufgrund eines stark begrenzten Exportvolumens. Lediglich Agrarprodukte (Baumwolle, Nüsse, Datteln, Feigen, Tee) waren auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig, jedoch stark abhängig von exogenen Einflüssen wie dem Verfall von Weltmarktpreisen (insbesondere bei Baumwolle).

Die Binnenmarktorientierung der Industrieproduktion ließ eine internationale Konkurrenzfähigkeit anderer Produkte nicht zu, da die begrenzte Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes zu unteroptimalen Kapazitätenauslastungen führte und durch fehlenden Wettbewerb Anreize zu Produktivitätssteigerungen und Qualitätsverbesserungen außer Kraft gesetzt wurden. Erschwerend hinzu kam die überbewertete Inlandswährung, welche zusätzlich negativen Einfluß auf den Export hatte. Die inländischen staatlichen Produzenten wurden ohne Berücksichtigung komparativer Kosten subventioniert, und die öffentliche Verwaltung übermäßig aufgebläht. Hinzu kam ein unausgereiftes Steuersystem und somit fehlende Einnahmen des Fiskus. Neben der inflationistischen Finanzierung der wachsenden Defizite durch Zentralbankkredite wurden die Devisenreserven sukzessiv abgebaut. Die positive Übertragungsbilanz aufgrund der Gastarbeiterüberweisungen aus dem Ausland konnte das Leistungsbilanzdefizit immer weniger ausgleichen. Die Überweisungen türkischer Bürger aus dem Ausland reduzierten sich von 1 462 Mio. US\$ im Jahre 1974 auf 983 Mio. US\$ 1978.⁵ Zur Finanzierung der Defizite blieb dem Staat folglich nur noch das Zurückgreifen auf internationale Kredite. Doch aufgrund der sich verschlechternden Lage wurden der Türkei immer weniger multilaterale sowie langfristige Kredite gewährt. Zur Finanzierung von Schuldentrückzahlungen plus Zinslasten griff der Staat mehr und mehr auf kurzfristige, kommerzielle Kredite zu immer schlechteren Konditionen einzelner Geschäftsbanken zurück.

Die wachsende Schuldenlast erreichte mit der Zahlungsunfähigkeit der Türkei Ende 1977 ihren Höhepunkt: Die türkische Zentralbank war weder in der Lage, Devisen für die bereits lizenzierten Importe zur Verfügung zu stellen, noch -

³ Ein typisches Beispiel hierfür ist der Automobilsektor und die Produktion von Weißwaren. Vgl. A. †E†EN, S. DO¹ RUEL, F. DO¹ RUEL: *Economy Growth and Structural Change in Turkey 1960-1988*. In: *International Journal of Middle East Studies* 26 (1994), S. 42.

⁴ Äußere Faktoren, wie die exorbitante Verteuerung des Erdöls im Zuge der beiden Erdölkrisen in den Jahren 1973 und 1977, kamen erschwerend hinzu.

mangels Kreditwürdigkeit - neue Kredite zur Tilgung der kurzfristigen Schulden zu beschaffen.⁶

6.1.2. PERSÖNLICHE KONTAKTE ZUR POLITIK- MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN

Ein für die Parteienlandschaft der Republik Türkei charakteristisches Phänomen ist die starke Stellung der Parteivorsitzenden. Über Jahrzehnte hinweg stehen charismatische Führer unumstößlich an der Spitze ihrer Partei und besetzen im Falle einer Regierungsbildung den Posten des Ministerpräsidenten. Beispielsweise übernahm Süleyman Demirel im Jahr 1964 den Vorsitz der Gerechtigkeitspartei (*Adalet Partisi*, AP) und stand bis 1993 - als er zum neunten Präsidenten der Republik gewählt wurde - der Partei vor. In diesem Zeitraum besetzte er sieben mal den Posten des Ministerpräsidenten.⁷ Bülent Ecevit übernahm nach İsmet İnönü den Vorsitz der Republikanischen Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi*, CHP). Ecevits Frau gründete 1985 die Demokratische Linkspartei (*Demokrat Sol Partisi*, DSP). Bülent Ecevit übernahm nach der Aufhebung des Politikverbots im Jahr 1987 den Vorsitz dieser Partei. Nach dreimaliger Übernahme des Amtes des Ministerpräsidenten in den 70er Jahren steht er seit Anfang 1999 wiederum einer Regierungskoalition mit der ultranationalistischen 'Partei des Nationalen Aufbruchs' (*Milli Hareket Partisi*, MHP) als Ministerpräsident vor. Die MHP und deren Vorgängerpartei CKMP wurden seit 1965 durch ihre Gründer Alparslan Türkeş geführt, bis er im Jahr 1998 verstarb. Ein weiteres Beispiel für die konstante Schlüsselposition von Parteiführern in der Türkei ist Necmettin Erbakan. Er war von 1973 bis 1997 Vorsitzender seiner durch ihn gegründeten proislamischen Partei MSP sowie deren Nachfolgerparteien MNP, und RP. Er war Vizepremier unter Regierungen in den 70er Jahren und führte von Juli 1996 bis Juni 1997 als Ministerpräsident die Regierungskoalition von RP und DYP.

⁵ OECD Economic Surveys: *Turkey*. Paris: OECD, verschiedene Jahrgänge.

⁶ A. SCHUBERT: *Politische Ökonomie der Handelsliberalisierung in der Türkei*. Gotha: Justus Perthes Verlag 1996, S. 41.

⁷ Nach dem Militärputsch von 1980 stand Demirel - wie alle zu diesem Zeitpunkt aktiven führenden Politiker - unter Verbot politischer Betätigung. Das Verbot wurde 1987 durch ein Referendum aufgehoben. Demirel übernahm sofort den Vorsitz der AP-Nachfolgerpartei 'Partei des Rechten Weges' (*Doğru Yol Partisi* DYP). Von November 1991 bis Juni 1993 bekleidete er wiederum das Amt des Ministerpräsidenten.

Die Karrieren führender Politiker zeigen die mächtige Stellung der Ministerpräsidenten innerhalb der politischen Szene in der Türkei. Die Tatsache, daß über die Hälfte der befragten TÜSİAD-Mitglieder die Kontaktnahme mit dem Ministerpräsidenten als effektivste Strategie einer *pressure group* betrachten, erscheint in diesem Kontext plausibel.

Tatsächlich erwähnen Industrielle und Geschäftsmänner der Türkei in ihren autobiographischen Aufzeichnungen häufig persönliche Kontakte zu prominenten Vertretern aus der Politik. Führende Geschäftsleute wie Vehbi Koç, Sakıp Sabancı, Nijat Eczacıbaşı oder Selçuk Yaçar berichten seit den 50er Jahren nicht selten von Treffen mit den Ministerpräsidenten Adnan Menderes, İsmet İnönü, Bülent Ecevit, Süleyman Demirel oder Turgut Özal.⁸

Dieses Faktum per se bedeutet jedoch nicht notwendigerweise, daß dadurch eine Einflußnahme auf den politischen Entscheidungsprozeß im Sinne des TÜSİAD vorliegt. Es kann nicht grundsätzlich davon ausgegangen werden, daß bei diesen Zusammentreffen beispielsweise die Holdingchefs Koç oder Sabancı dem Ministerpräsidenten immer als offizielle Vertreter des TÜSİAD entgegentraten. Oft genug sind persönliche bzw. private Interessen oder - wie weiter unten zu zeigen sein wird - lediglich das eigene Unternehmen betreffende Angelegenheiten der Zweck einer Begegnung.

Zum Einfluß von Interessensgruppen auf den Ministerpräsidenten in den 70er Jahren stellt Gülfidan fest:

Direct access to the prime minister was not always available to the interest groups. For instance, both Süleyman Demirel and Bülent Ecevit, had made access to their offices much more difficult. Besides both leaders preferred to consult the Union of Chamber and Stock exchange (TOBB) as the representative of businessmen rather than TÜSİAD.⁹

Einerseits sind Kontakte zwischen den Vertretern der Privatwirtschaft zu führenden Politiken nachweisbar, andererseits wird der direkten Einflußnahme beim

⁸ N. ECZACIBAŞI: *Kuçaktan Kucağa*. İstanbul: Dr. N. Eczacıbaşı Vakfı Yayınları 1982, S. 105, 109, 116, 118; V. KOÇ: *Hatıralarım, Görüşlerim, Öğütlerim*. İstanbul Vehbi Koç Vakfı²1987, S.132, 159, 170, 176; ders: *Hayat Hikayem*. İstanbul 5. Aufl., ohne Datum, S. 155; S. SABANCI: *This is my Life*. Avon: The Bath Press 1988, S. 230, 261; S. YAŞAR: *Hayat Hikayem*. İzmir: Tükelmat A.Ş. 1996, S. 81, 95, 207, 215.

⁹ İ. GÜLFİDAN: *Big Business and the State in Turkey: The Case of TÜSİAD*. İstanbul: Boğaziçi University Press 1993, S. 69.

Ministerpräsidenten im allgemeinen eine hohe Bedeutung zugemessen. Trotzdem kann für den Zeitraum der 70er Jahre nicht überzeugend nachgewiesen werden, daß die persönliche Kontaktaufnahme durch TÜSİAD als Interessensgruppe mit dem Ministerpräsidenten ein einflußreiches Instrumentarium gewesen wäre.

6.1.2. MEDIENKAMPAGNEN UND DER DRUCK DER ÖFFENTLICHKEIT

Nach dem Bruch der 6 Monate andauernden Koalition der Parteien MSP, MHP und AP unter Süleyman Demirel übernahm im Dezember 1978 Bülent Ecevit die Regierung. Trotz der eminenten Wirtschaftskrise, welche aufgrund oben geschilderter makroökonomischer Mechanismen verstärkt mit Versorgungsengpässen in der Bevölkerung einherging, sah sich Ecevit nicht veranlaßt, den weiterhin durch Importsubstitution und Subventionierung der Staatsbetriebe bestimmten Kurs der Wirtschaftspolitik zu überdenken.

Da die Industrieproduktion Ende der 70er Jahre dramatisch zurückging, der Einfluß der Wirtschaftsvertreter des Privatsektors auf die Ministerpräsidenten jedoch nur begrenzt möglich war, suchten die Entscheidungsträger des TÜSİAD nach nachhaltigeren Methoden, um politische Maßnahmen gegen die sich dramatisch verschlechternde wirtschaftliche Situation des Landes initiieren zu können. Zu diesem Zweck begann TÜSİAD durch Schaltung großer Anzeigen in den Tageszeitungen Druck auf die Politik auszuüben. Der damalige TÜSİAD-Präsident Feyyaz Berker, der seine Organisation als „Alarmsystem für Geschäftsleute“ charakterisierte, äußerte sich über die Nutzung der Printmedien folgendermaßen: „Das wichtigste Glied der Kommunikationskette unserer Vereinigungen ist die Presse. Denn einen Großteil unserer Tätigkeiten veröffentlichen wir durch die Presseorgane.“¹⁰

Anfang des Jahres 1979 startete der TÜSİAD erstmals eine groß angelegte Pressekampagne, um auf Mißstände in dem von der Regierung durchgeführten Kurs öffentlich aufmerksam zu machen. Diese in der Öffentlichkeit ausgetragene klare Konfrontation der Privatwirtschaft mit der Politik ist als Novum in der Artikulation privater Interessen gegenüber dem türkischen Staat zu betrachten und

trug TÜŞAD im Nachhinein den Beinamen, „the interestgroup who toppled the government“ ein.

Zwischen Mitte März und Mitte Juni wurden in sieben verschiedenen Tageszeitungen viermal ganzseitige Anzeigen mit folgenden Titelzeilen geschaltet: „Der realistische Ausweg“ - „Die Nation wartet“ - „Den Mangel aufteilen oder den Überfluß sichern?“ - „Der Feind von Wohlstand und Freiheit: Die Inflation.“¹¹

In pamphletartigen, kurzgefaßten Sätzen kritisierte TÜŞAD die Regierung zusammengefaßt in folgenden Punkten:

- » Deviseneinnahmen aus dem Export von 2,3 Milliarden US\$ stehen einem Devisenbedarf für Importe von mindestens 5 Mrd. US\$ (davon 2 Mrd. US\$ Ölimporte) gegenüber. Die fehlenden Devisen haben Energiemangel und Reduzierung der Industrieproduktion zur Folge.
- » Das Verhalten der Gewerkschaften und die falsche Wirtschaftspolitik verschlimmern die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit (14%).
- » Der Staat betreibt eine inflationäre Geldpolitik. Die Inflation liegt bei über 60%. Die Inflation fördert den Schwarzmarkt.
- » Aufgrund einer Distanzierung von den Prinzipien der Marktwirtschaft können weder die nötigen Kredite des Auslands gewährleistet, noch ausländische Investoren gefunden werden. Die Wirtschaft erstickt in dem von Verboten geprägten Rechtssystem, welches effektive Eigeninitiativen hemmt.
- » Für die Staatsbetriebe werden Milliarden von Lira verschleudert.
- » Die verfehlte Sozialpolitik führt zu einem Staat aus Frührentnern.

Der Text der Anzeigen weist wiederholt auf das hohe Potential der Türkei bezüglich natürlicher Ressourcen und des vorhandenen Humankapitals hin. Um dieses Potential zu nutzen und einen Weg aus der Krise der türkischen Wirtschaft finden zu können, wurden nachstehende Forderungen gestellt:

- » Die Steuerflucht muß verhindert werden.
- » Die Preise müssen durch den Markt und nicht durch die Politik bestimmt werden.
- » Die Staatsbetriebe müssen reformiert werden
- » Durch das Prinzip der Konkurrenz muß die Investitionstätigkeit gefördert werden.

¹⁰Berker. *TUŞAD içadamlar için bir alarm sistemi oluşturmaktadır*. In: CUMHURİYET, 30.05.1979; Derneklerimizin iletişim zincirinin en önemli halkası da basın. † çünkü, çalışmalarımızın büyük bir bölümünü basın, yayın organları aracılığıyla yayıyoruz.

¹¹*Gerçekçi çare yolu*. In: CUMHURİYET, 16.05.1979, S. 6; *Ulus bekliyor*. In: CUMHURİYET, 23.05.1979, S. 6; *Yokluğa paylaçmak mı? Bolluğa saêlamak mı?* In: CUMHURİYET, 30.05.1979, S. 6; *Refah ve hürriyetlerin düşmanı: Enflasyon*. In: CUMHURİYET, 13.06.1979, S. 6.

Für Kopien der Originalanzeigen vgl. ANNEX 12.3.

- » Die türkische Wirtschaft darf nicht geschlossen bleiben, sondern muß sich dem internationalen Markt stellen.
- » Die Inflation muß bekämpft werden.

Das Hauptanliegen des TÜSİAD wurde in allen vier Anzeigen in einem farblich abgehobenen Textfeld mit großen Lettern postuliert:

Als Mitglieder des türkischen Privatsektors erklären wir, daß der freie Unternehmergeist die treibende Kraft ist, die unserem Land innerhalb freiheitlicher Demokratie Wohlstand bringt. Der freie Unternehmergeist veranlaßt den Menschen zu mehr und zu effektiverer Arbeit. Die fortschrittlichen Gesellschaften haben es in Freiheit nur auf diese Weise zu Wohlstand gebracht. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht.¹²

Schließlich waren alle Anzeigen noch mit folgendem Text untertitelt:

Diese Mitteilung ist von der Vereinigung der türkischen Industriellen und Geschäftsleute TÜSİAD, einem Verein, der in unserer demokratischen Gesellschaft den Privatsektor der Hersteller vertritt, erstellt und ist unserem geehrten Volk zur Kenntnisnahme, Untersuchung und Diskussion vorgelegt worden.¹³

Hiermit gaben die Initiatoren der Kampagne vor, daß sie lediglich eine öffentliche Diskussion in Gang setzen wollten. Die Anzeigen bedeuteten jedoch einen klaren Affront gegen Gewerkschaften sowie insbesondere gegen die Regierung Ecevit und lösten in der ohnehin instabilen innenpolitischen Atmosphäre des Landes heftige Reaktionen aus. Der Gewerkschaftsverband DİSK gab in einer ebenfalls in der Tagespresse geschalteten Anzeige zu verstehen, daß „die demagogische Behauptung [des TÜSİAD]: «Die Schwächung des freien Unternehmergeistes bedeutet die Schwächung der freiheitlichen Demokratie» eine Einladung zum Faschismus ist.“¹⁴ Ministerpräsident Ecevit erklärte auf einer Pressekonferenz, daß er die Anzeigen des TÜSİAD der Staatsanwaltschaft zur Untersuchung vorlegen werde und fügte hinzu: „Dieser Staat bildet die Regierung nicht aufgrund eines

¹²“Türk özel sektörünün üyeleri olarak beyan ederiz ki ülkemizi hürriyetçi demokrasi içinde refaha götüreceğ temel güç hür teebbüstür. Kiciyi daha çok ve daha verimli çalışmaya sevk etmiş olan hür teebbüs. İşadamların ileri toplumlar refaha hürriyet içinde yalnız bu yolla erişmişlerdir. Bir başka yol yoktur.”

¹³Bu mesaj - demokratik toplumumuzun üretici güçlerinden özel sektörü temsil eden bir kuruluş olarak TÜSİAD tarafından hazırlanmış ve sayın halkımıza, izlenmesi, incelenmesi ve tartışılması amacıyla sunulmuştur.

Memorandums von Geschäftsmännern. In diesem Land passiert nur das, was das Volk will.“¹⁵

Ecevit hat durch dieses Statement unfreiwillig genau auf den Punkt hingewiesen, auf den TÜSİAD bei seiner Aktion abzielte: Die Ausübung von Druck auf die Regierung durch Meinungsbildung in der breiten Öffentlichkeit.

Die Regierung Ecevit ist Mitte Oktober 1979 zurückgetreten. Der Rücktritt ist sicherlich nicht die alleinige Folge des Unmuts der Privatwirtschaft gewesen. Doch läßt sich festhalten, daß in den 70er Jahren bezüglich der Einflußnahme des TÜSİAD auf politische Entscheidungen durch Aktionismus in den Printmedien eine weitreichendere Wirkung erzielt werden konnte, als dies durch die direkte Kontaktierung des Ministerpräsidenten möglich war.

Die folgende Regierung unter Ministerpräsident Demirel verabschiedete am 24.01.1980 ein wirtschaftspolitisches Reformpaket, daß zu einem Großteil die von TÜSİAD artikulierten Forderungen beinhaltet. Geschnürt wurde das Reformpaket durch den Technokraten Turgut Özal, ein ehemaliger Geschäftsmann und TÜSİAD-Mitglied, dem in den 80er Jahren eine steile politische Karriere gelang.

6.2. AUF DEM WEG ZUR POLITISCHEN KONFRONTATION - DIE 80ER JAHRE

6.2.1. TURGUT ÖZAL UND DIE WENDE 1980

Turgut Özal (geb. 1927) absolvierte ein Studium als Elektroingenieur an der ‘Technischen Universität von Istanbul’ und ging 1952 für ein Wirtschaft - Aufbaustudium in die USA. Nach seiner Rückkehr in die Türkei lehrte er an der Middle East Technical University in Ankara, fungierte ab 1965 als technischer Berater¹⁶ des Ministerpräsidenten Süleyman Demirel und avancierte im Jahr 1967 zum für die Staatliche Planungsorganisation (DPT) zuständigen Staatssekretär.

¹⁴*Gerçek Kurtuluş Yolu.* In: CUMHURİYET, 26.05.1979, S. 6: «Hür teçebbüsün zayflaması hürriyetçi demokrasinin zayflaması demagogileriyle façizme davet [...]»

¹⁵*Savcılar TÜSİAD bildirisini inceliyor.* In: CUMHURİYET, 15.05.1979, S. 1: Bu devlet, icadamların muhtırası ile hükümet kurmaz, bu memlekette ancak halkın dediği olur.

Nachdem Demirel 1971 zurückgetreten war, ging Özal für zwei Jahre nach Washington und sammelte als Projektberater bei der Weltbank internationale Erfahrung. Im Jahr 1973 flog Sakıp Sabancı nach Washington, um Özal eine führende Position in seiner Holding anzubieten.¹⁷ Özal unterbrach seine bürokratische Laufbahn und wechselte in die Privatwirtschaft:

Turgut started work in Sabancı Holding, assuming various responsibilities. In the Holding he was General Coordinator and Managing Director. In Akbank he was Assistant Chairman of the Board and Managing Director. He served also as a board Member and Managing Director in various other industrial enterprises. He told us repeatedly that the business activities of the Sabancı Group could not be managed from Adana and he insisted that the head office of the holding should be moved to Istanbul. [...] we moved from Adana to Istanbul for his sake.¹⁸

Während Özal in der Privatwirtschaft tätig war, wurde er Mitglied bei TÜSİAD. Hier schrieb er für den jährlich erscheinenden TÜSİAD-Wirtschaftsbericht Artikel, in denen er sich in Anbetracht der Zahlungsbilanzkrise der Türkei für währungspolitische Reformen einsetzte. Nach einer fehlgeschlagenen Kandidatur für Erbakans Nationale Heilspartei¹⁹ bei den Parlamentswahlen von 1977 fand Özal endgültig im Dezember 1979 in die Politik zurück. Er wurde von Ministerpräsident Demirel - wie bereits vor 14 Jahren - zum verantwortlichen Staatssekretär für die Staatliche Planungsorganisation berufen.

Zwei Monate später wurde von der Regierung Demirel am 24.10.80 ein wirtschaftspolitisches Reformpaket verabschiedet, das die türkische Wirtschaftspolitik von dem seit Jahrzehnten favorisierten System der Importsubstitution hin zu einer Außenhandelsliberalisierung, respektive zum Modell eines exportorientierten Wirtschaftswachstums, transformieren sollte.

Der fundamentale Kurswechsel der türkischen Wirtschaftspolitik war einerseits durch den zunehmenden innenpolitischen Druck aufgrund der Wirtschaftskrise Ende der 70er Jahre motiviert. Andererseits bedeutete das Reformwerk die

¹⁶In diese Zeit fällt die Planung der 1973 eröffneten Bosphorusbrücke sowie der Staudammprojekte in Südost-Anatolien (*Güney-Anadolu Projesi, GAP*), an dessen Durchführung Özal maßgebend beteiligt war.

¹⁷Auch Vehbi Koç hatte versucht, Özal für seine Holding zu gewinnen. Er bot ihm den Posten des Generaldirektors des Koç-Unternehmens Arçelik an. H. TURGUT: *12 Eylül Partileri*. İstanbul: ABC Yayınları 1986, S. 181.

¹⁸S. SABANCI: *This is my Life*. Avon: The Bath Press 1988, S. 86.

Einlösung der vom Internationalen Währungsfond (IWF) geforderten Stabilisierungsmaßnahmen als Voraussetzung für die Gewährung eines dreijährigen Bereitschaftsabkommens zur Überbrückung der türkischen Zahlungsbilanzkrise.²⁰

Die an eine Gewährung des Beistandskredits geknüpften Bedingungen des IWF spiegeln sich in dem Reformprogramm vom 24.01.1980 wider. Im Wesentlichen handelte es sich um folgende Punkte:

- » Abwertung der Türkischen Lira zur Förderung des Exports und Begrenzung des Importwachstums.
- » Kürzung der Staatsausgaben, insbesondere durch Abbau der staatlichen Subventionen und der Freigabe der Preise für die Erzeugnisse staatlicher Wirtschaftsunternehmen. Einfrieren der Löhne. Förderung privater Investitionen.
- » Bekämpfung der Inflation durch restriktive Geldpolitik.
- » Das Treffen von Maßnahmen, um den durch Importsubstitution nach außen abgeschotteten Binnenmarkt in Richtung einer liberalen, exportorientierten Wirtschaftspolitik zu lenken.²¹

Die Anfang 1979 durch die Pressekampagne des TÜSİAD geforderten makroökonomischen Maßnahmen zur Überwindung der Wirtschaftskrise sind grosso modo mit den Reformmaßnahmen des 24.01.1979 identisch. Gleichfalls scheint es unumstritten, daß Turgut Özal, der auch die Verhandlungen mit dem IWF durchführte, der maßgebliche Architekt des Reformprogramms war.²²

Nach dem Militärputsch vom 12.09.1980 und der Außerkraftsetzung der Verfassung wurde Turgut Özal durch den „Militärischen Sicherheitsrat“ im Technokraten-Kabinett von Bülent Ulusu der Posten des stellvertretenden Ministerpräsidenten übertragen. Özal war damit verantwortlich für die Koordination der Wirtschaft. 1982 wurde durch ein Referendum die neue Verfassung in Kraft gesetzt. Ein Jahr später wurden Parlamentswahlen durchgeführt, bei denen Özal mit der von ihm gegründeten Mutterlands-Partei (*Anavatan Partisi*, ANAP) als klarer

¹⁹Turgut Özals Bruder Korkut war seinerzeit stellvertretender Vorsitzender der MSP.

²⁰Im Rahmen des bewilligten Bereitschaftsabkommens gewährte der IWF der Türkei umfangreiche Kredite, welche nach der Zahlungsbilanzkrise von 1977 für die türkische Volkswirtschaft von existenzieller Bedeutung waren. Vgl. D. RADKE, H.-H. TAAKE: *Das internationale Management der Finanzkrisen Ägyptens und der Türkei*. In: Europa-Archiv 38 Jahrgang: 1983, Folge 2, S. 52-62.

²¹P. WOLFF: *Stabilisierungspolitik und Strukturanpassung in der Türkei 1980-1985. Die Rolle der IWF und Weltbank in einem außengestützten Anpassungsprozeß*. Berlin: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik DIE 1987.

²²Ende der 80er Jahre, als Demirel und Özal sich als politische Kontrahenten gegenüberstanden, wurde der Einfluß Özals auf die von Demirels Partei (AP) durchgeführten Reformprogramme geleugnet. H. TURGUT: *Güniz Sokağın Demirel'in Dünyasın İstanbul: ABC Ayansın Yayınları* 1987, S. 130.

Sieger hervorging. Ab 1983 regierte Özal als Ministerpräsident und wurde 1989 schließlich zum Staatspräsidenten gewählt.

Nach dem Eingriff des Militärs als Folge der bürgerkriegsähnlichen Zustände und der Lähmung des politischen Establishments wurden im September 1980 alle aktiven Parteien und Gewerkschaften verboten. Alle Vereine mußten ihre Tätigkeiten einstellen.²³ Bis zur Verabschiedung eines neuen Vereinsgesetzes konnten Vereine, wenn sie dem Nutzen der Allgemeinheit dienten - durch die Genehmigung von Seiten der 'Kommandantur des Ausnahmezustands' - ihre Tätigkeiten fortsetzen.²⁴ TÜSİAD wurde die Genehmigung erteilt und galt nach wenigen Tagen wieder als offizielle anerkannte Vereinigung.

6.2.2. ZURÜCKHALTUNG, DESILLUSION UND PROVOKATION

Die auf den ersten Blick plausible These, daß die steile politische Karriere eines ehemaligen TÜSİAD - Mitglieds eine weitreichende Einflußnahme des TÜSİAD auf politische Entscheidungsmechanismen gewährleistet, trifft für den „Fall Özal“ nur in sehr begrenztem Maße zu

Kurze Zeit nach dem Militärputsch stellte Vehbi Koç in einem Brief an den Generalstabschef Kenan Evren fest, daß der Eingriff des Militärs aufgrund der instabilen und unsicheren Lage des Landes notwendig gewesen war, daß es für den Fortbestand der Demokratie jedoch erforderlich sei, daß sich das Heer nach der grundsätzlichen Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung wieder in die Kasernen zurückziehe. Außerdem unterstrich Koç im Rahmen der insgesamt 15 Punkte umfassenden Empfehlungen die Fähigkeiten von Turgut Özal und setzte

²³Von dem Verbot ausgeschlossen waren lediglich der Kinderschutzbund (*Çocuk Esirgeme Kurumu*), der Rote Halbmond (*Kızıl Ay*) und die türkische Luft-Gesellschaft (*Türk Hava Kurumu*).

²⁴A. S. ASLANDAĞI: *1980 Sonrası Dernekler*. In: CDTA, Cilt 12. İstanbul: İletişim Yayınları 1996, S. 304.

sich für dessen weitere Position als stellvertretender Ministerpräsident im von Ulusu geführten Übergangskabinett ein.²⁵

Einige Monate vor den ersten Parlamentswahlen nach dem Militärputsch 1980 schlug Koç das politische System eines Zweiparteiensystems nach dem Vorbild Englands und Amerika vor, um das Chaos sich ständig ablösender Minderheitsregierungen durch instabile Koalitionen zu verhindern.²⁶ Abgesehen von derartigen Statements einzelner Konzernführer ist in der Zeit des zweijährigen Militärregimes und darüber hinaus bis Mitte der 80er Jahre relativ wenig über die Aktivitäten des TÜSİAD bekannt. Eine Vielzahl der Ende der 70er Jahre durch TÜSİAD formulierten Forderungen sind in dem Reformprogramm von 1980 in Angriff genommen worden, und die sich verbessernden volkswirtschaftlichen Daten gaben anfangs wenig Anlaß zur Kritik.²⁷

Der IWF sah die Entwicklung der Reformen noch lange nicht als abgeschlossen, unterstrich jedoch grundsätzlich den Erfolg der Maßnahmen.²⁸ Die Türkei selbst rühmte sich stolz der Einhaltung der von IWF geforderten makroökonomischen Zielvorgaben. Allgemein sprach man vom *Exportboomland Türkei* und das Handelsblatt konstatierte:

Nur wenige Staaten haben ihrer Wirtschaftspolitik in überraschend kurzer Zeit eine so neue und konsequente Richtung geben können wie die Türkei; eine Stabilitätspolitik, die unterstützt vom IWF, als beispielhaft für andere Umschuldungsländer gelten darf.²⁹

Nach dem Vorbild Taiwans und Südkoreas sollten mittels selektiver Exportförderung durch Subventionen, billige Kredite und Zollvergünstigungen leistungsstarke, ausschließlich auf den Außenhandel spezialisierte Außenhandels-Kapitalgesellschaften (*Dış Ticaret Sermaye Şirketleri*) gegründet werden.³⁰ Wenn in

²⁵V. KOÇ: *Hatıralarım, Görüşlerim, Öğütlerim*. İstanbul: Vehbi Koç Vakfı²1987, S. 51-54.

²⁶Vehbi Koç: *Türkiye 2 parti tarafından idare edilmeli*. In: CUMHURİYET, 04.05.1983, S. 1.

²⁷Der Leistungsbilanzsaldo verbesserte sich von -3 408 Mio. US\$ im Jahr 1980 auf -1 013 Mio. US\$ im Jahr 1985. Der Handelsbilanzsaldo verbesserte sich von -4 603 Mio US\$ im Jahr 1980 auf 2 957 Mio. US\$ im Jahr 1985. Die Wachstumsrate des realen BSP stieg von -1,1% im Jahr 1980 auf 5,1% im Jahr 1985. Quelle: OECD Economic Surveys: *Turkey*. Paris OECD, verschiedene Jahrgänge.

²⁸G. KOPITS: *Structural Reform, Stabilisation, and Growth in Turkey*. Washington: IMF 1987, S. 1; ders.: *Der Anpassungsprozess in der Türkei 1980-85*. In: Finanzierung & Entwicklung, September 1987, S. 8-11.

²⁹HANDELSBLATT (Düsseldorf), 16.04.1985. Sonderbeilage Türkei.

³⁰A. SCHUBERT: *Politische Ökonomie der Handelsliberalisierung in der Türkei*. Gotha: Justus Perthes Verlag 1996, S. 75-101.

der ersten Hälfte der 80er Jahre der TÜSİAD als Vereinigung in der Öffentlichkeit relativ zurückhaltend in Erscheinung trat, so kann das gleichfalls ein Hinweis auf die Tatsache sein, daß die einzelnen großen Privatunternehmen versuchten, separat Kontakt mit dem politischen Establishment - insbesondere mit Özal - aufzunehmen, um in größtmöglicher Form staatliche Subventionen und sonstige Förderungen abzuschöpfen. In der Tat sind etliche Mitgliedsunternehmen des TÜSİAD in diese Zeit stark expandiert und die kritische Presse hat oft genug auf zwei- bzw. eindeutige Verbindungen zwischen einzelnen Konzernen und den politischen Entscheidungsträgern hingewiesen.³¹

Die positive wirtschaftliche Entwicklung bis etwa Mitte der 80er Jahre konnte im weiteren Verlauf nicht aufrecht erhalten werden.³² Bis Ende der 80er Jahre stellte sich wiederum eine wachsende Auslandsverschuldung, eine steigende Inflationsrate, investitionshemmende hohe Zinsen vor allem auf dem Industriesektor, steigende Arbeitslosigkeit, Senkung des Reallohns sowie eklatante Preiserhöhungen bei Konsumgütern ein. Die mittelfristigen Folgen der konsequent verfolgten Exportorientierung faßt Ziya Öniç für den türkischen Kontext zusammen:

The Turkish case nicely illustrates the dilemmas faced by middle-income countries in moving away from the legacy of prolonged importsubstitution to achieve exceptional success on the basis of exportorientated industrialisation strategies. The present study has identified macro-economic instability and its negative impact on private investment in manufacturing as the key constraints on the country's ability to sustain the momentum of export orientated growth. Macroeconomic instability, however, was conceived [...] as a reflection of two key forces: the absence of a distributional consensus in the context of democratical politics and an overextended populist state, itself a legacy of prolonged import substitution under heavy protectionism.³³

³¹H. TURGUT: *12. Eylül Partileri*. İstanbul: ABC Ajans Yayınları 1986, S. 179-182; M. SÖNMEZ: *Türkiye'de Holdingler. Kırk Haramiler*. İstanbul: Arkadaç Yayınevi 1992; A. KAHRAMAN: *Hanedan'ın Önlenmeyen İktisadi ve Saltanatı*. İstanbul: Boyut Yayınevi 1989, S. 155f; *Günlerin Getirdiği*. In: NOKTA, 01.11.1987: Sabancı'dan Büyük Özal var.

³²T.F. NAS: *The Impact of Turkey's Stabilization and Structural Adjustment Program: An Introduction*. In: T.F.NAS, M. ODEKON (eds.): *Economics and Politics of Turkish Liberalization*. Betlehem: Associated University Press 1992, S. 11-25.

³³Z. ÖNİÇ: *The Political Economy of Export-Orientated Industrialization in Turkey*. In: †. BALIM (ed.): *Turkey: Political, Social and Economic Challenges in the 1990s*. Leiden E.J. Brill 1995, S. 128; Vgl. auch: T. ARICANLI, D. RODRIK: *An Overview of Turkey's Experience with Economic Liberalization and Structural Adjustment*. In: *World Development*, Vol 18, No. 10 (1990), S. 1343-1350.

Eine Auflistung der Auslandshandelskapitalgesellschaften, welche in den Genuß staatlichen Exportfördermaßnahmen kamen, zeigt, daß eine beträchtliche Anzahl mächtiger TÜSİAD-Mitglieder Profit aus dem neuen Wirtschaftsregime ziehen konnten.³⁴ Die Vernachlässigung der Förderung des privaten Industriesektors ließ jedoch innerhalb der TÜSİAD-Mitglieder zunehmend kritische Stimmen laut werden.³⁵ Die auftretenden Interessenkonflikte innerhalb der in der Vereinigung organisierten Unternehmen führten zu einer kurzfristigen Orientierungslosigkeit und Schwächung der Organisation (etwa in den Jahren 1984-1985).³⁶

In der Situation wachsender wirtschaftlicher Instabilität und ausbleibender Maßnahmen der Regierung suchte TÜSİAD nach mehreren Jahren Zurückhaltung als Interessenvertretung im Sinne einer homogenen Organisation nach einer neuen Position in der Öffentlichkeit. TÜSİAD legte sich in den folgenden Jahren (etwa 1986-1992) entschieden mit dem politischen Establishment an.

Abgesehen von den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen der Türkei ist die offensive Haltung des TÜSİAD gleichfalls eine Folge der personellen Besetzung der Führungspositionen innerhalb der Vereinigung. Als Resultat der Diskussionen um die Neubesetzung des TÜSİAD-Präsidenten im Jahre 1985 fiel die Wahl auf das Gründungsmitglied Sakıp Sabancı:

As a founder who believed in TÜSİAD and wanted it to survive and gain in strength, when the proposal was made to me I accepted, on certain conditions. The first was, that our leading businessmen should show their personal and material interest. The second was a board of management be formed of young people who would undertake and carry out this responsibility a year later.³⁷

Die Forderungen wurden eingelöst. Ab 1986 übernahm der junge Geschäftsmann Ömer Dinçök das Amt des Präsidenten. Er wurde 1988 abgelöst von Cem Boyner, dem Sohn des TÜSİAD-Gründungsmitglieds Osman Boyner und Inhaber der Bekleidungsunternehmens Altınyıldız Mensucat A.Ş. Ab 1990 bekleidete

³⁴A. SCHUBERT: *Politische Ökonomie der Handelsliberalisierung in der Türkei*. Gotha: Justus Perthes Verlag 1996, S. 87f.

³⁵Vgl. H. CEMAL: *Özal Hikayesi*. Ankara: Bilgi Yayınları 1989, S. 228f.

³⁶Vgl. Interview mit dem ehemaligen TÜSİAD-Präsidenten Feyyaz Berker (1971-1980): *TÜSİAD, eliçtiri ve önerileri komplekse kapımadan söylemeli*. In: CUMHURİYET, 10.02.1985, S. 9.

³⁷S. SABANCI: *This is my Life*. Avon: The Bath Press 1988, S. 276.

Bülent Eczacıbaşı, der Sohn des TÜSİAD-Gründungsmitglieds und Besitzer des Pharmakonzerns Eczacıbaşı Holding A.Ş. Nejat Eczacıbaşı, den Vorsitz der Organisation. Der Generationswechsel machte sich im Führungsstil des TÜSİAD deutlich bemerkbar. Vor allem Cem Boyner kritisierte offensiv die Wirtschaftspolitik der ANAP-Regierung unter Ministerpräsident Özal und Yıldırım Akbulut.³⁸ Er polemisierte, daß die türkischen Staatsmänner die eigene Industrie bekämpften und äußerte sich gleichfalls zur allgemeinen politischen Lage der Türkei.³⁹ Boyner sprach sich für vorgezogenen Wahlen aus, forderte ein demokratischeres System und sehnte sich die demokratischen Verhältnisse der Zeit vor 1980 herbei.⁴⁰

Durch dererlei Aussagen zog sich Boyner die massive Verärgerung der Regierung zu. Die Staatsanwaltschaft ermittelte 1989 und 1990 gegen ihn, da er gegen das Vereinsgesetz von 1983 verstoßen haben sollte, welches jegliche Einmischung in die Politik untersagt. Cem Boyner reagierte prompt:

In dem Maße, wie Entscheidungen, die Einfluß auf das wirtschaftliche und soziale Leben Einfluß haben, letztendlich politische Entscheidungen sind, ist es nicht möglich über wirtschaftliche Probleme zu diskutieren, ohne Wörter zu verwenden, welche mit der Politik zu tun haben. TÜSİAD ist eben kein Verein von Kanarienvogel - Liebhabern.⁴¹

TÜSİAD Repräsentanten der alten Garde distanzieren sich von Zeit zu Zeit diplomatisch von der Haltung Boyners und erklärten, daß Boyner diese oder jene Aussage als Privatperson und nicht als offizieller TÜSİAD Vertreter getroffen habe.⁴² Wie allgemeine Statements führender TÜSİAD-Mitglieder deutlich machen, wird die Einmischung von Geschäftsleuten in Belange der Politik jedoch für eine Selbstverständlichkeit betrachtet:

Selçuk Yaçar (Yaçar Holding, Gründungsmitglied des TÜSİAD):

³⁸Nach der Wahl Turgut Özals zum Staatspräsidenten übernahm Yıldırım Akbulut die Stelle des ANAP Vorsitzenden und Ministerpräsidenten.

³⁹TÜSİAD'dan hükümete veryansın. In: CUMHURİYET, 30.05.1990, S. 8: Dünyada'da Devlet adamları dıcaraya karşı savaşıyor, bizinkiler Türk sanayisine savaşıyor.

⁴⁰Boyner: Daha çok demokrasi. In: CUMHURİYET, 30.07.1990, S. 1.: Hepimiz ne muhtem rejim olduğunu 80'den sonra kaybettikçe anladık.

⁴¹Zit. n.: A. S. ASLANDAŞ: 1980 Sonrası Dernekler. In: CDTA, Cilt 12, İstanbul: İletişim Yayınları 1996, S. 304: „ekonomik ve sosyal hayatı etkileyen kararlar ininde sonunda siyasi kararları sonuçları olduğına göre, ekonomik meseleri tartışırken siyasete ilişkin sözler sarfetmemek imkansızdır. TÜSİAD Kanarya Sevenler Derneği deşildir...“

[mit Gründung des TÜSİAD] sind wir zum Teil in die Politik eingetreten. Soll oder muß die Privatwirtschaft in die Politik eingreifen?.. Es ist natürlich, daß die Privatwirtschaft ihre Aufgabe der Erhöhung des Sozialproduktes, unter freien Bedingungen ausführt. Aber wenn die Freiheit des Unternehmergeistes nicht gewährleistet ist, muß die Privatindustrie dann nicht gegen feindliche Kreise in der Politik vorgehen?.. Wenn sie es nicht tut, verliert sie die Freiheit. Deshalb muß die Privatwirtschaft im Rahmen demokratischer Möglichkeiten gegen jede die Freiheit bedrohende Unternehmung die Stimme erheben.⁴³

Vehbi Koç (Koç Holding, Gründungsmitglied des TÜSİAD, von 1971-1979 Präsident des Vorsitzenden Rats der Hohen Beratenden Versammlung):

Das Land gehört nicht nur der Regierung oder der Opposition, sondern es gehört uns allen, wir sitzen alle im gleichen Boot. [...] Neben der Regierung und den Politikern müssen auch die Geschäftsleute die Aufgabe haben, über Strategien des Landes nachzudenken. Nach meinem Verständnis hat ein Geschäftsmann mindestens so viel Verantwortung wie ein Politiker. Deshalb sehe ich aber nicht gleich die Veranlassung, meine Rolle als Geschäftsmann aufzugeben und ins politische Leben einzutreten.⁴⁴

Şahap Kocatopçu (Koç Holding, TÜSİAD-Präsident 1984-1985):

As long as there is not a discrepancy between the government', and our approaches to economic matters we feel no need to get involved in political affairs. But if the government deviates from the rules of the market economy or it defends statist policies we find ourselves, as an Association, deeply involved in politics.⁴⁵

⁴²A. BUĞRA: *Devlet ve İcadamlar*. İstanbul: İletişim Yayınları²1997, S. 341.

⁴³S. YAŞAR: *Hayat Hikayem*. İzmir: Tükemat A.Ş. 1996, S. 114: Böylece kısım politikaya girmiş olduk. Hür teebbüs politikaya girmek zorunda mıdır, girmeli midir?.. Doğal ki hür teebbüsün görevi, teebbüsünü hür biçimde yapmak, ülkenin iç hacmini genişletmektir. Ama teebbüsünü hür olarak yapamayacak olan hür teebbüs, politikada kendine düşman çevrelerle demokratik olarak mücadele edemeyecek midir?.. Edemezse, hürriyetinden gidecek. Bu yüzden hürriyetini tehdit eden her girişime karşı özel teebbüs, demokratik biçimde sesini yükseltmelidir.

⁴⁴V. KOÇ: *Hatıralarım, Görüşlerim, Öğütlerim*. İstanbul: Vehbi Koç Vakfı²1987, S. 49: Bu memleket sadece iktidarın veya muhalefetin değil, hepimizindir, bütün vatandaşlar aynı geminin içindeyiz. [...] Ülke kararlarını düşünenin hükümetlerin ve politikaçların yanında icadamların da görevi olması gerektiğini [ifade ettim]. Benim anlayışına göre bir icadamların da en az onlar kadar sorumluluğu vardır. Bu bakımdan, ekonomik hayat içindeki rolümü bırakıp siyasal hayata geçmenin benim için bir cazibe yoktur

⁴⁵Ş. GÜLFİDAN: *Big Business and the State in Turkey: The Case of TÜSİAD*. İstanbul: Boğaziçi Yayınları²1993, S.83.

Die provokative Haltung der TÜŞAD-Führung ist nach Cem Boyner⁴⁶ durch eine moderate Art der Einflußnahme abgelöst worden. Durch den Ausbau eines umfangreichen Publikationswesens wird TÜŞAD in den 90er Jahren nachhaltig zu Problemen des Landes Stellung nehmen.

6.3. DAS PUBLIKATIONSWESEN DES TÜŞAD

Ein Jahr nach Gründung des TÜŞAD ist am 06.11.1972 die erste Ausgabe einer neuen Wochenzeitschrift unter dem Namen 'Devir' erschienen.⁴⁷ Laut Editorial sowie den in der gleichen Ausgabe abgedruckten Publikationsprinzipien (*yayın ilkeleri*) wollten die Initiatoren der Zeitschrift ein Forum zur Diskussion verschiedener Meinungen im Sinne einer pluralistischen Gesellschaft schaffen. Das Ziel sollte letztendlich die Erlangung eines Zivilisationsstandes der Türkei sein, der gemäß den Vorstellungen Atatürks durch Demokratie, Laizismus, Mischwirtschaft und Wohlstand der Nation geprägt ist. Die Zeitschrift wollte sich laut Eigendefinition für Chancengleichheit, ein besseres Bildungssystem, den innen- und außenpolitischen Frieden sowie gegen jegliche Art von Korruption, Ungerechtigkeit und links- oder rechtstextremistische oder reaktionäre Tendenzen einsetzen. Die etwa 50seitige Zeitschrift behandelte in festen Rubriken die Bereiche nationale Politik, internationale Politik, Wirtschaft, Kunst, Kultur und Gesellschaft. Altumur Kâç wies bereits in seinem ersten Editorial auf die Gefahren marxistischer, radikaler Bewegungen in der Türkei hin und ließ kritische Bemerkungen zur Lage im kommunistischen Rußland fallen. Die Themenwahl der Rubrik 'Wirtschaft' gab die Meinung der Privatwirtschaft in Rivalität zu den

⁴⁶Cem Boyner hat Ende 1994 mit der 'Bewegung Neue Demokratie' (*Yeni Demokrasi Hareketi*) eine eigene liberale Partei gegründet. Die Partei ist heute nicht mehr aktiv. Zur Gründung von Parteien durch Geschäftsleute vgl. A. EK; İGİL : *İcadamların Türkiye Siyasetinde artan rolü*. In: *Birikim* 114 (Ekim 1998), S. 38-42.

⁴⁷DEVİR. HAFTALIK OLAYLAR, GERÇEKLER, BELGELER DERGİSİ. Herausgeber: Adnan Süvari; Chefredakteur: Altumur Kâç.

etastischen Prinzipien des Vorsitzenden der Republikanischen Volkspartei (CHP) Bülent Ecevit wieder. Weitere Artikel der folgenden Ausgaben sprachen sich für die Förderung des freien Unternehmergeistes aus⁴⁸ oder berichteten über Seminare des von Nejat Eczacıbaşı initiierten 'Gremiums für Wirtschafts- und Sozialstudien' (*Ekonomik ve Sosyal Etütler Konferans Heyeti*).⁴⁹ Obgleich vereinzelt Berichte von Veranstaltungen des TÜSİAD erschienen⁵⁰, wurde auf eine direkte Verbindung der Zeitschrift mit der Vereinigung an keiner Stelle hingewiesen und fungierte als nicht als offizielles Presseorgan des TÜSİAD.

25 Jahre nach Erscheinen der ersten Ausgabe bezog das TÜSİAD-Gründungsmitglied Selçuk Yaçar zur Herausgabe der Zeitschrift Stellung. 1996 schrieb er in seiner Autobiographie: „Mit TÜSİAD haben wir versucht, als Gentlemans zu kämpfen. Als erstes haben wir mit der Herausgabe der Wochenzeitschrift „Devir“ begonnen.“⁵¹ Die überregionale Zeitschrift wurde anfangs in İzmir gedruckt, die Redaktion wurde jedoch ein Jahr später nach Istanbul verlegt. Die Herausgabe der Zeitschrift ist jedoch bereits nach zwei Jahren wieder eingestellt worden.

Abgesehen davon hat TÜSİAD in den letzten 28 Jahren ein ständig wachsendes, umfangreiches Publikationswesen aufgebaut. Heute nimmt die Vereinigung durch diverse Printerzeugnisse zu den unterschiedlichsten Bereichen der türkischen Gesellschaft Stellung.

6.3.1. PERIODIKA

Die von der Vereinigung herausgegebenen Periodika legen den Schwerpunkt auf ökonomische Daten, Fakten, und Analysen. Die neuesten Ausgaben der Periodika sind seit kurzer Zeit auch über das Internet abrufbar.⁵²

⁴⁸DEVİR 11 (13.01.1973), S. 3; DEVİR 11 (13.01.1973), S. 30-33; DEVİR 13 (01.06.1973), S.3; DEVİR 13 (01.06.1973), S. 27-30.

⁴⁹DEVİR 4 (27.11.72), S.32-33; DEVİR 8 (25.01.1972), S.30-30; DEVİR 26 (30.04.1973), S.31-32. Zum 'Gremium für Wirtschafts- und Sozialstudien' vgl.: Kapitel 4.2. VORHERGEHENDE INITIATIVEN.

⁵⁰DEVİR 14 (05.02.1973), S.31-32.

⁵¹S. YAŞAR: *Hayatım*. İzmir 1996, S. 118: TÜSİAD olarak centilence olarak mücadele etmeye karar verdik. İlk iç olarak „Devir“ isimli haftalık bir dergi çıkarmaya başladık.

TÜSİAD QUARTERLY ECONOMIC SURVEY

In knapper Form werden in Retrospektive die wichtigsten makroökonomische Daten der letzten Jahre und Monate in der türkischen Wirtschaft aufgezeigt. Die Analyse der aktuellen Zahlen dient zugleich kurzen Prognosen zu weiterer Entwicklung von Inflation, Budgetdefizit, Auslandsverschuldung etc. Der Großteil des etwa 15seitigen Surveys besteht aus Tabellen und Graphiken. Der QUARTERLY ECONOMIC SURVEY erscheint nur in englischer Sprache.

TURKISH ECONOMY

Einmal jährlich wird in einer ex post - Analyse die wirtschaftliche Lage der Türkei des jeweils vergangenen Jahres dargestellt. Der etwa 100seitige Bericht wird vom 'TÜSİAD Economic Research Departement' vorbereitet und umfaßt beispielsweise in der Ausgabe TURKISH ECONOMY '98 die Kapitel Wirtschaftswachstum, öffentliche Finanzierung, Geldpolitik, Inflation und außenwirtschaftliche Beziehungen, sowie einen umfangreichen statistischen Anhang.

19..... YILINA GÖRERKEN TÜRK EKONOMİSİ

Zu Jahresbeginn wird unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Lage ex ante die volkswirtschaftliche Entwicklung des Landes im kommenden Jahr prognostiziert.

GÖRÜC

In der zweimonatlich erscheinenden Zeitschrift GÖRÜC (Ansicht, Meinung) äußern sich Autoren aus verschiedenen Disziplinen (Wissenschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur) zu aktuellen nationalen und internationalen Fragestellungen. Die Themen sind nicht auf wirtschaftliche Bereiche beschränkt, sondern können auch Beiträge zu Fragen der Staatsangehörigkeit, der Parteilandschaft oder dem Naturschutz umfassen. Die für TÜSİAD-Publikationen typische, farbig und graphisch aufwendige Gestaltung sowie die Verwendung hochwertigen Papiers sticht bei dieser Zeitschrift besonders ins Auge.

⁵²Vgl. <http://www.tusiad.org.tr/>

PRIVATE VIEW

PRIVATE VIEW erscheint viermal im Jahr und stellt das englischsprachige Pendant zu der in türkischer Sprache verfaßten Zeitschrift GÖRÜÇ dar.

TÜŞAD NEWSLETTER

Diese Publikation erscheint im Abstand von drei Monaten und ist mit der Eröffnung des TÜŞAD Büros in Washington im Jahr 1998 ins Leben gerufen worden.⁵³ Die TÜŞAD NEWSLETTER sollen in politischen Kreisen in Washington und Brüssel verteilt werden, um über die Aktivitäten, Standpunkte und Veröffentlichungen des TÜŞAD zu informieren.

TÜŞAD BULLETIN UND † ALİCMA RAPORLARI

TÜŞAD Bulletin soll die Mitglieder über Aktivitäten der Vereinigung informieren. Das BULLETIN wird, ebenso wie die Jahresberichte † ALİCMA RAPORLARI, nur zur internen Information der TÜŞAD-Mitglieder herausgegeben und wird folglich der Öffentlichkeit nicht zugänglich gemacht.

6.3.2. SONSTIGE PUBLIKATIONEN

Neben den Periodika veröffentlicht TÜŞAD unregelmäßig Paperback-Broschüren im Din A4 Format mit variierendem Umfang von 30 bis 400 Seiten. Zwischen 1971 und September 1999 sind laut einer Liste der Dokumentationsstelle des TÜŞAD insgesamt 190 Publikationen veröffentlicht worden.⁵⁴

ANZAHL UND KLASSIFIKATION DER PUBLIKATIONEN 1971-1999

	1971 BIS 1979	1980 BIS 1989	1990 BIS 1999	1971 BIS 1999
WIRTSCHAFT IN DER TÜRKEI	23	32	42	97
INTERNATIONALE WIRTSCHAFT	7	4	8	19
EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT	2	5	7	14
TÜRKISCHE UNTERNEHMER IN AUSLAND	-	2	-	2
THEMENKOMPLEX WIRTSCHAFT	32	43	57	132
TÜRK. STAAT, VERWALTUNG, BÜROKRATIE	-	1	8	9
TÜRKISCHE POLITISCHE PARTEIEN	-	1	2	3
WAHLSYSTEM IN DER TÜRKEI	-	-	4	4
TÜRKISCHES RECHTSSYSTEM	-	-	8	8
DEMOKRATIE IN DER TÜRKEI	-	-	1	1
SOZIALE SICHERHEIT IN DER TÜRKEI	-	-	2	2
TÜRKISCHE GESELLSCHAFT	-	-	1	1
MENSCHENRECHTE	-	-	1	1
THEMENKOMPLEX POLITIK	-	2	27	29
BILDUNGSWESEN	1	-	5	6
NON GOVERNMENTAL ORGANISATIONS	1	-	1	2
VERKEHRSSICHERHEIT	-	2	-	2
SONSTIGE (NATUR, ERNÄHRUNG ETC.)	-	1	7	8
WIRTSCHAFTSDELEGATIONEN IM AUSLAND	1	4	-	5
TÜŞAD - SPEZIFISCH	1	4	1	6
SONSTIGE TITEL	4	11	14	29
TÜŞAD PUBLIKATIONEN INSGESAMT	36	56	98	190

⁵³Vgl. Kapitel 8. SCHRITTE ZUR INTERNATIONALEN INTEGRATION.

⁵⁴Vgl. die komplette Publikationsliste in ANNEX 12.5.

Gemäß der offiziellen Publikationsliste hat TÜSİAD während seiner 29jährigen Publikationstätigkeit von 1971 bis 1999 pro Jahr durchschnittlich sechs bis sieben Titel veröffentlicht. Die Anzahl der herausgegebenen Titel variiert in den einzelnen Jahren jedoch beträchtlich. Während in den 70er Jahren lediglich 19% (36) und in den 80er Jahren 29% (56) aller 190 Titel veröffentlicht wurden, sind mit 52% über die Hälfte des gesamten Titel erst zwischen 1990 und 1999 erschienen. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß von den 56 in den 80er Jahren publizierten Titeln nur 11 in den Jahren 1980-1985 erschienen sind, bleibt festzuhalten, daß in den ersten 15 Jahren knapp 25% und in den 13 Jahren von 1986 bis 1999 über 75% aller Titel erschienen sind. Die Publikationstätigkeit des TÜSİAD hat somit ab 1986 stark zugenommen.

Inhaltlich beschäftigen sich knapp 70% (132) aller Veröffentlichungen mit rein ökonomischen Themen. Mit 97 Titeln überwiegt deutlich die Auseinandersetzung mit der nationalen türkischen Ökonomie, insbesondere wiederholen sich Abhandlungen zu den Bereichen Import, Export, Privatisierung, das Verhältnis von Privat- zu Staatswirtschaft sowie staatliche Förderung einzelner Sektoren oder Branchen. 19 Titel haben Marktanalysen fremder Volkswirtschaften (unter anderem Iran, Pakistan, China und Rußland) sowie des internationalen Marktes im Allgemeinen zum Inhalt. Schließlich nehmen 14 Titel die Europäische Gemeinschaft sowie die wirtschaftliche Verhältnis der Türkei zur EG fokussieren.

Etwa 15% (29) aller Publikationen können unter der Rubrik 'Politik' eingeordnet werden. In den 70er Jahren erschien noch kein einziger Titel zu politischen Sachfragen. Abgesehen von zwei Ausnahmen wurden auch in den 80er Jahren keine politischen Themen behandelt. Eine verstärkte Publikationstätigkeit zu nicht die Wirtschaft betreffenden Themen ist erst ab 1990 zu beobachten. Außer der quantitativen Zunahme an Schriften ab dem Jahr 1986 ist gleichzeitig auch eine Diversifikation der Themenkomplexe festzustellen. Neben der Auseinandersetzung mit politischen Sachfragen ist diese Tendenz auch an Berichten zu Fragen des Bildungswesens sowie weiteren - politisch nicht so brisanten - Untersuchungen zu Fragen der Ernährung, der Forstwirtschaft usw. abzulesen.

Die Titel, welche in obiger Klassifizierung unter der Rubrik 'Politik' eingeordnet wurden, beschäftigen sich im Wesentlichen mit der türkischen Staatsverwaltung, dem Wahlsystem, der Parteilandschaft, dem Rechtssystem sowie den Menschenrechten.

Der Wirkungsgrad einzelner Publikationen hängt zweifellos von der Rezeption sowie der Reaktion der Medien, der Öffentlichkeit und Politik ab. Laut Aussage des TÜSİAD werden die Publikationen kostenfrei an das Parlament, alle politischen Parteien, Verbände, Kammern, NGOs sowie an die Presse verteilt.⁵⁵ Durch eigens organisierte Pressekonferenzen wird eine Berichterstattung zu den Veröffentlichungen in der Tagespresse gewährleistet. Die letzten Ausgaben der meisten Periodika sowie einige der sonstigen Veröffentlichungen sind außerdem von den außerordentlich professionell gestateten Internetseiten des TÜSİAD abrufbar.⁵⁶

Insgesamt 24 der 190 Publikationen sind in englischer Sprache verfaßt. Neben einigen Publikationen, die sich konkret an ausländische Unternehmer richten (*Guide to Business and Investments in Turkey; How to Invest in Turkey*), handelt es sich im Fall von 10 Titeln um die englischsprachige Zusammenfassung der Publikationen zum Demokratisierungsprozeß in der Türkei, zum türkischen Bildungswesen, zum Energiemarkt sowie zum Problem der Arbeitslosigkeit. Was die Rezeption der TÜSİAD-Veröffentlichungen im Ausland betrifft, werden die in englischer Sprache verfaßten Periodika zur türkischen Wirtschaft bei wissenschaftlichen und populärwissenschaftlichen Abhandlungen zur türkischen Wirtschaft nicht nur in Einzelfällen als Datenquelle genutzt. Stichproben in einschlägigen deutschen Verbundkatalogen sowie europäischen und amerikanischen Bibliothekskatalogen haben des weiteren ergeben, daß einzelne türkisch- und englischsprachige TÜSİAD-Publikationen mit einer Bestandsgröße von etwa 1-5 Titeln in Bibliotheken außerhalb der Türkei vorhanden sind.

⁵⁵Laut einer Pressemeldung wurde beispielsweise der Bericht zur Demokratisierung in der Türkei an 25.000 Personen verteilt. Vgl. j. KADAK: *Devlet onarımı alsın*. In: SABAH, 11.09.1999.

⁵⁶Vgl. <http://www.tusiad.org.tr/>

7. WIRTSCHAFT UND POLITIK - NEUE FORMEN DER EINFLUSSNAHME

Neben der Einflußnahme auf den politischen Prozess in Form von persönlicher Kontaktaufnahme zu den Schaltstellen in der Politik oder durch die Instrumentalisierung der Medien zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung ist bei TÜŞAD durch die diversifizierte Publikationstätigkeit in den 90er Jahren eine neue Form der Intervention auf politischem Gebiet hinzugekommen. Charakteristisch für die in der nationalen Presse mit 'Report' (*rapor*) umschriebenen TÜŞAD-Publikationen der 90er Jahre, die zu politischen, juristischen oder sozialen Fragen Stellung nehmen, ist die Tatsache, daß die einzelnen Themen nicht - wie bei den üblichen Publikationen zur Wirtschaft - von TÜŞAD-Beschäftigten im Istanbuler Headquarter der Vereinigung verfasst, sondern lediglich koordiniert werden. Als Autoren werden stattdessen Vertreter aus Wissenschaft und Forschung herangezogen. Einerseits wird den Stellungnahmen somit der Anschein einer unabhängigen, durch TÜŞAD lediglich in Auftrag gegebenen, wissenschaftlichen Untersuchung gegeben, andererseits kann TÜŞAD bei zu starker Kritik von Seiten des politischen Establishments darauf verweisen, daß es sich bei einem strittigen Text um die Meinung oder das Ergebnis der jeweiligen Autoren handle und nicht unbedingt die Überzeugung des TÜŞAD per se wiedergeben würde.

Neben den Reporten zum türkischen Bildungswesen sowie zum Hochschulwesen, die Anfang der 90er Jahre der Öffentlichkeit vorgestellt wurde,¹ haben die 1997 getroffenen TÜŞAD-Stellungnahmen zur Frage der Demokratisierung in der Türkei bis dato die weitreichendste nationale wie auch internationale Resonanz hervorgerufen. Die Dimension der neuen Strategie des TÜŞAD soll am Beispiel der letztgenannten Veröffentlichung exemplarisch vorgeführt werden.

7.1. DIE POLITISCHE UND WIRTSCHAFTLICHE LAGE 1991-1996

¹TÜŞAD'dan *eĖitim için uyarı raporu*. In: CUMHURİYET, 20.09.1990, S. 8;
O. ULUGAY: *TÜŞAD, EĖitim, SHP...* . In: CUMHURİYET, 21.09.1990, S. 11.

Mesut Yılmaz übernahm Mitte 1991 von Yıldırım Akbulut den Vorsitz der seit 1983 regierenden Mutterlandspartei (ANAP) und avancierte damit gleichzeitig zum Ministerpräsidenten. Aufgrund des stetig fortschreitenden Prestigeverlusts der Partei setzte er sich für vorgezogene Parlamentswahlen im Oktober 1991 ein. Das Wahlergebnis konnte die Ablösung der ANAP-Regierung nicht verhindern. Die Partei des Rechten Wegs (*Doğru Yol Partisi*, DYP) unter Süleyman Demirel und die Sozialdemokratische Volkspartei (*Sosyaldemokrat Halkçı Partisi*, SHP) unter Erdal İnönü bildeten mit Demirel als Ministerpräsident eine Regierungskoalition. Nach dem Tod des Staatspräsidenten Turgut Özal 1993 wurde Demirel zum 9. Staatspräsidenten der Republik Türkei gewählt. Als Nachfolgerin des Parteivorsitzes der DYP wurde die Staatsministerin für Wirtschaft Tansu Çiller gewählt, die folglich den Posten des Ministerpräsidenten übernahm. Im gleichen Jahr trat Erdal İnönü, der Vorsitzende des Koalitionspartners SHP, zurück und wurde von Murat Karayalçın ersetzt. Des Weiteren wurde mit der Republikanische Volkspartei (*Cumhuriyet Halk Partisi* CHP) unter Deniz Baykal neben der SHP und DSP von Bülent Ecevit eine dritte Volkspartei aus dem linken Spektrums gegründet.

Tansu Çiller, eine Wirtschaftswissenschaftlerin mit Promotionsabschluß in den USA, war 1991 in die DYP eingetreten und fungierte unter Demirel als Staatsministerin für Wirtschaft. Bei ihrem Antritt als Ministerpräsidentin propagierte sie eine straff geführte Austeritätspolitik, die Bekämpfung der Inflation, Reduzierung der Staatsdefizite durch Privatisierungsmaßnahmen von maroden Staatsbetrieben und den Abbau der immensen Auslandsschulden als vorrangiges Regierungsprogramm.

Im Jahr 1994 - ein Jahr nach dem Regierungsantritt von Tansu Çiller - geriet die türkische Wirtschaft indessen in eine tiefe Rezession. Die hohen Erwartungen bezüglich der prophezeiten Verbesserung der Wirtschaftslage wurden bitter enttäuscht. Die Inflationsrate von 66% im Jahr 1993 schnellte 1994 auf 125% und pendelte sich in den folgenden zwei Jahren bei knapp unter 90% ein. Die prozentuale Zunahme des Bruttonationalproduktes rutschte 1994 in den negativen Bereich. Der Handelsbilanzsaldo verschlechterte sich von -14 160 Mio. US\$ 1993 auf -15 358 Mio. US\$ 1997 und die Auslandsverschuldung wuchs von 50,9 Mrd.

US\$ 1991 auf knapp 80 Mrd. US\$ 1996.² Die Bevölkerung der Türkei bekam die Folgen der Wirtschaftskrise deutlich zu spüren. Im Verhältnis zum Jahr 1991 (100%) betrug 1995 der Reallohn der Beschäftigten im öffentlichen Sektor nur noch 40,7% und im Privatsektor 57,2%.³

Bei den Kommunalwahlen im März 1994 zeichnete sich ein wachsender Einfluß der proislamischen Wohlfahrtspartei (*Refah Partisi*, RP) ab. Im Februar 1992 fusionierten die Parteien CHP und SHP unter dem Parteinamen der CHP. Der neue CHP-Vorsitzende und stellvertretende Ministerpräsident Deniz Baykal kündigte im September die Regierungskoalition auf, worauf Ministerpräsidentin Tiller zurücktrat. Nach langwierigen und vergeblichen Versuchen einer neuen Regierungsbildung wurden vorgezogene Parlamentswahlen für Dezember des gleichen Jahres beschlossen. Aus der Wahl ging die proislamische RP unter Erbakan als Sieger hervor. Dementsprechend wurde er durch den Staatspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt, scheiterte aber, da keine Partei mit der RP eine Koalition eingehen wollte. Nachdem sich die daraufhin mit der Regierungsbildung beauftragte Tansu Tiller ebenso mit keiner Partei als Koalitionspartner einigen konnte, wurde im März 1996 zwischen DYP und ANAP unter der Führung von M. Yılmaz ein Minderheitenkabinett gebildet. Bereits Ende Mai zerbrach die Koalition aufgrund eines Mißtrauensantrags gegen die Regierung. Zur Empörung vieler Teile der türkischen Öffentlichkeit ging Tansu Tiller im Juli 1996 eine Regierungskoalition mit dem erneut mit der Regierungsbildung beauftragten Necmettin Erbakan ein. Erbakan, den Tiller zuvor dezidiert als politischen Gegner und Feind des laizistischen Staates bezeichnet hatte, übernahm am Juli 1996 im Rahmen der DYP-RP Koalition den Posten des Ministerpräsidenten. Auf Druck des Militärs mußte Erbakan im Juni 1997 zurücktreten. Der Präsident der Republik erteilte nun dem ANAP-Vorsitzenden Mesut Yılmaz den Auftrag, eine neue Regierung zu bilden.

Die zwingende Konsequenz aus den ständig wechselnden Regierungen und Übergangskabinetten war das Fehlen nachhaltiger Politikkonzepte. In wirtschaftspolitischer Hinsicht wurde langfristiges Planen und Investieren

² OECD Economic Surveys: *Turkey* 1999. Paris: OECD, S. 36; THE WORLD BANK: *Global Development Finance. Country Tables*. 1998. Washington: The World Bank 1998.

³ CUMHURİYET EKONOMİ, 9.12.1996.

erschwert. Die türkische Privatindustrie sah sich in ihrer Expansion durch die bestehenden innenpolitischen Verhältnisse zunehmend gehemmt.

Ein weiterer Faktor, der zur innenpolitischen Instabilität der Türkei beiträgt, ist die militärische Auseinandersetzung der türkischen Streitkräfte mit den Kämpfern der von Abdullah Öcalan geführten, radikalen 'Arbeiterpartei Kurdistans' (*Partîa Karkêren Kurdistan*, PKK). Seit Anfang der 80er Jahre versetzten die Kämpfe gegen 'kurdische Separatisten, so die offizielle Sprachgebrauch, und deren Gegenoperationen den Südosten des türkischen Staatsgebietes in bürgerkriegsähnliche Zustände. Über mehrere Provinzen ist der Ausnahmezustand verhängt, und die Zerstörung ganzer Landstriche führte zu Zwangsumsiedlungen und einer nicht abreisenden Binnenmigration Richtung Westen. Trotz politischer Bemühungen der Präsidenten der Republik Turgut Özal, die grundsätzliche Negation einer kurdischen Minderheit in der Türkei zu entschärfen, setzte die militärische Führung auch im Laufe der 90er Jahre ihren harten Kurs im Kampf gegen die sich immer stärker militarisierenden Kurden durch. Das Militär hat sich im Rahmen der neuen Verfassung von 1982 weitgehende Möglichkeiten der „politischen Intervention“ vorbehalten (siehe unten). Durch gezielte Bombenanschläge in türkischen Metropolen in der Westtürkei wurde die eskalierende Situation zu einem überregionalen Problem.

7.2. DAS PAKET ZUR VERBESSERUNG DES DEMOKRATISCHEN STANDARDS

Die Klassifikation der Publikationen des TÜSİAD hat gezeigt, daß die Vereinigung seit Anfang der 90er Jahre zunehmend zu politischen Themen Stellung bezogen hat. Die Anfang 1997 erschienenen TÜSİAD-Berichte zur Lage der Demokratie in der Türkei sind von der Öffentlichkeit besonders stark diskutiert worden. Die Intention, sich als Wirtschaftsverband zu Fragen der Demokratie in der Türkei zu äußern, begründete der damalige Vorstand des TÜSİAD wie folgt:

Während TÜSİAD [vorwiegend] bemüht war, die Wirtschaft der Türkei in rechte Bahnen zu lenken, um eine Wirtschaftsstabilität zu erreichen begann er, systematisch darauf hinzuweisen, daß die Stabilität der Wirtschaft durch politische Instabilität verhindert wird, und das deshalb die Schwächen der Demokratie beseitigt werden müssen. Dieser Sachverhalt, welcher in der Satzung [des TÜSİAD] als Mission

an erster Stelle genannt wird, ist ab 1996 [...] auf die Tagesordnung der Vereinigung gesetzt worden.⁴

Am 20.01.1997 wurde Mustafa Kalemli, dem Präsidenten der Großen Nationalversammlung der Türkei, durch den damaligen TÜSİAD-Präsidenten Halis Komili ein aus fünf einzelnen Berichten bestehendes 'Paket zur Verbesserung des demokratischen Standards.' (*Demokratik Standartların Yükseltilmesi Paketi*) überreicht. Das Paket wurde von der 'TÜSİAD-Kommission für Parlamentsangelegenheiten' (*TÜSİAD Parlamento İşleri Komisyonu*) unter der Leitung von Dr. Can Paker (Türk Henkel A.Ş.) koordiniert. Die einzelnen Berichte wurden jedoch nicht durch TÜSİAD-Mitglieder oder Angestellte verfasst. Hierfür beauftragte TÜSİAD extern Autoren, wie beispielsweise Universitätsangehörige, Anwälte oder Bürokraten im Ruhestand.

Das 'Paket zur Verbesserung des demokratischen Standards.' bestand aus folgenden Berichten:

- » ENTWURF ZUM VERBANDSGESETZ
Verfasser: Arif BİLGİN (Jurist, Vorsitzender der Vereinigung der Rechtsanwälte von Istanbul; Cengiz KAYICI (Jurist, bis 1995 Vorsitzender des Istanbul Handelsgerichts); Dr. Lebet BİÇAKÇI (Jurist, Rechtsberater verschiedener Unternehmen sowie der türkischen Fußball-Föderation und Basketball-Föderation); Semiha BABAN.
59 Seiten
- » GESETZESENTWURF ZUR LOKALVERWALTUNG
Verfasser: Dr. Selçuk YALINDAĞ (Lehrkraft am *Türkiye ve Orta Doğu Amme İdaresi Enstitüsü* TODAİE); Fetih AYTAĞ (bis 1993 bei der Generaldirektion der Kommunalverwaltungen im Innenministerium); Ziya TOKER.
245 Seiten
- » UNTERSUCHUNG ZUR INSTITUTION DES OMBUDSMANNES
Verfasser: Doç. Dr. Oguz BABUROĞLU (Lehrkraft an der Bilkent Üniversitesi in Ankara); Nevra HATİBOĞLU.
59 Seiten
- » ZUR PROZEBHANDLUNG BEI BEAMTEN⁵

⁴TÜSİAD: *Türkiye'de Demokratikleşme Perspektifleri*. İstanbul 1997, Vorwort des Vorstandes, ohne S.: TÜSİAD, Türkiye'nin ekonomisine çeki düzen vermenin ve ekonomiyi istikrara kavuşturmanın yolu üzerinde dururken, siyasal istikrarsızlık engelinin bu yolu tıkamaması için demokrasinin zaafılarının giderilmesi gereğinin altını da sistematik olarak çizmeye başladı. Tüzüünde tarif edilen misyonu açmış olan birincil önem taşıyan bu konu, 1996 yılında, [...] dernek gündeme alındı.

⁵ ohne Autopsie.

- » PERSPEKTIVEN ZUR DEMOKRATISIERUNG IN DER TÜRKEI
Verfasser: Bülent TANÖR (Lehrkraft an der Juristischen Fakultät der
Universität Istanbul)
185 Seiten

7.2.1. „PERSPEKTIVEN ZUR DEMOKRATISIERUNG IN DER TÜRKEI“ - AUFBAU UND KERNAUSSAGEN

Im Vergleich zu den ersten vier Berichten hat der Report von Bülent Tanör⁶ über die Frage der Demokratisierung in der Türkei zu den heftigsten Reaktionen in der Öffentlichkeit geführt. Gleichzeitig hat er eine Grundsatzdiskussion innerhalb des TÜSİAD ausgelöst.

Laut der Überzeugung des TÜSİAD-Vorstandes sollen dem Bericht nicht einzelne Personen oder Parteien in bezug auf demokratisches oder antidemokratisches Handeln untersucht, oder kritisiert werden. Vielmehr geht es den Initiatoren um eine allgemeine Systemkritik:

Die Arbeit hält sich von allen einzelnen Kräften der politischen Bühne gleichermaßen distanziert. In dieser Arbeit wird unser Rechtssystem als Ganzes behandelt. Es wird kein Faktor aufgrund konjunkturellem oder politischem Kalkül ausgelassen.⁷

Tanör untergliedert seine Ausführungen in drei Teile:⁸

1. POLITIK

Mit den Abschnitten: Politische Parteien, Wahlen, Parlament, Rechtssystem, Entmilitarisierung, öffentliche Verwaltung. (65 Seiten).

2. MENSCHENRECHTE

Mit den Abschnitten: Unantastbarkeit, Freiheit und Sicherheit der Person, Gedankenfreiheit, kollektive Freiheiten, Kurdenfrage (64 Seiten).

⁶ Bülent Tanör ist 1940 in Istanbul geboren. Er hat 1963 das Studium und 1969 die Promotion an der Juristischen Fakultät an Universität von Istanbul erfolgreich abgeschlossen. Der auf das Verfassungsrecht spezialisierte Jurist habilitierte sich 1992 und lehrt seitdem an der Universität von Istanbul. Zu seinen umfangreichen Publikationen gehören insbesondere Monographien zum türkischen Verfassungswesen. Vgl. B. TANÖR: *Osmanlı İmparatorluğunda Anayasal İktidarlar* İstanbul: Der Yayınlar 1991; ders.: *Osmanlı Türk Anayasal Gelişmeleri*. İstanbul: Der Yayınlar 1992. In deutscher Sprache liegt vor: ders.: *Der Verfassungswandel in der Türkei*. Übersetzt von Ch. RUMPF in: H. ÖZAK, Y. DAĞYELI: *Die Türkei im Umbruch*. Frankfurt: Dağyeli Verlag 1989.

⁷ TÜSİAD: *Türkiye'de Demokratikleşme Perspektifleri*. İstanbul 1997, Vorwort des Vorstandes, ohne S.: Bu çalışmamızı, siyaset sahnesindeki tüm unsurlarla mesafesini eçit uzaklıkta tutmuştur. Bu çalışmada, hukuk sistemimiz bir bütün olarak ele alınmakta ve konjunkturel nedenlerle veya siyasal hesaplarla hiçbir unsur elçitiri dçında tutulmamaktadır.

⁸ Für das komplette Inhaltsverzeichnis vgl. ANNEX 12.6.

3. RECHTSSTAAT (22 Seiten).

Der Autor geht in einzelnen, kurzgefaßten Abschnitten nach einem klaren Schema vor. Er nennt den Paragraphen eines Gesetzes oder einen Artikel der Verfassung, setzt sich kritisch mit dessen Aussage auseinander und schlägt daraufhin dessen Streichung oder Modifikation vor.

Aus der vielschichtigen Palette der Stellungnahmen sind im Folgenden einige der Analysen und Forderungen Tanörs zusammengefasst, die nach Veröffentlichung des Berichts unmittelbar zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion wurden:

» Laut Art. 81 des Parteiengesetz dürfen Parteien nicht die Meinung vertreten, es gebe auf dem Gebiet der Türkei Minderheiten, die sich national, religiös, kulturell, konfessionell, rassistisch oder sprachlich unterscheiden. Da die Verfassung und das Parteiengesetz bereits über ausreichende Bestimmungen zur territorialen Einheit verfügen, ist der Artikel komplett aufzuheben, weil er sich auf antidemokratische Weise in die Bereiche Sprache und Kultur einmischt.⁹

» Die politische und gesellschaftliche Wandel geht immer schneller von statten. Politische Segmentierung und Instabilität machen wiederholt vorgezogene Wahlen erforderlich. Aus diesem Grund sollen Artikel 77 und 127 der Verfassung dahingehend geändert werden, daß der Turnus der Kommunalwahlen und Parlamentswahlen von fünf auf vier Jahre verkürzt wird.¹⁰

» Bei den Parlamentswahlen soll die 10%-Hürde auf 5% gesenkt werden.¹¹

» In der Formel zur Vereidigung der Abgeordneten (Artikel 81 der Verfassung) finden sich Passagen, die juristisch nicht definierbar sind. Hierzu gehört der Schwur, „den Prinzipien und Reformen Atatürks verbunden zu sein“ (*Atatürk ilke ve inkılaplarına baÉl kalma*). Da konkrete Begriffe, wie Unabhängigkeit, Einigkeit, Demokratie, Laizismus und Republik Inhalte des Kemalismus sind, und sich juristisch besser greifen lassen, ist die Passage: „den Prinzipien und Reformen Atatürks verbunden sein“ aus der Eidesformel zu streichen.¹²

⁹ TUSAD: *Türkiye'de Demokratikleşme Perspektifleri*. İstanbul 1997, S. 44-45.

¹⁰ TUSAD: *Türkiye'de Demokratikleşme Perspektifleri*. İstanbul 1997, S. 53.

¹¹ TUSAD: *Türkiye'de Demokratikleşme Perspektifleri*. İstanbul 1997, S. 58.

¹² TUSAD: *Türkiye'de Demokratikleşme Perspektifleri*. İstanbul 1997, S. 62-63.

» Laut Artikel 117, Absatz 4 der Verfassung ist der Generalstabschef dem Ministerpräsidenten verantwortlich. Wie es in anderen Demokratien und gerade in den NATO-Ländern der Fall ist, muß der Generalstabschef jedoch dem Verteidigungsminister und nicht dem Ministerpräsidenten unterstehen. Artikel 117 ist insofern zu ändern, daß der Generalstabschef vom Verteidigungsminister vorgeschlagen, von Präsidenten der Republik ernannt und dem Verteidigungsminister verantwortlich ist.¹³

» Der Nationale Sicherheitsrat (*Milli Güvenlik Kurulu*) setzt sich mehrheitlich aus Militärs zusammen und teilt laut Artikel 118 der Verfassung dem Ministerrat Beschlüsse mit, die er für das Wohl und die Sicherheit der Gemeinschaft für notwendig hält. Außerdem sind die Beschlüsse des Nationalen Sicherheitsrates von Seiten des Ministerrats mit Vorrang zu berücksichtigen (*öncelikli dikkate alınır*). Der Nationale Sicherheitsrat, und somit das Militär ist damit nicht nur für die äußere Sicherheit des Landes zuständig, sondern hat gleichfalls Einfluss auf innenpolitische Angelegenheiten. In einem demokratischen System ist für die innere Sicherheit nur der Ministerrat zuständig. Die Streitkräfte hingegen sind lediglich für die Landesverteidigung verantwortlich. Folglich sollte Artikel 118 der Verfassung gestrichen werden, und damit der Nationale Sicherheitsrat als Verfassungsinstitution aufgelöst werden. Über einen neuen Rat zur nationalen Verteidigung ist nachzudenken.¹⁴

» Im 1995 modifizierten Antiterrorgesetz von 1991 heißt es in Artikel 8: „Schriftliche und mündliche Propaganda, Versammlungen und Demonstrationen, welche die Zerstörung der unteilbaren Einheit von Staatsgebiet und Staatsvolk zum Ziel haben, sind verboten.“ Somit ist nur nicht eine Tat, sondern schon die Äußerung einer Meinung, die angeblich separatistische Züge trägt, strafbar. Diese Bestimmung steht im Widerspruch zur Meinungsfreiheit. Tatsächlich sind unter Berufung auf Artikel 8 des Antiterrorgesetzes gegen viele Publizisten und Schriftsteller Ermittlungen eingeleitet worden, und manche von ihnen wurden rechtskräftig verurteilt. Art. 8 des Antiterrorgesetzes widerspricht dem Demokratieverständnis und muß außer Kraft gesetzt werden.¹⁵

» Gibt es in der Gesetzgebung der Republik Türkei Elemente, die eine kurdische Identität verneinen und deshalb geändert werden müssen? Es ist

¹³TÜŞAD: *Türkiye 'de Demokratikleşme Perspektifleri*. İstanbul 1997, S. 82-83.

¹⁴TÜŞAD: *Türkiye 'de Demokratikleşme Perspektifleri*. İstanbul 1997, S. 83-85.

nicht einfach in Gesetzen und in der Verfassung diesbezüglich direkt diskriminierende oder ausgrenzende Regelungen zu finden. Doch man kann Regelungen und Bestimmungen finden, die indirekt diskriminierende Eigenschaften aufweisen.

Das Einwohnergesetz und die Verordnung von Familiennamen schreiben vor, daß bei der Namensgebung entsprechend der „nationalen Kultur“ nur türkische Vor- und Familiennamen verwendet werden dürfen. Indirekt ist hier ein Verbot kurdischer Namensgebung ausgesprochen. Dererlei Bestimmungen müssen aufgehoben werden. Dies gilt auch für das im Provinzverwaltungsgesetz ausgesprochene Verbot der Verwendung nichttürkischer Ortsnamen. 1983 wurden jegliche nichttürkische Publikationen, also auch in kurdischer Sprache per Gesetz verboten. Durch Art. 23 des Antiterrorgesetzes wurde das Sprachverbot 1991 aufgehoben. Das Verbot hat in den Artikeln 26 und 28 der Verfassung jedoch weiterhin Bestand. Die einschlägigen Bestimmungen in beiden Artikeln müssen aufgehoben werden. Wie auch im Parteiengesetz dürfen laut dem Vereinsgesetz Art. 5 Absatz 6 keine Vereine gegründet werden, die Minderheiten schaffen, indem sie behaupten, es gebe in der Republik Türkei Minderheiten, die sich in Rasse, Religion, Konfession Kultur oder Sprache unterscheiden.

Damit die Türkei nicht des Kulturgenozids (*kültür soykırması*) bezichtigt werden kann, müssen Artikel 5/6 und 6/4 unbedingt aufgehoben werden.¹⁶

7.2.2. DIE REZEPTION UND REAKTIONEN AUF DEN BERICHT

Im Anschluß an die Übergabe das ‘Pakets zur Verbesserung des demokratischen Standards’ an den Parlamentspräsidenten veranstaltete TÜSİAD-Präsident Halis Komili eine Pressekonferenz. Hier betonte der Parlamentspräsident Mustafa Kalemli, daß die politische Instabilität seit Mitte der 80er Jahre das größte Hindernis für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes darstelle. Das System aber nicht in der Lage sei, sich selbst zu kritisieren und zu erneuern, da man in Sorge um die Erhaltung insbesondere der politische Regierungsgewalt jegliche Art der Opposition mundtot mache. Das beste Beispiel hierfür sei der Druck, der mit verschiedenen Mitteln auf die Presse ausgeübt werde. Das Thema der Demokratie

¹⁵TÜSİAD: *Türkiye’de Demokratikleşme Perspektifleri*. İstanbul 1997, S. 120-123.

sei für TUSİAD und die Türkei nicht konjunkturell bedingt, sondern eine Grundsatzfrage.¹⁷

Während Ende der 80er Jahre das politische Establishment, insbesondere Turgut Özal, zu derartige Verlautbarungen des TUSİAD eher auf Konfrontationskurs ging, sahen die Reaktionen nun ganz anders aus. So verkündete Parlamentspräsident Mustafa Kalemli auf einer Pressekonferenz, daß er das 'Paket zur Verbesserung des demokratischen Standards' entgegengenommen habe. Die Vorschläge würden untersucht und in Gesetzesvorschläge umgewandelt werden.¹⁸ Laut Pressemeldungen des folgendes Tages verhielten sich die Parteivorsitzenden ähnlich diplomatisch. Der ANAP-Vorsitzende Mesut Yılmaz verkündete, daß er den Bericht noch nicht gelesen habe, Nachforschungen zur Demokratie aber unterstützen würde.¹⁹ Der DSP-Vorsitzende Bülent Ecevit beurteilte den Bericht auf den ersten Blick positiv, und der stellvertretende DSP-Vorsitzende meinte mit Hinweis auf die TUSİAD-Anzeigen von 1979, die auf den Sturz der Regierung Ecevits abgezielt hatten: „im Gegensatz zu den Anzeigen-Kampagnen in der Vergangenheit ist die Vorlage von Lösungsvorschläge [als] eine positive Entwicklung [zu bewerten].“²⁰ Der stellvertretende Vorsitzende der regierenden Koalitionspartei DYP, Çhan Pacas, spielte die Brisanz des Berichts herunter, indem er feststellte, daß der Raport wohl nicht viel Neues hervorbrächte, es aber erstaunlich wäre, daß der kapitalistische TUSİAD hierfür einen sozialistisch eingestellten Professor engagiert hätte, und daß die Forderungen bezüglich des Militärs ohnehin mit der geschichtlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit der

¹⁶TUSİAD: *Türkiye'de Demokratikleşme Perspektifleri*. İstanbul 1997, S. 152-158.

¹⁷TUSİAD'tan tarihi çağır: In: SABAH, 21.01.1997: 1980'li yılların ikinci yarısından itibaren, siyasal istikrarın ve ekonomik ve sosyal gelişmenin önündeki en büyük engel olduğunu anladığını söyledi. [...] «Sistem kendini elitiyor, yenileyemiyor. Çünkü, özellikle siyasi iktidarı sürdürülmesi kaygısı içinde, her türlü muhalefetin susuturulması tercih edilebiliyor. Farklı yollarla basın üzerine yöneltilen baskılar bunun en tipik örneği. [...] Demokrasi konusunun TUSİAD için de, Türkiye için de konjunktürel değil, ilkesel bir konu».

¹⁸TUSİAD: *Kürtçe serbest olsun*. In: HÜRRIYET, 21.01.1997: TBMM Başkan Kalemli TUSİAD'ın kendisine sunduğu [...] rapora sahip çıktı. Kalemli, önerilerin tek tek tasnif edilip 'yasa teklifine' dönüştürüleceğini söyledi.

¹⁹TUSİAD raporu tartışıyor. In: HÜRRIYET, 22.01.1997: ANAP Genel Başkanı Mesut Yılmaz, TUSİAD'ın rapor görmediğini, ancak demokrasi arayışını kapsadığını belirterek, «Buna destek veriyoruz» dedi.

²⁰TUSİAD raporu tartışıyor. In: HÜRRIYET, 22.01.1997: DSP Başkanı Bülent Ecevit, raporu ilk bakışta olumlu bulduğunu [...] söyledi. DSP Genel Başkan Yardarncısı Fevdet Selvi ise geçmişte hükümetleri yıkmak için TUSİAD ilanlar verdiğini anımsatarak, «İmdi ilan vermek yerine, çözüm önermeleri olumlu bir gelişme».

Türkei nichts zu tun hätten.²¹ Aus der Rolle fiel lediglich der Industrieminister Yalın Erez (DYP), der TUSAD unter anderem Wichtigtuerei vorwarf.²²

Von Seiten des Militärs waren kritische Reaktionen zu vernehmen. Die Tageszeitung SABAH berichtet unter der Schlagzeile „Der Bericht hat das Heer beunruhigt“, daß der Generalstabschef und sein Stellvertreter Generalleutnant Evik Bir dem TUSAD-Präsidenten Halis Komili mitgeteilt hätten, daß sie die Forderung nach Aufhebung des Nationalen Sicherheitsrats für heikel und den Vorschlag bezüglich der Verantwortlichkeit des Generalstabes gegenüber dem Verteidigungsminister für nachteilig hielten.²³

Die Tageszeitung HÜRRIYET mutmaßte, daß die Forderungen zur Kurdenfrage den meisten Anstoß für Auseinandersetzungen geben würden.²⁴ Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde jedoch die Forderung des Berichts von Bülent Tanör nach einem Ende der Einflußnahme des Militärs auf die Politik zum Brennpunkt. Die türkischen Tageszeitungen räumten dem Thema täglich mehrere Artikel ein. Die öffentliche Infragestellung der Kompetenzen des Militärs stellte tatsächlich ein Novum dar. Laut den Meldungen und Kommentaren der Tageszeitungen HÜRRIYET und SABAH überwog die Kritik an den diesbezüglichen Forderungen eindeutig. Halis Komili betonte schließlich, daß man dem Bericht und seinem Verfasser Unrecht tue, wenn man ihn nur anhand eines Themas beurteile.²⁵

²¹ZAMAN, 22.01.1997: Peki, yeni bir şey söylemeyen projenin en ilginç yönü bizce sosyalist kimliğini hiçbir zaman gizlemeyen Prof. Dr. Bülent Tanör'un bu programın yazarı olması Türkiye'nin en büyük kapitalistlerinin örgütü olan TUSAD'ın projesini sosyalist bir bilim adamı tarafından hazırlanması ilginç bir husus. MGK'nun kaldırılması ve Genelkurmay Başkanlığı'nın Milli Savunma Bakanlığı'na bağlanması gibi tekliflerin Türkiye'nin tarihsel ve toplumsal gerçekleriyle ilgisi yok.

²²Erez erklärte, daß wenn es überhaupt Bedarf nach Demokratie gäbe, TUSAD erst einmal bei sich selbst anfangen sollte. TUSAD würde eben manchmal Berichte von Intellektuellen und Professoren schreiben lassen, um sich in der Öffentlichkeit wichtig zu machen. Man könne aber keine Lösungen für die Probleme des Landes finden, indem man gemeinsam mit ein paar Intellektuellen in einer Villa am Bosphorus Whisky trinke. Vgl. MİLLİYET, 22.01.1997; SABAH, 22.01.1997; HÜRRIYET, 23.01.1997.

²³M. BULUT: *Rapor orduyu rahatsız etti*. In: SABAH, 22.01.1997: TUSAD Başkanı Halis Komili'ye Genelkurmay Başkanı Orgeneral İsmail Hakkı Karadayı ile ikinci Başkan Orgeneral Evik Bir'le önceki gün yaptıkları görüşmede Milli Güvenlik Kurulu'nun kaldırılmasının sakıncalarını anlattı. Ayrıca Genelkurmay Başkanlığı'na bağlanmasına da olumsuz bakıldığını söylendi.

²⁴TUSAD: *Kürtçe serbest olsun*. In: HÜRRIYET, 21.01.1997.

²⁵S. İ ENGÜN: *Genelkurmay: TUSAD'ın yaptıkları ucuz kahramanlıktır*. In: HÜRRIYET, 23.02.1997: Raporu, sadece bir tek konuyla değerlendirmek, rapora ve rapor yazarlara da haksızlık olur.

Die skeptische Einstellung gegenüber der TÜŞAD-Publikation wurde gleichfalls von einigen TÜŞAD-Mitgliedern geteilt. Dies wurde zwei Tage nach Veröffentlichung des Reports bei der Generalversammlung des TÜŞADs deutlich. Einige Mitglieder betonten, daß sie sich mit den Aussagen des Berichts nicht identifizieren könnten, und er lediglich die Meinung irgendeines Professors wiedergebe. Es wurde kritisiert, daß der Report vor der Veröffentlichung nicht der 'Hohen Beratenden Versammlung'²⁶ der Vereinigung zur Bewertung vorgelegt wurde. Schließlich entschied man, die Veröffentlichung des Reports aus dem Jahresbericht der Vereinigung zu streichen und den Sachverhalt zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen einer Sonderversammlung der 'Hohen Beratenden Versammlung' zu besprechen. Diese fand am 08.04.1997 statt. Obgleich sich innerhalb des TÜŞAD eine heftige Opposition gebildet hatte, die einzelne Forderungen, insbesondere die Passagen zu den Prinzipien und Reformen Atatürks oder gar den kompletten Report zur Demokratisierung ablehnten und sogar mit Austritt aus der Vereinigung drohten²⁷, gab der Präsident des 'Vorsitzenden Rat der Hohen Beratenden Versammlung' (*Yüksek İsticare Konseyi Başkanlık Divanı*) Bülent Eczacıbaşı schließlich der Presse bekannt:

Die Mitglieder der Beratenden Versammlung und auch diejenigen, die den Report heftig kritisiert haben sind der Meinung, daß der Bericht eine Arbeit im Sinne der Mission [des TÜŞAD] ist und daß für die Entwicklung der Demokratie eine Diskussion zu den nötigen Reformen erforderlich ist. Es gibt lediglich unterschiedliche Ansichten zum Inhalt des Berichtes, und das ist normal. Die Grundsätzliche Botschaft wird von TÜŞAD vertreten, die Ansichten und Einzelheiten sind vollständig die des Autors.²⁸

²⁶ *Yüksek İsticare Konseyi*. Vgl. Kapitel 5. DIE ORGANISATIONSSTRUKTUR DES TÜŞAD.

²⁷ M. KUTLAY: *TÜŞAD'ın demokrasi krizi yine alevlendi*. In: HÜRREYET, 09.04.1997: TÜŞAD raporuna karşı çıkan üyeler, raporla ilgili sert açıklamalar yaptı [...] TÜŞAD'ın rapora sahip çıkması halinde istifa edeceklerini açıkça dile getirdikleri öğrenildi; «Atatürkçülüğe aykırı bir şeyi prensip olarak tartışmayız. Ben bir tek profesörün hazırladığı raporun arkasında olmayacağım». [...] Raporu tümünden reddediyorum». Vgl. auch SABAH, MILLİYET und ZAMAN.

²⁸ M. KUTLAY: *TÜŞAD'ın demokrasi krizi yine alevlendi*. In: HÜRREYET, 09.04.1997: İsticare Konseyi Üyeleri, raporu ciddiye almayanlar de bu raporun, temel misyonumuz doğrultusunda bir çalışma oldu, demokrasinin gelişmesi için gereken reformları tartışması gereğinde hemfikirdirler. Ancak raporun içeriğine, ayrıntılara ilişkin görüş ayrılıkları vardı. Bu normaldir. Ana mesajlar TÜŞAD tarafından benimsenmektedir. Görüşler ve ayrıntılar, tümüyle yazarın başlıkları.

Die TÜŞAD-Führung, die grundsätzlich darauf bedacht ist, keine Interna an die Öffentlichkeit zu lassen, mußte sich aufgrund der geschilderten Begleitumstände nach Veröffentlichung des Reports den Vorwurf gefallen lassen, sich für die Demokratisierung des Landes einsetzen zu wollen, obwohl die Strukturen der eigenen Organisation alles andere als demokratisch seien.

Bei einer abschließenden Bewertung der Sachlage sollten folgenden Punkte berücksichtigt werden: Der Report von Professor Bülent Tanör enthält Forderungen zur Liberalisierung und zur „Entmilitarisierung“ des politischen Systems, die bis dato in der breiten Öffentlichkeit und auf offizieller Ebene in dieser Deutlichkeit nicht artikuliert wurden. In bezug auf die Abschaffung des Nationalen Sicherheitsrates wurde sogar ein bis dahin vollkommen tabuisiertes Thema angesprochen. Der Staat, und indirekt das Militär, hätte - wie bei unangenehmen Äußerungen von Publizisten, Schriftstellern oft genug praktiziert - ausreichend Möglichkeiten gehabt, gegen den Bericht im einzelnen oder die Vereinigung als Ganzes mit rechtlichen Schritten vorzugehen.²⁹ Es ist anzunehmen, daß derartige Schritte im Hinblick auf das wirtschaftliche und finanzielle Machtpotential des TÜŞAD und seiner Mitglieder unterblieben. Nichtsdestotrotz fühlten sich TÜŞAD-Mitglieder bemüßigt - aus welchen Gründen auch immer - ihr Unbehagen auszudrücken. Da der Bericht von einem unabhängigen Autor verfasst wurde, konnten einzelne, besonders kritische Aussagen als persönliche Meinung des Autors deklariert werden. Obgleich dem Bericht ein mehrseitiges Vorwort des TÜŞAD-Vorstandes vorangestellt ist, und damit die offizielle Zustimmung zu den Inhalten des Berichts gegeben wurde, ist dieses Kalkül letztendlich doch aufgegangen.

Die Motivation des TÜŞAD sich offensiv zu Fragen der Demokratisierung des Landes zu äußern, ist in der allgemein instabilen Lage der Türkei in der ersten Hälfte der 90er Jahre zu suchen. Einerseits können ständig wechselnde Regierungskonstellationen, vorgezogene Neuwahlen und Übergangsregierungen keine klare, für den Privatinvestoren kalkulierbare Wirtschaftspolitik gewährleisten. Andererseits bedeutete der schwelende Bürgerkrieg in Südostanatolien einen fehlenden Absatzmarkt, eine Schwächung der Volkswirtschaft und ausbleibendes Fremdkapital, da Instabilität auf Auslandsinvestoren investitionshemmend wirkt.

²⁹Etwa unter Berufung auf Artikel 8 des Antiterrorgesetzes, dessen Abschaffung in dem Bericht von Bülent Tanör gefordert wird.

Hinzu kommt die enorme Belastung des Staatsbudgets durch die über Jahre andauernden militärischen Kampfhandlungen der türkischen Streitkräfte im Kurdengebiet. Die Stellungnahme der Reports zur Kurdenfrage kann als indirekte Antwort auf die Überzeugung des militärischen Führung gewertet werden, daß das Kurdenproblem allein militärisch zu lösen sei. Die militärische Variante zur Lösung des Problems ist außerordentlich kostspielig und verhindert langfristig eine Befriedung der Gebiete. Beides steht folgerichtig den Interessen der Privatwirtschaft diametral gegenüber. Obgleich sich TÜŞAD grundsätzlich kritisch zur proislamischen Wohlfahrtspartei (*Refah Partisi*, RP) geäußert hat, ist die Tatsache, daß zur Zeit der Veröffentlichung des TÜŞAD-Berichts die DYP-Koalition mit der unter Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan an der Macht war, eher als zufällig zu bewerten.

Zusammengefaßt zielt die TÜŞAD-Stellungnahme zum Demokratisierungs-prozeß auf zwei Punkte ab: Schaffung langfristiger innenpolitischer Stabilität als Voraussetzung für eine wirtschaftliche Expansion und rechtliche Angleichung an westliche Normen, um die internationalen politischen Beziehungen zu erleichtern. Denn gute politische Zusammenarbeit auf internationaler Ebene ist die Voraussetzung für eine intensivere wirtschaftliche Vernetzung, insbesondere mit Europa.³⁰

Wenige Monate nach Veröffentlichung der fünf Berichte zur Demokratie in der Türkei hat TÜŞAD Diskussionsrunden über den Inhalt der vorgelegten Publikationen durchgeführt. Die Wortbeiträge wurden verschriftlicht und liegen als TÜŞAD Publikationen vor. In der 'Reihe zu den Diskussionsrunden bezüglich des TÜŞAD-Pakets zur Verbesserung des demokratischen Standards' (*TÜŞAD Demokratik Standartların Yükesktilmesi Paketi Tartışma Toplantılarını Dizisi*) sind zwischen Mai 1997 und Februar 1998 fünf Titel erschienen:

- » 1. Das Parteiengesetz (*Siyasal Partiler Yasası*), 106 Seiten.
- » 2. Wahlen, Große Nationalversammlung der Türkei und Regierungssysteme (*Seçimler, TBMM ve Hükümet Sistemleri*), 70 Seiten.
- » 3. Lokalverwaltungen (*Yerel Yönetimler*), 73 Seiten.
- » 4. Rechtsstaat und Rechtsprechung (*Hukuk Devleti ve Yargı*), 60 Seiten.
- » 5. Menschenrechte (*İnsan Hakları*), 56 Seiten.

Die Diskussionsrunden wurden jeweils durch Muharrem Kayhan, den neuen TÛSfAD-Präsidenten seit Januar 1997, eröffnet. Bemerkenswert ist die Liste der Teilnehmer.³¹ Zur Eröffnung der Veranstaltung zum Thema 'Rechtsstaat und Urteil' hielt neben Kayhan der Justizminister Oltan Sungurlu eine Eröffnungsrede, und zu Beginn des Panels zu den Menschenrechten hatte Parlamentspräsident Hikmet †etin das Wort. Wenn auch die Ausführungen der teilnehmenden Professoren und Wissenschaftler und insbesondere der Regierungs- und Oppositionsvertreter nicht über allgemeine und relativ unverbindliche Äußerungen hinausgehen, so bleibt dennoch festzuhalten, daß der Wirtschaftsverband TÛSfAD sich Mitte der 90er Jahre in eine Position manövrierte hatte, die es ihm erlaubte, prominente Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und der Bürokratie zur öffentlichen Erörterung politischer Sachverhalte an einen Tisch zu bitten. Die innertürkische Diskussion um den TÛSfAD-Bericht zur Demokratisierung ist außerhalb der Türkei vor allem durch Gruppierungen, die für die „kurdische Sache“ eintreten, rezipiert worden. Mit dem Verweis auf die TÛSfAD-Berichte weisen Gruppierungen wie das 'Kurdische Informations- und Dokumentationszentrum e.V.' oder das 'Netzwerk Friedenskooperative' auf die Lage in der Türkei hin.³² Auf diese Weise ergibt sich die ungewöhnliche Konstellation, daß Vertreter der kapitalistischen Großindustrie und kleine in der Regel links orientierte, politische Initiativen in der Öffentlichkeit gemeinsam für die gleiche Sache eintreten.

Die Selbsteinschätzung des TÛSfAD bezüglich der Initiativen im Demokratisierungsprozeß zeigt sich anhand einer im Oktober 1999 erschienenen 15seitigen Broschüre. Unter dem Titel: 'Perspectives on Democratisation in Turkey - Progress Report 1999' schreibt Bülent Tanör, daß mittlerweile 28 der Anfang 1997 geforderten Verfassungsänderungen und Gesetze implementiert worden sind (davon 14 Modifikationen im Parteiengesetz), und weitere 17 Vorschläge derzeit im Parlament diskutiert werden. Der Autor gibt im Vorwort allerdings zu, daß manche

³⁰Der Forderung des TÛSfAD nach internationaler Intergration der Türkei ist ein separates Kapitel eingeräumt. Vgl. Kapitel 8. SCHRITTE ZUR INTERNATIONALEN INTEGRATION

³¹Die Teilnehmerlisten sind in ANNEX 12.7. aufgeführt.

³²http://www.navend.de/kurdistanheute/ist_die_tuesiad.htm;

<http://www.friedenskooperative.de/ff/ff98/1-25.htm>;

Durch Unterstützung des Ökofonds Bündnis 90/Die Grünen, DRK und Förderverein Pro Asyl ist sogar eine 78seitige Broschüre zu dem Bericht von Bülent Tanör erschienen. Vgl. A.

BURO: *Wirtschaft contra Militär in der Türkei. Aus dem TÛSfAD-Bericht »Perspektiven der Demokratisierung in der Türkei«*. Idstein: Komzi Verlags GmbH 1997.

der Gesetzesinitiativen auch aus den Bemühungen zur Angleichung der Gesetzestexte an die Verfassungsänderung aus dem Jahr 1995 herrühren.

8. SCHRITTE ZUR INTERNATIONALEN INTEGRATION

8.1. TÜSİAD GEGEN DIE REGIERUNG - INTERESSENKONFLIKT IN DEN 70ER JAHREN

Ende der 50er Jahre stellte die Türkei den Antrag auf Zulassung als assoziiertes Mitglied der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Dem Antrag wurde 1963 stattgegeben, er sah die Errichtung einer Zollunion zwischen der Türkei und der später in Europäische Union (EU) umbenannten EWG, sowie unter Umständen einen langfristig geplanten Beitritt in die EU vor. Während die Zollunion im Jahr 1995 in Kraft getreten ist, konnte der endgültige EU-Beitritt bis heute nicht erreicht werden. In den 70er Jahren scheiterte eine stärkere wirtschaftliche Integration in den Westen vor allem an Bülent Ecevit, der zwischen 1974 und 1979 dreimal den Posten des Ministerpräsidenten besetzte. Er wollte die Forderungen westlicher Wirtschaftsinstitutionen (IWF, Weltbank, EWG) nach einer Ex- und Importliberalisierung, der Konvertibilität der türkischen Inlandswährung, dem Abbau staatlicher Subventionen und einer restriktiven Geldpolitik nicht nachkommen. Ecevit verfolgte vielmehr das Ziel einer nach Autarkie strebenden, etatistisch geführten und durch Importsubstitution geprägten geschlossenen Volkswirtschaft, die keinesfalls in internationale Abhängigkeit geraten sollte. Aufgrund der durch Ecevit favorisierten Außenwirtschaftspolitik wurden gegen Ende der 70er Jahre die kritischen Stimmen der Privatwirtschaft und insbesondere des TÜSİAD immer lauter.

Als die Mitglieder des TÜSİAD im August 1971 ihr Gründungsmanifest in der türkischen Tagespresse veröffentlichten, befand sich unter den zehn postulierten „Zielen und Ansichten“ der Vereinigung die Forderung nach der Schaffung eines „in jeglicher Beziehung westlichen Staates.“ Von der expliziten Forderung nach einer institutionellen Integration der Türkei in die Europäische Gemeinschaft war allerdings noch nicht die Rede. In der Satzung des TÜSİAD aus dem Jahr 1996 ist in Artikel 3 (Tätigkeitsbereiche) der 3. Abschnitt jedoch vollständig den internationalen Beziehungen gewidmet:

3 - Internationale Integration

- a) Unterstützung der Exportförderungspolitik mit dem Ziel, die Öffnung zum Weltmarkt zu beschleunigen und den Fortbestand eines ausgewogenen, schnellen sozio-ökonomischen Wachstums zu gewährleisten;
- b) Eröffnung von Vertretungen im Auslandsmarkt und in den Handelsblöcken mit dem Ziel der Kontaktaufnahme der Geschäftswelt auf internationaler Ebene und der Intensivierung der Beziehungen;
- c) Während der Phase der Annäherung der Türkei an die EU mit betreffenden Institutionen im In- und Ausland Kontakt aufnehmen und die Sichtweisen und Vorschläge der Geschäftswelt aufzeigen;
- d) Um die Öffentlichkeit über diese Aktivitäten aufzuklären, jede Art von Kommunikation, Vertretung, Koordination und Information aktivieren.¹

Es ist nicht einsichtig, ob der 3. Abschnitt in der ersten Fassung der Satzung enthalten war, oder zu einem späteren Zeitpunkt hinzugefügt oder modifiziert worden ist. Doch bereits in den 70er Jahren forderte der Verband öffentlich Initiativen zur internationalen Einbindung des türkischen Marktes in den Westen. Auf einer TÜSİAD-Versammlung 1975 äußerte sich Vehbi Koç besorgt über die abweisende Haltung der 1974 regierenden CHP-MSP-Regierung gegenüber einem gemeinsamen internationalen Markt und betonte: „Bezüglich der Politik, der Wirtschaft, der Verteidigung und unserer Sicherheit steht die Türkei an der Seite der westlichen Welt und ist Teil Europas.“² Die Forderung des TÜSİAD nach der Integration in den europäischen Markt kann des Weiteren an der Herausgabe einiger Publikationen zu diesem Thema dokumentiert werden. Von den insgesamt 190 Publikationen veröffentlichte TÜSİAD insgesamt 14 Titel zum Themenkomplex der Europäischen Union.³ Ende der 70er Jahre wurde das internationale Engagement des TÜSİAD um eine wichtige Dimension erweitert. Unter der Leitung des TÜSİAD-Präsidenten Feyyaz Berker reiste im Jahr 1978 eine Delegation der Vereinigung in die USA, um mit ranghohen Vertretern des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Carter-Regierung Gespräche zu führen.⁴ Als Ergebnis präsentierte TÜSİAD dem Ministerpräsidenten Bülent Ecevit zu seiner offensichtlichen Verärgerung einen Bericht, in dem sich TÜSİAD darüber beklagte, daß die türkische Regierung durch ihre starre Haltung die internationale Kreditwürdigkeit maßgeblich beeinträchtigt, und daß dringend

¹ Für die türkische Fassung vgl. ANNEX 12.4.

² C. KIRA†: *Anılarıyla Patronum Vehbi Koç*. İstanbul: Milliyet Yayınları 1995, S. 231f: Siyaset, ekonomi, savunma ve güvenliğimiz bakımından Türkiye'nin yeri Batı dünyasının yanında ve Avrupa'nın içinde'dir.

³ Vgl. ANNEX 12.5.

Maßnahmen in Richtung der Öffnung zum internationalen Markt unternommen werden müßten.⁵

8.2. TÜSİAD MIT DER REGIERUNG - KOOPERATION IN DEN 80ER JAHREN

Mit Ministerpräsident Turgut Özal, der die türkische Wirtschaftspolitik seit 1980 durch Maßnahmen zur Exportorientierung prägte, spielte der Faktor internationaler Wirtschaftsbeziehungen eine wichtige Rolle. Als Konsequenz reichte die Türkei 1987 in Brüssel einen EU-Beitrittsantrag ein. Obwohl der Antrag zwei Jahre später zurückgewiesen wurde, bemühte sich Özal intensiv um eine weitere internationale Integration der Türkei und die Erschließung weiterer Absatzmärkte türkischer Exportgüter und Dienstleistungen (insbesondere im Bausektor). Im Rahmen der Aktivitäten der Regierung nahm die Funktion des TÜSİAD einen offiziellen Charakter an. Für den Zeitraum Mitte der 80er Jahre zieht M. Sönmez folgendes Resümee:

TÜSİAD begann [...] in der Außenwirtschaft eine aktive Rolle zu spielen. Der TÜSİAD-Präsident nahm bei den Jahresversammlungen der Weltbank und des IWF teil, und im Vorfeld der EWG-Vollmitgliedschaft der Türkei verhandelte Rahmi Koç im Namen des TÜSİAD mit Claude Cheysson, dem für die Türkei zuständigen Vertreter der EWG. Es ist mittlerweile Tradition geworden, daß ausländische Delegationen, welche die Türkei besuchen, auch dem TÜSİAD einen Besuch abstatten, und offizielle Auslandsreisen [der Regierung] werden in jedem Fall von einer TÜSİAD-Delegation begleitet.⁶

Die Durchsicht der Autobiographien von TÜSİAD-Funktionären bestätigt die Definition des Wirtschaftsjournalisten M. Sönmez. Rahmi Koç berichtet zum Beispiel von einem TÜSİAD-Essen zu Ehren des amerikanischen Außenministers

⁴ j. GÜLFIDAN: *Big Business and the State in Turkey*. İstanbul: Boğaziçi University Press 1993, S. 88f.

⁵ Ende der 70er Jahre wurden zwei für die Türkei wichtige 'Bereitschaftsabkommen' (Devisenzahlungen zur Überbrückung der Zahlungsbilanzkrise) des IWF abgebrochen, da Ecevit die vom IWF geforderten wirtschaftspolitischen Reformen nicht umsetzte.

⁶ M. SÖNMEZ: *Türkiye'de Holdingler. Kırk Haramiler*. Ankara: Arkadaç Yayınları⁵1992, S. 153: TÜSİAD [...] Türkiye'nin dış ekonomi ilişkilerinde aktif bir rol oynamaya başlamıştır. Dünya Bankası'nın ve IMF'nin yıllık toplantılarına TÜSİAD Başkan'ı da Türkiye Sorumlusu Claude Cheysson ile TÜSİAD adına Rahmi Koç görüşecektir. Türkiye'ye gelen yabancı ülke heyetlerinin TÜSİAD'ı ziyaretleri artık gelenek haline gelecek, resmi dış gezilerde mutlaka TÜSİAD'dan bir heyet bulunacaktır.

George Shultz, der 1986 auf dem Weg nach Ankara einen Zwischenstop in Istanbul einlegte.⁷ Sakip Sabancı, TÜSİAD-Präsident von 1987-1989, hat seinen Auslandsreisen ein komplettes Buch gewidmet. Hier berichtete er von TÜSİAD-Delegationsreisen nach Washington (Weltbank und IWF), Frankreich und der Schweiz sowie von TÜSİAD-Geschäftsreisen in der Gefolgschaft von Ministerpräsident Turgut Özal in die USA (1985) und nach Rußland (1986).⁸

Eine weitere offiziell-administrative Maßnahme zur internationalen Integration unternahm der Unternehmerverband 1988 mit seinem Beitritt in die 'Europäische Vereinigung der Industrie- und Arbeitgeberverbände (Union of Industrial and Employer's Confederation of Europe UNICE). Die 1958 gegründete UNICE vertritt in Brüssel den europäischen Industriesektor und vereinigt 35 Mitgliedsorganisationen aus 27 Ländern. Die UNICE-Mitgliedschaft gewährleistet TÜSİAD den institutionellen Kontakt mit privatwirtschaftlichen Interessensvertretern der europäischen Industrie.⁹

8.3. TÜSİAD OHNE DIE REGIERUNG - EIGENINITIATIVEN IN DEN 90ER JAHREN

Die intensiven Bemühungen verschiedener türkischer Regierungen in den 90er Jahren zumindest den Status eines EU-Beitrittskandidaten zu erhalten, wurden durch Brüssel insbesondere unter Verweis auf die Situation der Menschenrechte in der Türkei bis einschließlich 1998 nicht positiv beantwortet, was auf politischer Ebene zu erheblichen Spannungen zwischen der Türkei und Europa geführt hat. Auf dem Gipfeltreffen der EU in Helsinki (Dezember 1999) ist der Türkei schließlich der Kandidatenstatus zuerkannt worden, wobei allerdings mit großem Nachdruck betont wurde, daß dieser Status keinesfalls eine Garantie für den endgültigen EU-Beitritt der Türkei darstelle. Die Liste der geforderten Voraussetzungen für eine EU-Mitgliedschaft enthält die Wahrung der Menschenrechte, eine politische

⁷ V. KOÇ: *Hatıralarım, Görüşlerim, Öğütlerim*. İstanbul: Vehbi Koç Vakfı²1997, S. 99.

⁸ S. SABANCI: *Rusya'dan Amerika'ya. Gezdiklerim - Gördüklerim*. İstanbul: A4 Ofset 1993. 312 Seiten. Das Buch besteht aus einer Zusammenstellung einzelner Artikelserien mit Reisebeschreibungen, die Sabancı bereits zuvor auszugsweise in verschiedenen türkischen Tageszeitungen veröffentlicht hatte.

⁹ Die für TÜSİAD wichtige Funktion der UNICE-Mitgliedschaft erläutert der TÜSİAD-Präsident Erkut Yücel ausführlich in einem Interview mit der Tageszeitung DÜNYA. Vgl. A. YUMRUKALA: *AB adaylığı için uygun ortam oluşt*. In: DÜNYA, 09.11.1999, S. 10.

Lösung der Kurdenfrage und des Zypernproblems sowie die Durchsetzung einer demokratischen Staatsführung.

Im Sinne einer endgültigen Integration in den europäischen Markt versuchte TÜŞAD auch in den 90er Jahren durch internationale Aktivitäten die Dissonanzen zwischen der EU und der Türkei abzuschwächen. Zu diesbezüglichen Anstrengungen zählt etwa die Kooperation mit dem einflußreichen UNICE-Mitglied 'Bund Deutscher Unternehmer' (BDI). 1998 stattete eine BDI-Wirtschaftsdelegation unter der Führung ihres Präsidenten Olaf Henkel im Rahmen einer Türkeireise von Außenminister Klaus Kinkel dem TÜŞAD einen offiziellen Besuch ab.¹⁰ Ein Jahr später wurde das Treffen durch eine TÜŞAD-Delegation in der BDI- Geschäftsstelle in Deutschland erwidert. In der Presseerklärung vom 26.05.1999 hieß es:

Der BDI und der TÜŞAD haben es übernommen, in ihren Ländern [...] für eine Versachlichung der zeitweise hoch emotional geführten Diskussion über die Annäherung [der Türkei] an die EU und damit zu einer besseren öffentlichen Wahrnehmung der Chancen und Möglichkeiten beizutragen, die sich für unsere Länder und für die EU aus der Aufnahme der Türkei ergeben würden.¹¹

Neben der bereits Mitte der 80er Jahre einsetzenden Ausrichtung von TÜŞAD-Essen zu Ehren höchster internationaler Politiker, wie etwa im Fall des finnischen Staatspräsidenten H. M. Ahtisaari kurz vor dem EG-Gipfel in Helsinki,¹² stellt die Teilnahme des TÜŞAD bei den Minister-Konferenzen der World Trade Organization (WTO) ein weiteres Beispiel der Funktion internationaler Repräsentanz dar. Bei der Konferenz vertrat TÜŞAD als erste und einzige türkische NGO die Interessen der türkischen Privatwirtschaft.¹³

Durch derartige Aktivitäten manövriert sich TÜŞAD auf internationaler Ebene zu einem energischen Vertreter türkischer Wirtschaftsinteressen. Das Engagement hat Ende der 90er Jahre ein hohes Maß an Eigendynamik und Selbständigkeit erreicht. Wenn zu Zeiten von Ministerpräsident Turgut Özal die Auswahl der ihn begleitenden Wirtschaftsvertreter noch durch die Regierung getroffen wurde, ist

¹⁰BDI - Pressemitteilung, 14.07.1998: http://www.bdi-online.de/c094_98.htm.

¹¹Gemeinsame Presseerklärung BDI / TÜŞAD, 26.05.1999: http://www.bdi-online.de/c060_99.htm.

¹²*YücaoÊlu: Helsinki'de sürpriz beklemiyoruz* In: DÜNYA, 20.22.1999, S. 4.

¹³L. j EN: *TÜŞAD'ın WTO çakarması* In: DÜNYA, 27.11.1999, S. 2.

kurz vor dem EU-Gipfeltreffen in Helsinki 1999 - der Gipfel an dem die Entscheidung bezüglich des Beitrittskandidaten-Status der Türkei getroffen werden sollte - der TÜSİAD-Vorstand in eigener Regie zu einer Europarundreise aufgebrochen, um nach Gesprächen in Brüssel in neun weiteren Ländern eine Lobby für den EU-Beitritt der Türkei zu etablieren.¹⁴

Auch die Aktivitäten des TÜSİAD in bezug auf eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Griechenland zeigen, daß die türkische Privatwirtschaft auf der internationalen Bühne mittlerweile oftmals schneller und dynamischer als das offizielle politische Establishment reagiert, denn trotz des traditionell kühlen politischen Verhältnisses der Türkei zu Griechenland brach im November 1999 der amtierende TÜSİAD-Präsident Erkut Yücaoğlu zu einem TÜSİAD-Treffen mit dem Verband der griechischen Industrie nach Athen auf. Im Rahmen der Reise traf er sich mit dem griechischen Außenminister Yorgo Papandreu, dem Wirtschaftsminister Papandoniu sowie dem Bürgermeister von Athen zu gesonderten Gesprächen, um bessere Rahmenbedingungen für die türkisch-griechischen Wirtschaftsbeziehungen zu erwirken.¹⁵

Die Verbandsaktivitäten zur zügigen Integration in den europäischen Markt wurden durch die Errichtung einer TÜSİAD-Filiale in Europa intensiviert. Zeitgleich mit dem Beginn der Zollunion zwischen der EU und der Türkei im Jahr 1995 eröffnete der TÜSİAD ein Büro in Brüssel. Ein Jahr später bezog der Verband ein repräsentatives Gebäude im Zentrum der Stadt. Das vom UNICE-Delegierten des TÜSİAD geleitete Büro arbeitet mit einer Belegschaft von etwa 10 Personen und ist für folgende Bereiche zuständig:

- » Vertretung des türkischen Privatsektors in der EU und der UNICE.
- » Koordination von Experten des türkischen Privatsektors mit den UNICE-Arbeitsgruppen für wirtschaftliche und rechtliche Angelegenheiten und andere Gebiete wie dem internationalen Handel.
- » Information der türkischen Geschäftswelt über politische und wirtschaftliche Entwicklungen in Europa sowie über die Beziehungen zwischen Türkei und EU in Form von Bulletins, Periodika, Wissenschaftsberichten, Briefings und Konferenzen.
- » Unterstützung türkischer Unternehmen bei ihren Beziehungen zum europäischen Staats- und Privatsektor.

¹⁴TÜSİAD'ın AB çkarmas=baçl=yor. SABAH, 08.10.1999;

TÜSİAD dert anlatma turunda. SABAH, 12.10.1999.

¹⁵DÜNYA, 23.11.99, S. 2.

- » Erstellung genauer Informationen und Analysen über die Republik Türkei und deren Verbreitung an private und öffentliche Institutionen in der EU und ihrer Mitgliedsländer.¹⁶

Nach Eröffnung der Vertretung in Brüssel ist Ende der 90er Jahre unter dem Namen TÜSAD-US, Inc. ein Büro in Washington D.C. eröffnet worden. Analog zu den Zielsetzungen in Brüssel sollen durch das Büro die Wirtschaftsbeziehungen der Türkei mit den Vereinigten Staaten gefördert werden. Die Standortwahl „Washington“ wurde unter Berücksichtigung des dortigen Hauptsitzes des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank getroffen.

¹⁶TÜSAD's Brussels Office. TÜSAD - Informationsbroschüre: fstanbul, Oktober 1999, ohne Seite.

9. TÜSİAD ALS 'PROTOTYP' - NACHAHMER UND KONKURRENTEN

Nach dem Vorbild des TÜSİAD haben sich in der Folgezeit weitere Unternehmerverbände gegründet. Die Gruppierungen lassen sich nicht eindeutig branchen- oder sektorenspezifisch klassifizieren. Stattdessen spielen regionale, parteipolitische oder religiöse Interessen eine Rolle.

Unter anderem bildeten sich weniger einflußreiche Gruppierungen wie die der Nationalen Aktionspartei (*Milliyetçi Hareket Partisi*, MHP) nahestehenden 'Vereinigung Nationalistischer Industrieller und Geschäftsleute' (*Milliyetçi Sanayiçi ve İcadamlar Derneği*, MİSİAD)¹, die Initiative alewitischer Unternehmer unter dem Namen 'Vereinigung Republikanischer Industrieller und Geschäftsleute' (*Cumhuriyetçi Sanayiçi ve İcadamlar Derneği*, CİSİAD)² oder der in Deutschland etablierten 'Vereinigung türkischer Geschäftsmänner und Industrieller Europas' (*Avrupa Türk İcadamlar Derneği* ATİAD).

Die beiden folgenden Abschnitte berücksichtigen mit den regionalen SİADs, den GİADs und dem religiös motivierten MÜSİAD Unternehmerverbände, die neben TÜSİAD in der Türkei der 90er Jahre erheblich an Einfluß gewinnen konnten.

9.1. REGIONALISIERUNG ODER INTEGRATION? DIE SİADs.

Das Gebiet der Republik Türkei ist durch eine starke Disparität der industriellen Entwicklung zwischen westlichen und östlichen Landesteilen geprägt. Im Westen genügen das Ballungszentrum İstanbul, der Küstenstreifen entlang des Marmarameeres sowie die Umgebung von Izmir internationalen Maßstäben industrieller Entwicklung. Mit großen Industrieunternehmen insbesondere der Textil-, Auto-, und Elektrobranche wird hier der Großteil des türkischen Sozialproduktes erwirtschaftet. Weite Landesteile Zentralanatoliens, der Mittelmeerküste sowie der Schwarzmeerküste sind hingegen durch den Agrarsektor

¹ A.S. ASLANDA; *1980 Sonrası Dernekler*. In: *Cumhuriyet Dönemi Türkiye Ansiklopedisi*. Cilt 12. İstanbul: İletişim Yayınları 1996, S. 316.

² K. VORHOFF: *Businessmen and their Voluntary Organisations in Turkey. Between Instrumental Solidarity, Cultural Diversity, and the State*. In: G. SEUFERT; K. VORHOFF; S. YERASIMOS (eds.): *Central Intergration of Turkish Society*. İstanbul: Im Druck.

geprägt und unter infrastrukturellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten stark unterentwickelt.

Die Gründungsmitglieder des TÜSİAD bestanden aus Interessenvertretern der Großindustrie und waren fast ausschließlich im Westen des Landes, insbesondere im Großraum Istanbul angesiedelt. Obwohl TÜSİAD sich als Vereinigung türkischer Industrieller und Geschäftsleute bezeichnet, d.h. einen überregionalen Charakter aufweisen müßte, galt die Vereinigung stets als Interessenvertretung der finanzstarken Wirtschaftsunternehmen Istanbuls und seiner Umgebung. Die Tatsache, daß das Headquarter der Vereinigung von Anbeginn in Istanbul etabliert wurde und trotz steigender Mitgliederzahlen bis dato in keiner anderen türkischen Provinz oder Stadt eine Filiale eröffnet wurde, unterstreicht den regionalen Schwerpunkt.

Abgesehen von der Gründung einer weiteren freiwilligen Vereinigung von Industriellen und Geschäftsleuten der Stadt Bursa im Jahr 1978 (*Bursa Sanayicileri ve İcadamları Derneği* BUSİAD) ist es bis Mitte der 80er Jahre zu keiner weiteren Gründung einer vergleichbaren Institution gekommen.

Die Rückgabe der Macht an eine gewählte zivile Regierung im Jahr 1983 beendete das militärische „Interregnum“ seit dem Putsch von 1980. In den folgenden Jahren entwickelte sich in der Türkei das Bewußtsein für die Funktion und Position ziviler, nichtstaatlicher beziehungsweise freiwilliger Verbände und Interessengruppen. Im Zuge dieser generellen Tendenz wuchs im Umfeld kleinerer privater Wirtschaftsunternehmen in der Provinz die Kritik an der Hegemonie des TÜSİAD, der sich - laut den Kritikern - nur für die Interessen der führenden privaten Wirtschaftskonglomerate im Westen der Türkei interessiere. Konsequenterweise kam es in der Folge im gesamten Land zur Gründung regional organisierter Unternehmerverbände. Zwar waren die neu gegründeten Vereinigungen institutionell unabhängig von TÜSİAD, die Vorbildfunktion wurde aber allein schon durch die Benennung deutlich: Die Initialen für *Türk* (türkische) „TÜ“ des Akronyms TÜSİAD wurden durch die Initialen der jeweiligen Stadt oder der Region ersetzt und İAD wurde ohne Veränderung übernommen. Entsprechend der 1978 in Bursa gegründeten Vereinigung BUSİAD etablierten sich Organisationen in Antalya (ASİAD), Mersin (MESİAD) oder in Van (VANSİAD).

Nach Einsetzen der Gründungswelle Mitte der 80er Jahre hatten sich 1992 bereits 42 und 1996 insgesamt 52 S ADs etabliert.³

Im Gegensatz zu T S AD, der bezuglich der Größe und Finanzkraft seiner Mitglieder hohe Ansprüche stellt, und dessen Mitgliedszahlen folglich verhältnismäßig gering geblieben sind, rekrutieren sich die Mitglieder der einzelnen S ADs - je nach Standort - aus verhältnismäßig vielen, auch kleineren Mitgliedsunternehmen.

Abgesehen von den regionalwirtschaftlichen und lokalpolitischen Interessen sind die grundsätzlichen Forderungen der einzelnen S ADs in vielen Punkten mit denen des T S AD identisch:

- » Förderung der Privatwirtschaft bzw. des freien Unternehmergeistes.
- » Schaffung einer freien Marktwirtschaft.
- » stärkere Integration der türkischen Wirtschaft in den Weltmarkt.
- » Schaffung rechtlicher Voraussetzung für einen baldm oglichen EU-Beitritt.
- » Bekräftigung des laizistischen, demokratischen und modernen Prinzips der Republik Türkei nach den Vorstellungen Mustafa Kemal Atatürks.
- » Forcierung der Anstrengungen zur Demokratisierung des Landes.

Die Analyse der Internetseiten einzelner S ADs hat des weiteren ergeben, daß sich die Vereinigungen auch in bezug auf die Organisationsstruktur, die Aktivitäten sowie hinsichtlich der Veröffentlichungen in Form von Reporten und Periodika weitgehend am „Prototyp“ T S AD orientiert haben.⁴

Es ist davon auszugehen, daß die Gründung regionaler S ADs nicht auf Anraten oder Instruktion des T S AD, sondern aus Eigeninitiative lokaler Privatunternehmer betrieben wurde. Allerdings initiiert T S AD seit 1997 einmal jährlich einen S AD-Gipfel. Das Treffen soll der Etablierung eines Netzwerkes innerhalb der S AD-Organisationen dienen. Gleichzeitig ist jedoch anzunehmen, daß T S AD die Treffen zum Anlaß nimmt, indirekt den Einfluß bzw. den Führungsanspruch gegenüber den sich neu etablierenden Organisationen zu gewährleisten. In einer offiziellen Verlautbarung zum ersten Gipfel heißt es:

³Y. BELGE: *Anadolu'nun da T S AD'ın var*. In: YENİ YÜZYIL, 04.10.1996.
Vgl. auch ANNEX 12.8.

⁴ Der Aufruf der Internetseiten einzelner S ADs wird durch die konsequente Anlehnung an die Homepage-Adresse des T S AD (<http://www.tusiad.org.tr>) erleichtert. Vgl. www.busiad.org.tr; www.siad.org.tr; www.asiad.org.tr.

Ziel des Gipfels ist es, Vereinigungen von Industriellen und Geschäftsleuten, die sich in der Türkei für die gleichen Prinzipien und Ziele engagieren, zusammenzuführen, sowie die Grundlage für eine Plattform zur gemeinsamen, langfristigen Arbeit zu schaffen.

Der Gipfel soll keine Plattform sein, auf der sich die zusammentreffenden S ADs aufgrund gleicher Prinzipien und Ziele unter einer Dachorganisation zusammenschließen, sondern auf der die Organisationen im Rahmen konkreter Projekte zusammenarbeiten. Es ist vorgesehen, daß die am Gipfel teilnehmenden S ADs ihre eigene Unabhängigkeit bewahren.⁵

Der explizite Hinweis auf die Unabhängigkeit der einzelnen S ADs weist auf die durchaus begründete Angst vor einer „hegemonialen“ Stellung des T US AD hin. Die Initiative der S AD-Gipfel ist jedoch zu jung, um diesbezüglich langfristige Tendenzen ermitteln zu können. Festzuhalten bleibt, daß die Anzahl der an den Gipfeln teilnehmenden S ADs seit Bestehen der Initiative abgenommen hat. Der erste Gipfel wurde im Oktober 1997 in Istanbul mit 52 S AD-Organisationen veranstaltet.⁶ Das zweite Treffen fand im Dezember 1998 in Uluda  (Bursa) mit 33 S AD-Teilnehmern statt, und der dritte Gipfel wurde im Dezember 1999 mit 26 S ADs in Mersin durchgeführt.⁷

Ein Charakteristikum aller freiwilligen Unternehmerverbände in der Türkei ist ihre Organisation nach Regionen oder Einzugsgebieten und nicht nach Branchen oder Sektoren. Das gilt für den T US AD ebenso wie für die S ADs. Zwar rekrutiert sich die Mehrheit der T US AD-Mitglieder aus dem Industriesektor, doch sind gleichfalls Vertreter anderer Sektoren eingeschrieben. Insbesondere im Falle der S ADs zählen zu den Mitglieder nicht nur Industrieunternehmen. Beispielsweise stammen von den 279 Mitgliedern der ‘Vereinigung der Industriellen und Geschaftslleute aus Bursa’ (BUS AD) 44 Mitglieder aus dem Dienstleistungs- und 36 aus dem Handelssektor. Da aufgrund des inhomogenen Mitgliederprofils bei den S AD-Gipfeltreffen noch weniger ein allgemeiner Konsens bezüglich konkreter ökonomischer Forderungen

⁵ I. Zirvesi ’ne nasıl gelindi. In: <http://www.tusiad.org/turkish/organizasyon/siad.html>: Zirvenin amacı, Türkiye çapında aynı ilke ve hedefler doğrultusunda faaliyet gösteren [...] sanayii ve iadamı dernekleri biraraya getirerek, uzun vadeli bir ortak çalıřma platformunun temelini atmak olarak belirledi. Zirve, ilke ve hedeflerde birleřen S AD ’lar aynı çatı altına toplayan bir örgütlenme olarak de il, somut projeler etrafında biraraya getiren bir platform olarak tanınlandı [...] zirvelere S AD ’ların kendi bağımsız kimliklerini koruyarak katılması  ng r ld .

⁶ I. S AD Zirvesine katılan S AD ’lar Listesi. In: <http://www.tusiad.org/turkish/organizasyon/siad.html>. Für die komplette Liste der Teilnehmer vgl. ANNEX 12.8.

⁷ F. KUTLAY:  cadamlarım hem reform, hem de g rev isteyecek. In D NYA, 25.11.1999, S. 9.

gefunden werden kann, läßt sich eine ähnliche Tendenz wie bei TÜSİAD beobachten: Die Forderungen der Gipfelteilnehmer, die in Form von Mitteilungen und der Erklärung des Präsidentenrats an die Presse weitergeleitet werden, sind makroökonomisch allgemein gehalten und zielen verstärkt auf politische Reformvorschläge ab. Dies ist besonders deutlich bei den ersten beiden Gipfeln zu erkennen.⁸ Im Vorfeld des dritten Gipfels im Jahr 1999 wurde eine Befragung unter 1027 Unternehmern in 46 SİADs durchgeführt und deren Resultat in Form eines Berichts unter dem Titel 'Alternative Modellszenarien für eine Wirtschaftsreform' (*Ekonomide Reform için Alternatif Senaryo Modelleri*) der Öffentlichkeit vorgelegt. Die Ergebnisse des Berichts wurden in der Erklärung des Präsidentenrats des 3. SİAD-Gipfels aufgegriffen. Die geforderten Reformen zielten auf 5 Themenkomplexe ab:

- » Reduzierung des staatlichen Budgetdefizits.
- » Neustrukturierung der Industrie.
- » Maßnahmen zur Förderung des Humankapitals.
- » Überwindung regionaler Disparitäten.
- » Anpassung an den Weltmarkt.⁹

Ähnlich wie die Veranstaltungen des TÜSİAD (Jahresversammlungen etc.) ist auch der 3. SİAD-Gipfel von der Tagespresse aufmerksam verfolgt worden. Die Schlagzeilen gaben Kernaussagen des TÜSİAD-Präsidenten Erku Yücaoğlu und des Präsidenten des Verbandes von Mersin (MESİAD) Musa Timur in ihren Forderungen nach einer Einflußnahme und einem Mitspracherecht bei wirtschaftspolitischen Reformen wieder.¹⁰

Ein Kommentar von O. Arolat in dem Wirtschaftsblatt DÜNYA bewertete diese Forderungen als einen Aufruf zum Dialog und betrachtete die - das gesamte Land betreffenden - wirtschaftspolitischen Reformforderungen im Gegensatz zu früheren

⁸ *İçadamlarında reform kararları*. In: DÜNYA, 26.11.1999, S. 9.

⁹ *İçadamlarında reform kararları*. In: DÜNYA, 26.11.1999, S. 9.

¹⁰ *Özel kamuyu izleyecek*. In: SABAH, 26.11.1999: TÜSİAD Başkan Erku Yücaoğlu, ekonomi politikalarını başarıya ulaçabilmesi için yalnız kamunun değil bütün içverenlerin yaklaşımını benimsemesi ve ekonominin düze çıkması için gerekli sorumluğu üstlenmesi gerektiğini söyledi. Vgl. auch CUMHURİYET, HÜRRIYET, FINANSAL FORUM; *İçadamlar hem reform, hem de görev isteyecek*. In: DÜNYA, 25.11.1999, S. 9. *SİAD'lar ülkenin nabız tuttu*. In: DÜNYA, 25.11.1999, S. 1: MESİAD Başkan „Aktif rol istiyoruz.“

rent-seeking-Aktivitäten einzelner Sektoren als eine neue, positiv zu bewertende Strategie der SfADs, respektive des TÜSfAD:

Diese neue Art, Vorschläge zu unterbreiten entspricht nicht mehr so richtig dem Modell, an das unsere Politiker bis heute gewöhnt waren. [Denn] es wird ein neuer Weg vorgeschlagen, der nicht mehr auf subjektiven Interessen einzelner regionaler Kräfte abzielt. [...]
Die Haltung, die auf dem SfAD-Gipfel eingenommen wird, trägt für den Fortschritt des Landes ein hohes Potential an Vorteilen. In dem Maße, wie die Politiker es zu nutzen wissen und das Stabilitätsprogramm umsetzen, werden sie zufrieden sein.¹¹

Anhand der Stellungnahmen von TÜSfAD-Präsidenten ab dem Jahr 1986 (Ömer Dinçök, Cem Boyner, Bülent Ezcacba) ist der Anspruch der TÜSfAD-Führung nach der Partizipation am politischen Prozeß sowie das Unterbreiten branchenübergreifender, grundsätzlicher Reformen der staatlichen Wirtschaftspolitik bereits aufgezeigt worden. Die von Arolat mit „neuer Weg“ umschriebene Forderung der Privatindustrie nach allgemeiner Mitsprache in wirtschaftspolitischen Belangen kann demnach nicht als eine neue Strategie der in TÜSfAD organisierten Privatwirtschaft bezeichnet werden. Anhand der SfAD-Gipfel ist jedoch in zweierlei Hinsicht eine neue Entwicklung festzustellen. Einerseits werden die Forderungen des TÜSfAD nicht mehr als provokative Statements einzelner Răpresentanten artikuliert, sondern werden im Rahmen der SfAD-Gipfel als ein durchstrukturiertes, von Unternehmerverbänden des gesamten Landes zur Diskussion vorgelegtes Reformpaket der Öffentlichkeit vorgestellt. Andererseits ist in der Resonanz der Gesellschaft ein Wandel festzustellen: Die Öffentlichkeit beginnt, Reformvorschläge der Privatindustrie als seriöse, realistische Alternative zur staatlichen Wirtschaftspolitik wahrzunehmen. Anders formuliert, hat sich die organisierte Privatindustrie eine gesellschaftliche Position als Interessengruppe erarbeitet, die es der politischen Führung nicht mehr möglich macht, von TÜSfAD unterbreitete Vorschläge zu bagatellisieren, zu negieren oder

¹¹O. AROLAT: *İstikrar programının arkasında durmak*. In: DÜNYA, 26.11.1999, S. 3: Bu yeni öneriler düzeni, siyasilerimizin bugüne kadar alıştıkları modele pek uymuyor. Tek tek yerel etkin güçlerin öznel çıkarları adına kullanılmaya dayanmayan yeni bir yol öneriliyor. [...] SfAD Zirvesi'nde ortaya konulan tavır, ülkenin ilerlemesi açısından önemli bir potansiyel avantaj getirmektedir. Siyasiler bundan yararlanabildikleri oranda, istikrar programını hayata geçirmede rahat olurlar.

abzustrafen. Die Folge ist eine - zumindest nach außen hin signalisierte - Dialogbereitschaft der Politik.

9.2. DAS PENDANT DER JUNGUNTERNEHMER - DIE GfADS

Seit Ende der 80er Jahre haben sich nach dem Vorbild des TÜSfAD und der SfADs junge Geschäftsleute zu eigenen Unternehmerverbänden formiert. So wurde in das Akronym lediglich der Buchstabe „G“ für *genc* (jung) integriert. Zuerst wurde 1986 in Istanbul der TÜGfAD, 'Vereinigung Junger Geschäftsleute der Türkei' (*Türkiye Genç İcadamlar Derneği*) ins Leben gerufen.¹² Ferner entstand in Bursa neben BUSfAD die 'Vereinigung Aktiver Junger Geschäftsleute aus Bursa' (*Bursa Aktif Genç İcadamlar Derneği* BUGfAD)¹³ oder 1990 in Izmir die 'Vereinigung Junger Geschäftsleute der Ägäis' (*Ege Genç İcadamlar Derneği* EGfAD).¹⁴

In bezug auf die Organisationsstruktur, die Verbandsaktivitäten sowie auf das Publikationswesen sind die GfADs mit TÜSfAD und den SfADs vergleichbar. Entsprechend der Bezeichnung der Vereinigungen fällt das Mitgliederprofil der sich dynamisch und innovativ gebenden GfADs wesentlich jünger aus. Im Falle des TÜGfAD beträgt das Durchschnittsalter der 700 Mitglieder (davon 90 Frauen) im Durchschnitt 33 Jahre.¹⁵ Die Mitglieder vertreten Unternehmen aus dem Dienstleistungs-, Handels- und Industriesektor. Im Gegensatz zu TÜSfAD sind hier auch mittlere und kleinere Unternehmen organisiert. Die Schwerpunkte der GfADs liegen in der Schaffung besserer Voraussetzung der Berufsbildung sowie der Vergabe von Stipendien und der Ausbildung von Fachkräften. TÜGfAD setzt sich zudem stark für den Beitritt der Türkei in die EU ein.

In bezug auf die Mitgliedschaft stehen die Unternehmerverbände TÜSfAD, SfAD und GfAD im übrigen nicht in gegenseitiger Konkurrenz. Die Mitgliedschaft ist nicht dem Prinzip der Ausschließlichkeit verpflichtet. Ein Geschäftsmann kann in mehreren Verbänden gleichzeitig organisiert sein. Um ein Beispiel unter vielen zu

¹²Vgl. <http://www.tugiad.org.tr>.

¹³Vgl. <http://www.bugiad.org.tr>.

¹⁴Vgl. <http://www.egiad.org.tr>.

¹⁵Vgl. <http://www.tugiad.org.tr/html/hakkinda.html>.

nennen, ist das TÜŞAD-Gründungsmitglied Selçuk Yaçar gleichzeitig Vorsitzender der Beratenden Versammlung des EŞAD.

9.3. MÜŞAD ODER DIE KOMPONENTE DER RELIGION

Am 5. Mai 1990 wurde in Istanbul von 12 Vertretern der Privatindustrie die 'Vereinigung unabhängiger Industrieller und Geschäftsleute (*Müstakil Sanayici ve İcadamlar Derneği*, MÜŞAD) gegründet. Trotz der analogen Benennung steht diese Vereinigung in keinem institutionellen Zusammenhang mit TÜŞAD oder den ŞADs, sondern ist - mit Einschränkungen - als Reaktion kleinerer, konservativ-nationalistischer Unternehmer in der Provinz auf die wirtschaftliche Vormachtstellung der Großindustrie in den Ballungszentren des Westens zu betrachten.

Ayşe BuÉra definiert sowohl MÜŞAD als auch TÜŞAD als „agents of class, solidarity and hegemony.“ Während TÜŞAD für die sozio-ökonomische Gruppe der sich als Folge der Industrialisierung gebildeten Bourgeoisie eintrete, verfolge MÜŞAD jedoch eine „strategie in which a certain interpretation of Islam is used as resource to bind the businessmen whom it represents into a coherent community and to represent their economic interest as an integral component of an ideological mission.“¹⁶ Das Akronym MÜŞAD ist dementsprechend bewußt doppeldeutig gestaltet, da die amtliche Bedeutung der Initialen MÜ für *müstakil* (frei) gleichzeitig als *müslim* (Muslim) gelesen werden kann. Offiziell gliedert MÜŞAD seine Zielsetzungen in folgende Punkte:

- » Probleme bezüglich der türkischen Wirtschaft feststellen und unter Berücksichtigung globaler Entwicklungen Lösungen finden, die mit der sozio-kulturellen Struktur und dem Glauben (*inanç*) im Einklang stehen;
- » Schaffung einer Gesellschaft, die wirtschaftlich und sozial moralisch handelt und trotz des Wettbewerbs die Harmonie bewahrt;
- » Neben der ökonomischen und technischen Dimension des Aufschwungs müssen auch die sozio-kulturellen Grundlagen erforscht werden;
- » Untersuchung der internationalen Wirtschaftsgefüge, Definition der Hauptströmungen und deren Transformation in eine für das eigene Land anwendbare Form.

¹⁶A. BUÉRA: *Class, Culture, and State: An Analysis of Interest Representation by two Turkish Business Associations*. In: International Journal of Middle East Studies 30 (1998), S. 522.

- » Zur Erlangung internationaler Konkurrenzfähigkeit auf dem Gebiet der Technik, der Ökonomie und des Managements Fachkräfte ausbilden.¹⁷

Des Weiteren zählen zu den von MÜSİAD postulierten Zielen die für jede wirtschaftspolitische NGO charakteristische Forderung nach koordinierter Zusammenarbeit mit der Regierung, der Lokalverwaltung, den Gewerkschaften, den Universitäten sowie mit freiwilligen Kultur-Organisationen (*Gönüllü Kültür Teçekkülleri*).

Die Gründung des MÜSİAD fällt in eine Periode der Republik Türkei, in der islamisch orientierte Gruppierungen auf politischer, kultureller und wirtschaftlicher Ebene in professionell organisierter Form ein immer evidenterer Faktor des öffentlichen Lebens wurden. Nach den Kommunalwahlen 1994 stellte die proislamische Wohlfahrtspartei (*Refah Partisi*, RP) die Bürgermeister von Ankara und Istanbul. Ein Jahr später ging die RP aus den Parlamentswahlen als stärkste Partei hervor und bildete 1996 mit der Partei des Rechten Weges (DYP) eine Regierungskoalition. Zum Teil unterstützt von islamischen Bruderschaften, expandierten insbesondere in größeren Städten West- und Zentralanadolien privatwirtschaftliche Unternehmen, die eine Geschäftspraxis entsprechend den Vorgaben des Islams propagierten.¹⁸ Zur Finanzierung ihrer Unternehmen machten sich die Geschäftsleute die Gesellschaftsstruktur der anatolischen Bevölkerung zu Nutze. Neben dem grundsätzlichen Mißtrauen gegenüber Staatsinstitutionen ist der Verhaltenskodex breiter Bevölkerungsschichten in der anatolischen Provinz durch islamisch geprägte Strukturen bestimmt. Das Solidarsystem wird durch den Rückhalt in der Familie und dem sozialen Umfeld gewährleistet. Außerdem werden aufgrund des durch den Koran ausgesprochenen Zinsverbotes die Banken gemieden. Stattdessen legt man sein Geld in Goldschmuck oder Hartwährung „unter der Matratze“ an. Geschäftsleute haben sich dieses tote Kapital zu Nutze gemacht und „Gesellschaften mit vielen Teilhabern“ (*çok ortaklı şirketler*) gegründet. Zur Finanzierung ihrer Investitionen gingen die Unternehmer nicht an die Börse oder nahmen Bankkredite in Anspruch, sondern sammelten bei anatolischen Familien Kapital, indem sie den potentiellen Kleinaktionären statt der verpönten Zinsen eine

¹⁷<http://www.musiad.org.tr/musiad.html>.

¹⁸Vgl. F. BULUT: *Tarikat Sermayesinin Yükselişi*. Ankara: Doruk Yayınları 21997;

Gewinnbeteiligung versprochen. Auf diese Weise sind in einem Zeitraum von 10 Jahren riesige Holdings entstanden, die - in Anlehnung an den Wirtschaftsboom der Tigerstaaten - als „Anatolische Löwen“ bezeichnet wurden. Das wichtigste Ballungszentrum der aufgrund ihrer proislamischen Rhetorik als Unternehmen das „grünen Kapitals“ bezeichneten Holdings befindet sich in Konya.¹⁹

Die Frage, inwieweit die Geschäftspraxis der Firmen neben der Ablehnung der Zinsnahme als explizit „islamisch“ bezeichnet werden kann, bleibt jedoch unbeantwortet. Auch der MÜSIAD-Gründungspräsident verliert sich diesbezüglich in verallgemeinernde Aussagen: „Wir achten vor allem darauf, daß unsere Mitarbeiter sich anständig und der Religion entsprechend verhalten.“²⁰ Ein auffallendes Charakteristikum der proislamisch geführten Unternehmen ist jedoch die Kooperation und Solidarität untereinander. Wegen Preisabsprachen und interner Auftragsvergabe sehen sich die Firmen regelmäßig dem Vorwurf der Wettbewerbsverzerrung und der Kartellbildung ausgesetzt.

MÜSIAD, dessen Zentrale sich in Istanbul befindet, ist ein wichtiges Instrument zur Koordination und Förderung der proislamischen Unternehmen. Mittlerweile verfügt MÜSIAD über 27 Filialen in der Türkei. Bereits wenige Jahre nach der Gründung wies der MÜSIAD ein schnell anwachsendes Mitgliederprofil auf: Die bis 1995 erreichte Mitgliederanzahl von 1717 Personen erhöhte sich bis 1997 auf 2896 Einträge. Die Unternehmen von 851 Mitgliedern sind in Istanbul angesiedelt. Die verbleibenden Mitglieder verteilen sich auf 52 weitere Städte und gewährleisten ein das gesamte Gebiet der Türkei abdeckendes MÜSIAD-Netz. Der Großteil der in MÜSIAD organisierten Unternehmen besteht aus kleineren Betrieben mit unter 50 Mitarbeitern. Allerdings waren 1995 gleichfalls 169 Unternehmen mit mindestens 100 Beschäftigten als MÜSIAD-Mitglieder gemeldet. Ein Charakteristikum der Unternehmensstruktur besteht in der Überzahl relativ junger Firmen: 1995 waren 739 der in MÜSIAD vertretenen Firmen nach 1980 und 579

Ü. KIVAN†: *İslamçılar & Para-Pul: Bir Dönüşüm Hikayesi*. In: BİRİKİM 99 (Temmuz 1997), S. 39-58; K. CAN: *Yecil Sermaye Laik Sistemine Ne Yaptı?* In: BİRİKİM 99 (Temmuz 1997), S. 59-66.

¹⁹Zu den bekanntesten Holdings aus Konya gehört die İHLAS Holding (25.000 Kleinaktionäre). Mit 29 Unternehmen in den Branchen Nahrungsmittel, Handel und Maschinen macht die Holding einen Jahresumsatz von 180 Mio. DM. Ebenfalls in Konya angesiedelt ist die KOMBASSAN Holding (40.000 Kleinaktionäre) mit 1,8 Mrd. DM Jahresumsatz. Die aus Yozgat stammende YEMPAİ-Holding (50.000 Aktionäre) weist einen Jahresumsatz von einer Milliarde DM auf und hat 1998 einen Bruttogewinn von 105 Mio. DM erwirtschaftet. Vgl. R. HERMANN: *Anatoliens Kleinsparer und ihr Matratzengeld*. In: FAZ, 30.04.1999, S. 15.

erst nach 1990 gegründet worden. Auch MÜŞAD ist keine branchen- oder sektorenspezifische Interessengruppe. Der Dienstleistungssektor, die Exportwirtschaft und Autoindustrie sind genauso vertreten wie die Nahrungsmittelindustrie und die Chemie- Eisen- und Stahlindustrie. Eine relativ große Anzahl der Unternehmen ist im Bausektor sowie im Bereich Textil und Leder tätig.²¹

In bezug auf das Mitgliederprofil und die Organisationsstrukturen weisen TÜŞAD und MÜŞAD wesentliche Unterschiede auf. Im Gegensatz zur TÜŞAD, der eine Mitgliedschaft nur finanzstarken, einflußreichen Unternehmen gewährt, und dessen Mitgliedszahlen im Laufe seines 30jährigen Bestehens die Marke von 500 Personen nie überschritten hat, konnte MÜŞAD innerhalb von sieben Jahren die sechsfache Mitgliederzahl erreichen. Die Folge dieser Mitgliederstruktur sind eher kleinere Unternehmen, die im Gegensatz zum TÜŞAD nicht die regionale Konzentration im Westen der Türkei, insbesondere Istanbul, aufweisen, sondern sich über das ganze Land verteilen. TÜŞAD betreibt neben seinem Headquarter in Istanbul lediglich ein Büro in Ankara zur Kontaktierung mit dem politischen Establishment. MÜŞAD dagegen hat zur Betreuung seiner Mitglieder mittlerweile 29 gleichmäßig über das Land verstreute Filialen eröffnet. In der zweimonatlich erscheinenden MÜŞAD-Publikation *Bülten* (Bulletin) wird etwa die Hälfte der 120 Seiten umfassenden Zeitschrift der Beschreibung der Aktivitäten einzelner Filialen eingeräumt. Der regionale und nationale Zusammenhalt der Mitglieder wird durch unterschiedliche Unternehmungen gefördert, welche im Rahmen des gemeinsamen Identifikationsmuster „Islam“ die gegenseitige Solidarität und das Vertrauen fördern sollen. Neben regelmäßig - vornehmlich freitags - abgehaltenen Informations- und Vortragsveranstaltungen werden gemeinsame Freizeitaktivitäten wie Wandertage und Piknikausflüge organisiert. Ein weiteres Merkmal der Basisarbeit des MÜŞAD sind seit 1997 jährlich veranstaltete internationale Verbrauchermessen, bei denen unter dem Motto einer religiös einwandfreien, moralischen und sauberen Wirtschaftspraxis an den MÜŞAD gebundene Unternehmen der islamischen Gemeinschaft ihre Produkte präsentieren. Die in İzmir oder İstanbul durchgeführten

²⁰H.J. GINSBURG: *Wie ein Kreuz* In: Wirtschaftswoche, 19.9.1996, S. 51.

²¹A. BUÉRA: *Islam in Economic Organizations*. İstanbul: Türkiye Ekonomik ve Sosyal Etüdler Vakfı 1999, S. 20f, 69-78. Die Autorin stützt sich bei der Zusammenstellung der genannten Daten zum Mitgliederprofil im Wesentlichen auf zwei Publikationen des MÜŞAD: *MÜŞAD Firm Presentation Catalogue 1995*; *MÜŞAD Agenda 1997*.

Messen werden publikumswirksam durchgeführt und erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Bei der 1999 in Istanbul veranstalteten Messe stellten sich 250 Firmen den laut Pressemeldungen 150.000 erwarteten internationalen Geschäftsleuten und Konsumenten vor.²²

Der MÜSİAD bezieht im Gegensatz zu TÜSİAD keine eindeutige Stellung für einen EU-Beitritt der Türkei. Entsprechend der allgemeinen Argumentationslinie populärer islamischer und islamistischer Überzeugungen führt das kapitalistische System des Westens zum Werteverfall und zu Chaos. Erol Yazar, MÜSİAD-Präsident von 1990-1999, schreibt, daß die „so called rationalist, Cartesian philosophy [that] has drawn individual and social life into chaos by rejecting the value and existence of what cannot be measured or calculated. This overturn of religious values, and their replacement by secular ‘morality’ transformed *homo sapiens* into *homo brutalis*.“ Konsequenter schlägt MÜSİAD in einer Publikation mit dem Untertitel ‘*homo islamicus*’ eine unter Verwendung von Schlagwörtern wie ‘Solidarität’, ‘Gerechtigkeit’, ‘Wohlfahrt’ und ‘Zinsverbot’ konzipierte Alternative nach dem Vorbild der Geschäftspraxis des Propheten Muhammads vor.²³ In makroökonomischer Hinsicht propagiert man in der Regel das idealtypische Modell des japanischen Wirtschaftswachstums, nach dem der konkurrenzfähige Anschluß Japans an die Weltwirtschaft zuwege gebracht wurde, ohne daß die japanische Bevölkerung ihre kulturelle Identität hätte aufgeben müssen.²⁴

MÜSİAD betreibt eine intensive Bündnispolitik mit islamischen Staaten. Diese Orientierung wird insbesondere deutlich durch die von MÜSİAD organisierten kollektiven Auslandsreisen von Verbandsmitgliedern vornehmlich nach Pakistan, Iran und Ägypten, in südöstliche Länder (Indonesien, Malaysia) oder zu den Turkstaaten Zentralasiens (Usbekistan, Kasachstan, Kirgisistan). Die Orientierung der in MÜSİAD organisierten Unternehmen in Richtung islamisch geprägter Länder bedeutet allerdings nicht, daß keine Geschäftsbeziehungen mit westlichen

²²MÜSİAD 7. Uluslararası Fuarı, 14-17.10.1999. In: YENİ İFAK, 14.10.1999. 22seitige Beilage.

²³Siehe hierzu: A. BUÉRA: *Islam in Economic Organizations*. İstanbul: Türkiye Ekonomik ve Sosyal Etüdler Vakfı 1999, S. 26f.

²⁴M. ÖZEL: *Devlet, Kültür, Ekonomi*. In: İERİVE 24 (Mayıs 1999), S. 55-64.
İERİVE (Rahmen) ist eine von MÜSİAD herausgegebene dreimonatlich erscheinende Zeitschrift, die - im Gegensatz zur eher verbandsinternen Zeitschrift BÜLTEN - umfassendere Themenkomplexe in Form einzelner Artikel verschiedener Autoren behandelt.

Ländern unterhalten werden. Besonders für die Textil-, Leder-, oder Elektroindustrie ist Europa ein wichtiger Absatzmarkt.

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal gegenüber TÜSİAD liegt in der Kooperation mit politischen Parteien. Während TÜSİAD grundsätzlich versucht hat, als Interessenverband in der Öffentlichkeit überparteilich zu agieren, ist die Verbindung des MÜSİAD mit der von Necmettin Erbakan geführten proislamischen Wohlfahrtspartei RP immer offensichtlich gewesen. Die schnelle Expansion des MÜSİAD zu Zeiten des politischen Erfolgskurses der RP,²⁵ die 1996 zur Ministerpräsidentenschaft von Erbakan führte, ist hierfür genauso ein Indiz wie die politische Isolation des MÜSİAD nach dem Rücktritt Erbakans und die Schließung seiner Partei 1997. Laut den Verantwortlichen des Verbandes lädt MÜSİAD grundsätzlich Vertreter aller politischen Parteien zu seinen Veranstaltungen ein. Von den großen Parteien zeigt sich jedoch lediglich die RP-Nachfolgerin Tugendpartei (*Fazilet Partisi*, FP) kooperativ.²⁶

Karin Vorhoff, von der die aktuellste Analyse des MÜSİAD stammt, definiert die Position des MÜSİAD gegenüber TÜSİAD zusammenfassend als:

[...] a coded protest against the industrial and commercial „establishment“ and against a type of economic activity that a faithful Muslim and principled human being would never engage in: instead of qualitative industrial production, quick profit seeking and speculative investment has been encouraged; instead of the KOBİ,* which constituted an immense potential of Turkey's development, the state has continued to support monopolistic capitalists.²⁷

Seitdem sich der durch Militär und Politik forcierte Druck gegen proislamische Organisationen, Parteien und Unternehmen ab Anfang 1999 verstärkt hat, ist die proislamische Rhetorik des MÜSİAD vorsichtiger geworden. Der Gründungspräsident Erol Yazar ist durch das Staatssicherheitsgericht unter Anwendung des Paragraphen 312/2 des Türkische Strafgesetzbuches (Aufwiegelung des Volkes zu Rassismus und Feindschaft) zu einer hohen

²⁵N. BİLGİN: *İmdi MÜSİAD'a üyelik moda*. In YENİ YÜZYIL, 13.08.1996.

²⁶K. VORHOFF: *Businessmen and their Voluntary Organisations in Turkey. Between Instrumental Solidarity, Cultural Diversity, and the State*. In: G. SEUFERT; K. VORHOFF; S. YERASIMOS (eds.): *Central Integration of Turkish Society*. İstanbul: Im Druck.

* Kleine und mittelgroße Unternehmen (*Küçük ve Orta Boy İşletmeleri KOBİ*)

Geldstrafe und einem Jahr Haft verurteilt worden.²⁸ Im Rahmen der Anklage gegen Yerar wurde durch die Staatsanwaltschaft gleichfalls die Schließung des MÜŞAD beantragt. Es kam zwar nicht zur Schließung der Vereinigung, doch hat Yerar Anfang 1999 die MÜŞAD-Präsidentschaft an Ali BayramoĖlu weitergegeben.²⁹ Derart in die Defensive gedrängt, versucht MÜŞAD seitdem, den religiösen Faktor zugunsten einer rein wirtschaftlichen Argumentation zu neutralisieren. In diesem Sinne sind Äußerungen BayramoĖlus zu werten, bei denen er sich gegen die mittlerweile im allgemeinen Sprachgebrauch verwendeten Begriffe „grünes Kapital“ (*yeĖil sermaye*) und *İslami Holding* zur Wehr setzt.³⁰

²⁷K. VORHOFF: *Businessmen and their Voluntary Organisations in Turkey*.

²⁸MÜŞAD'a kapatma davası In: CUMHURİYET, 25.05.1998, S. 1.

²⁹R. BAĖ : *BaĖkan Erol Yerar MÜŞAD'i bıraktı*. In: EKONOMİST, 09.05.1999, S. 42f.

³⁰N. ÖZKAN: *MÜŞAD: Sermayeyi renklendirmeyin*. In: HAFTALIK DÜNYA, 17.03-23.03.2000, S. 3.

10. RESÜMEE

Zur Zeit des ausgehenden Osmanischen Reiches und in den ersten 50 Jahren der Republik Türkei wurden alle Wirtschaftsorganisationen durch den zentralistisch und etatistisch geführten Staat initiiert, gegründet und kontrolliert. Die dem Prinzip des Korporativismus verpflichteten Kammern stellten keine Interessenvertretung der Privatwirtschaft gegenüber der Regierung im eigentlichen Sinne dar, sondern waren vielmehr ein von den zuständigen Ministerien kontrolliertes Instrument zur Umsetzung der Direktiven staatlicher Wirtschaftspolitik.

Mit der Vereinigung türkischer Industrieller und Geschäftsleute (*Türk Sanayici ve İktisadî Derneği*, TÜSİAD) gründete sich 1971 in der Türkei die erste selbständig organisierte Interessengruppe der Privatwirtschaft. Im Vergleich zu den Kammerorganisationen wies der neue Unternehmerverband grundsätzliche Unterschiede auf. Der TÜSİAD ist eine freiwillig organisierte juristische Person im Sinne des Privatrechts, die nicht an staatliche Organe gebunden ist. Im Gegensatz zu den Kammern, die als Körperschaft des öffentlichen Rechts organisiert sind, ist die Mitgliedschaft türkischer Unternehmen bei TÜSİAD nicht obligatorisch.

Die Gründer - überwiegend Vertreter der privatwirtschaftlichen Großindustrie aus dem Großraum Istanbul - gaben für ihre Vereinigung folgende Zielsetzungen an:

- » Politische Stabilität als Grundvoraussetzung wirtschaftlicher Entwicklung.
- » Modernisierung des Staates nach dem Vorbild westlicher Kriterien einer laizistischen, demokratischen, pluralistischen Zivilgesellschaft.
- » Begrenzung der Dominanz der Staatsbetriebe zugunsten der Förderung des privatwirtschaftlichen Unternehmergeistes.
- » Eindämmung der radikalen, insbesondere linksgerichteten politischen Gruppierungen, die die innere Sicherheit des Landes gefährden.

Die Gründungsmotive erweisen sich bei genauerer Betrachtung jedoch als weitaus vielschichtiger, als dies durch die Erklärungen im offiziellen Gründungsmanifest deutlich gemacht wurde. Weitere Beweggründe sind auf die Unzulänglichkeiten des türkischen Kammerwesens zurückzuführen: Einerseits war es innerhalb des Dachverbandes aller Kammern (TOBB) den Vertretern des Industriesektors nicht möglich, insbesondere in bezug auf das Importregime eigene Interessen gegenüber den dominierenden Handelskammern durchzusetzen. Hinzu kam ein gravierender Einflußverlust der TOBB, als den Kammern Anfang der 70er Jahre weitreichende

Entscheidungskompetenzen in bezug auf Devisenverteilung und Importlisten entzogen wurden. Andererseits konnte die wachsende Kritik türkischer Unternehmer an der staatlichen Wirtschaftspolitik aus den Reihen der staatlich kontrollierten Kammern nicht in der Schärfe artikuliert werden, wie es aus der Position einer freien, unabhängigen Interessengruppierung heraus möglich erschien. Darüber hinaus haben sicherlich auch Überlegungen der „Imagepflege“ eine Rolle gespielt. TÜSİAD ist der Versuch, den traditionell mißtrauischen Vorbehalten der Bevölkerung gegenüber Vertretern der wohlhabenden, reichen Bourgeoisie entgegenzutreten. Insofern ist die Gründung auch als institutionelle Antwort des wachsenden Drucks gewerkschaftlicher und linksorientierter Gruppen zu sehen.

Die Strategie und Effektivität der Einflußnahme des TÜSİAD auf den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozeß der Republik Türkei wird anhand von drei Varianten mit verschiedenem Wirkungsgrad deutlich: Die direkte Kontaktaufnahme beim Ministerpräsidenten, die Erzeugung öffentlichen Drucks durch Medienkampagnen und die Erstellung eigener Publikationen und deren Verbreitung. Der direkte Kontakt zum Ministerpräsidenten wird laut Umfragen als die effektivste Variante der Einflußnahme angesehen. Die Durchsicht der Autobiographien führender TÜSİAD-Repräsentanten bestätigt zudem den persönlichen Kontakt der Unternehmer zum politischen Establishment. Trotzdem kann daraus per se nicht auf eine weitreichende Einflußnahme des TÜSİAD auf den Ministerpräsidenten und damit auf die Wirtschaftspolitik geschlossen werden. Es muß hingegen davon ausgegangen werden, daß die Unternehmer ihre Kontakte zu führenden Politikern nicht immer als offizielle TÜSİAD-Delegierte, sondern häufig zum Vorteil der eigenen Person bzw. des eigenen Unternehmen wahrnehmen. Die These der begrenzten Effektivität der direkten Einflußnahme auf den Ministerpräsidenten wird durch zwei weitere Tatsachen gestützt. Einerseits zeigten sich die Ministerpräsidenten der 70er Jahre TÜSİAD gegenüber sehr distanziert und zogen Kontakte zu den Kammern vor. Darüber hinaus konnte in den 80er Jahren selbst durch die Ministerpräsidentschaft des ehemaligen TÜSİAD-Mitglieds Turgut Özal die Einflußnahme des TÜSİAD auf die Gestaltung der Wirtschaftspolitik nicht gewährleistet werden. Zwar war die von Özal 1980 durchgeführte Reform der Wirtschaftspolitik von der importsubstituierenden Industrialisierung zu einem exportorientierten Wirtschaftswachstum sicherlich im Sinne der meisten TÜSİAD-Mitglieder. Doch führte deren kompromißlose

Umsetzung durch Özal gegen Ende der 80er Jahre zu wachsender Kritik des TÜSİAD, da aufgrund steigender Inflation, hoher Zinsen sowie durch immense Staatsausgaben die Investitionen im privaten Industriesektor verhindert wurden. Die Gründergeneration der TÜSİAD-Führung wurde ab 1986 von deren Söhnen sowie von jungen Managern abgelöst. Die neue Führung prangerte auf Pressekonferenzen die Wirtschaftspolitik der Regierung an. Die Vorstöße der TÜSİAD-Präsidenten Ömer Dinçök und Cem Boyner führten zu öffentlich ausgetragenen, nicht selten polemisierenden Konfrontationen zwischen den provozierend agierenden TÜSİAD-Präsidenten und der Regierung. Özal verwehrte sich daraufhin öffentlich gegen die Einmischung der Großunternehmer in die Wirtschaftspolitik.

Eine neue Strategie des TÜSİAD hatte ihren Ursprung in den Grenzen der Einflußnahme auf den Ministerpräsidenten der CHP-Regierung Bülent Ecevit, der sich Ende der 70er Jahre trotz der desolaten Wirtschaftslage des Landes in bezug auf eine Modifikation seines Wirtschaftsprogrammes als absolut inflexibel zeigte. Dies veranlaßte den TÜSİAD zu einer neuen Variante der Einflußnahme. Durch die Schaltung ganzseitiger Zeitungsanzeigen Anfang 1979 forderte der Unternehmerverband vom Staat Maßnahmen zur Bekämpfung der Inflation, zur Liberalisierung des Außenhandels und zur Förderung der Privatindustrie. Ministerpräsident Bülent Ecevit trat kurze Zeit darauf zurück. Der Rücktritt ist sicherlich nicht allein auf die Anzeigenkampagne zurückzuführen, doch muß solch ein direkter, öffentlich artikulierter Affront gegen die Regierung als ein Novum bezeichnet werden. Von der Möglichkeit, durch Nutzung der Medien die Öffentlichkeit über Forderungen des TÜSİAD in Kenntnis zu setzen und damit Druck auf die politischen Entscheidungsträger auszuüben, wurde aufgrund des - nach Ansicht des TÜSİAD - verfehlten Wirtschaftsprogramms der Özal-Regierung ab Mitte der 80er Jahre wieder verstärkt Gebrauch gemacht. Wie im Zusammenhang mit der Einflußnahme auf den Ministerpräsidenten geschildert, waren die oftmals von Polemik durchsetzten Interventionen der TÜSİAD-Führung jedoch eher kontraproduktiv, da sie lediglich in einem Schlagabtausch gegenseitiger Vorwürfe endeten, in dessen Rahmen sich die bis 1991 regierende Mutterlandspartei in ihrem politischen Selbstverständnis behauptete.

Die dritte und nachhaltigste Strategie des TÜSİAD besteht in dem konsequenten Ausbau des verbandseigenen Publikationswesens: Im Zeitraum von 1971 bis 1999 wurden insgesamt 190 Publikationen veröffentlicht. Die Analyse der quantitativen

und inhaltlichen Entwicklung der Veröffentlichungen zeigt, daß die Publikationstätigkeit seit 1986 nicht nur expandierte, sondern daß seit Anfang der 90er Jahre auch eine Diversifikation der behandelten Themenkomplexe zu beobachten ist. Die Ausweitung der anfangs vornehmlich ökonomischen Themen erstreckt sich neben Abhandlungen zum türkischen Bildungswesen vor allem auf politische Sachfragen, insbesondere zur türkischen Staatsverwaltung, dem Wahlsystem, der Parteienlandschaft, dem Rechtssystem sowie den Menschenrechten. Die Vereinigung erlangte mit diesen Berichten, die nicht von TÜŞAD-Angestellten, sondern von extern beauftragten, teilweise prominenten Wissenschaftlern erstellt wurden, ein hohes Maß an öffentlicher Aufmerksamkeit. Direkten Angriffen seitens der Politik konnte mit dem Verweis aus dem Weg gegangen werden, daß es sich bei den Berichten lediglich um das Ergebnis einer neutralen, wissenschaftlichen Untersuchung handle, die nicht unbedingt die Überzeugung des TÜŞAD per se wiedergeben müsse. Daß dieses Kalkül aufgegangen ist, konnte anhand der Reaktionen der Öffentlichkeit und der Politik auf den 1997 erschienenen TÜŞAD-Report zu den „Perspektiven der Demokratisierung in der Türkei“ veranschaulicht werden.

TÜŞAD gelang es im Lauf der 90er Jahre sich in eine Position zu manövrieren, die es ihm erlaubte, prominente Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und der Bürokratie zur öffentlichen Erörterung politischer Sachverhalte an einen Tisch zu bitten. Anhand der Reaktionen auf die seit 1997 jährlich veranstalteten Gipfel zur Koordination zwischen TÜŞAD und den regionalen Unternehmerverbänden (ŞADs) läßt sich des weiteren ablesen, daß in der Rezeption und Resonanz der türkischen Gesellschaft auf die Initiativen des TÜŞAD gleichfalls ein Wandel einsetzte: Die Öffentlichkeit begann, Reformvorschläge des TÜŞAD als ernstzunehmende, realistische Alternative zur staatlichen Wirtschaftspolitik wahrzunehmen. Der politischen Führung war es nicht mehr möglich, von TÜŞAD unterbreitete Kritik oder entsprechende Vorschläge zu bagatellisieren, zu negieren oder abzustrafen. Die Folge ist eine - zumindest nach außen hin signalisierte - Dialogbereitschaft der Politik, die in den 70er und 80er Jahren in dieser Form noch undenkbar gewesen wäre.

Als weiteres Indiz für diese Entwicklung ist die Tatsache zu werten, daß an den Generalversammlungen des TÜŞAD oder den Jahresversammlungen des Rats der Hohen Beratenden Versammlung (*Yüksek İsticare Konseyi toplantıları*), mittlerweile

regelmäßig Regierungsvertreter auf Ministerebene teilnehmen. Der stellvertretende Ministerpräsident Bülent Ecevit, der seit Gründung des TÜSİAD der traditionelle Gegner der Initiative des privaten Unternehmerverbandes war, hat die Sachlage bei einer TÜSİAD-Versammlung 1998 auf den Punkt gebracht:

Wir beobachten große Veränderungen in unserer Gesellschaft. Die Probleme des Landes werden nicht nur von den Politikern, sondern in allen Gruppierungen besprochen. [...] Die Probleme des Landes sind nicht nur die Probleme der Politiker, sondern auch die des Volkes und der Geschäftsleute.¹

Die wachsende Unabhängigkeit und die Loslösung von staatlicher Autorität ist ebenfalls in der von TÜSİAD entwickelten Dynamik auf der internationalen Bühne zu erkennen: TÜSİAD tritt vehement für die Integration der türkischen Wirtschaft in den internationalen Markt ein und hat den EU-Beitritt der Türkei zu seinem Steckenpferd gemacht. Hilfreich hierbei ist die Eröffnung eigener TÜSİAD-Büros in Brüssel und Washington.

Für den Versuch einer Bewertung und Einordnung der Entwicklung des TÜSİAD in den gesamtgesellschaftlichen Kontext ist schließlich folgendes zu berücksichtigen:

Ausgehend von einer Initiative der Vertreter des Industriesektors zur Ausweitung ihres Einflusses auf den Staat im Kontext des *rent-seeking*-Verfahrens hat der TÜSİAD im weiteren Verlauf seine Aktionsfelder auf politische und gesellschaftliche Bereiche ausgeweitet und ist zu einer landesweit einflussreichen NGO avanciert, die sich das Recht vorbehält, in jedwede Angelegenheiten des Landes zu intervenieren. Dabei insistiert die TÜSİAD-Führung grundsätzlich darauf, daß jede ihrer Aktivitäten ausschließlich dem Nutzen der Allgemeinheit diene und das Wohl der gesamten türkischen Nation zum Ziel habe. Ein Blick hinter die Fassade macht deutlich, daß der eigene Vorteil dabei nicht zu kurz kommt. Hinter den Forderungen zur Demokratisierung der Türkei, zur Reformierung des Rechtswesens, zur politischen Lösung der Kurdenfrage und zur Wahrung der Menschenrechte stehen zweifellos rein wirtschaftlich motivierte Zielsetzungen. TÜSİAD geht es letztendlich um die Angleichung an internationale

¹ Ecevit TÜSİAD'la barıştı In CUMHURİYET, 19.06.1998, S. 7: Toplumuzda büyük deİicikler görüyoruz. Ülke sorunlar sadece siyasetçiler tarafından deİil, her kesim tarafından konuşuluyor. [...] Ülke sorunlar sadece siyasetçinin deİil halkın, icadamların sorunu.

Normen und Standards sowie die Überwindung bürokratischer und politischer Hürden zur Realisierung besserer Voraussetzung für eine gleichberechtigte Partizipation am internationalen Wettbewerb. Die hiermit einhergehende Forderung nach innenpolitischer Stabilität ist Prämisse für die internationale Kreditfähigkeit der Türkei, für ausländische Direktinvestitionen und damit für eine prosperierende Wirtschaft, als deren Nutznießer sich insbesondere die in TÜSİAD vertretene Privatwirtschaft erweist. Daß jedoch der Unternehmerverband seine vehement vertretenen Forderungen nach der Demokratisierung des Landes in der eigenen Organisation nicht umsetzt, sondern viel eher ein Abbild des von ihm kritisierten Staatsgefüges darstellt, kann anhand real existierender Entscheidungsmechanismen innerhalb des TÜSİAD nachgewiesen werden. Die fehlende Transparenz eigener Institutionsstrukturen, die bis zur Verweigerung der Aushändigung der TÜSİAD-Satzung reicht, kann gleichfalls nicht als Zeichen absoluter Prinzipientreue im Sinne der Demokratie gewertet werden.

Abgesehen von einer Bewertung der wahren Motive des TÜSİAD muß jedoch festgestellt werden, daß die Aktivitäten des Unternehmerverbandes grosso modo einen hohen gesamtgesellschaftlichen Nutzen haben. Die von TÜSİAD in Form von Publikationen vorgelegten Konzepte sind ein wichtiger Beitrag für die Entwicklung des Landes. TÜSİAD spielt eine fundamentale Rolle bei dem Aufbrechen der traditionell repressiven Haltung des Staats gegenüber der Gesellschaft. In bezug auf die Gründung von NGOs zur Etablierung einer pluralistischen Zivilgesellschaft in der Türkei hat der TÜSİAD die Vorreiterrolle übernommen. Die Analyse der ab der 80er Jahre gegründeten SİADs und GİADs hat gezeigt, daß der TÜSİAD als Prototyp fungierte. Des weiteren war er an der Realisierung der Rahmenbedingungen für die Gründungswelle weiterer NGOs der Türkei seit Ende der 80er Jahre mitverantwortlich. Der TÜSİAD nimmt auch insofern eine Sonderstellung ein, als daß seine führenden Mitglieder sich einen herausfordernden, kritischen und direkten Ton gegenüber dem politischen Establishment erlauben konnten, der im Falle einer Artikulation durch Journalisten oder kleinere Organisationen sofort zu Repressionen des Staates geführt hätte. Sicherlich gründet sich eine gewisse „Unantastbarkeit“ und das hiermit einhergehende Machtpotential des TÜSİAD auf seine finanzielle Stärke und die wachsende Bedeutung seiner Mitglieder bei der Erwirtschaftung des türkischen Sozialproduktes.

Das Beispiel des TÜSİAD zeigt, daß sich das Kräfteverhältnis im Machtkampf zwischen Politik und Wirtschaft in jüngster Zeit verschoben hat. Bei einem weiteren Aufbrechen des politisch registischen Staatsgefüges und der stärkeren Integration der Türkei in den internationalen Markt wird sich diese Tendenz noch verstärken. Die Phrase „Politik ist der Raum, den die Privatwirtschaft ihr zugesteht“ trifft jedoch für die Türkei noch nicht zu, aber ein erster Schritt in diese Richtung, mag man dies für erstrebenswert halten oder nicht, ist jedenfalls getan.

11. BIBLIOGRAPHIE

Die Sekundärliteratur zu den Kapiteln 2 (INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERN) und 3 (NGOS) sind aus der Gesamtbibliographie ausgegliedert worden. Bezüglich der Primärliteratur sind in Abschnitt 11.4. autobiographische Quellen türkischer Großunternehmer aufgelistet. Für die von TÜSİAD publizierten Primärquellen wird auf ANNEX 12.5. (PUBLIKATIONSListE) und die in Kapitel 6.3.1. aufgeführten Periodika verwiesen. Neben einigen nicht einzeln aufgeführten PR-Broschüren des TÜSİAD stellt die ständig erweiterte Internet-homepage (<http://www.tusiad.org.tr>) eine immer wichtiger werdende Primärquelle dar.

11.1. INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERN

ALKAN, Mehmet Ö.:

Sivil Toplum Kurumlarının Hukuksal çerçevesi 1839-1945. In: YÜCEKÖK, Ahmet N.; TURAN, İlter; ALKAN, Mehmet Ö.: Tanzimattan Günümüze İstanbul'da STK'lar. İstanbul: Tarih Vakfı 1998, S. 45-73.

AMELUNG, Thorsten:

Die politische Ökonomie der Imports substitution und der Handelsliberalisierung. Das Beispiel Türkei. Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) 1989.

ÖKÜN, A. Gündüz:

Türkiye İktisat Kongresi 1923 - İzmir. Haberler, Belgeler, Yorumlar. Ankara: Sermaye Piyasası Kurulu 1997.

ÖKE, M. Kemal:

Odalar Birliği. In: Cumhuriyet Döneminde Türkiye Ansiklopedisi (CDTA), Cilt 14. İstanbul: İletişim Yayınları 1996, S. 961-962.

ÖNCÜ, Ayçe:

Chambers of Industry in Turkey: An Inquiry into State-Industry Relations as a Distributive Domain. In: ÖZBUDUN, Ergün; ULUSAN, Aydın (eds.): The Political Economy of Income Distribution in Turkey. New York: Holmes & Meier Publishers 1980, S. 455-480.

ÖNCÜ, Ayçe:

Cumhuriyet Döneminde Odalar. In: CDTA Cilt 6. İstanbul: İletişim Yayınları 1983, S. 1566-1576.

Ohne Verfasser:

TOBB. In: T.C. Devlet Teşkilatı Rehberi 1985.

Ankara: Türkiye ve Orta Doğu İdaresi Enstitüsü 1986, S. 800-806.

SAYIBAĞI, İLİ, Kemal:

Chambers of Commerce an Industry, Political Parties and Governments: A Comparative Ananlysis of the British and the Turkish Cases. In:
Gelişme Dergisi. Studies in Development. 11 (1976), S. 117-136.

SAYIBAŞI, Kemal:

Türkiye’de Özel Teşebbüs ve Ekonomik Politikalar In:
Gelişme Dergisi. Studies in Development. 13 (1976), S. 83-98.

TOPRAK, Ziya:

Milli İktisat - Milli Burjuvazi. Türkiye’de Ekonomi ve Toplum (1908-1950). İstanbul: Tarih Vakfı 1995.

11.2. NGOS UND DIE KATEGORISIERUNG VON WIRTSCHAFTSORGANISATIONEN

ASLANDAŞI, Alper Sedat:

1980 Sonrası Dernekler. In:
CDTA 12. Cilt: İstanbul: İletişim Yayınları 1996, S. 304-316.

BIANCHI, Robert:

Interest Groups and Political Development in Turkey.
Princeton: University Press 1984.

GÖNEL, Aydın:

Önde Gelen STK’lar. Araştırma Raporu. İstanbul: Tarih Vakfı 1998.

HEPER, Metin:

The State and Interest Groups with Special Reference to Turkey. In: ders.
(ed): Strong State and Economic Interest Groups. The Post-1980 Turkish Experience. New York: Walter de Gruyter 1991, S 1-23.

KÜTÜKÖMER, İdris:

Sivil Toplum Yazıları İstanbul: BaÉlam Yayınları 1994.

ÖZBUDUN, Ergün:

The Post-1980 Framework for Interest Group Associations. In: HEPER,
Metin (eds.): Strong State and Economic Interest Groups. The Post-1980 Turkish Experience. New York: Walter de Gruyter 1991, S. 41-54.

SARIBAY, Yaşar:

Ein neues Symbol der türkischen politischen Kultur: Die bürgerliche Gesellschaft. In: Zeitschrift für Türkeistudien 2 (1992), S. 156-170.

SCHMITTER, Philippe C.:

Still the Century of Corporatism? In: Review of Politics 36 (1974), S. 93-94. Zit.n. CAWSON, Alan: *Corporatism and Political Theory*. New York 1986, S. 85-131.

TACİSER, Ulaç (derleyen):

Merhaba Sivil Toplum. İstanbul: Helsinki Yurttaşlar Derneği 1998.

TOKSÖZ, Fikret:

Dernekler. In: CDTA 2. Cilt. İstanbul: İletişim Yayınları 1996, S. 365-378.

TUNCAY, Mete:

STK'lar ile Kavramlar. In: YÜCEKÖK, Ahmet N.; TURAN, İler; ALKAN, Mehmet Ö.: Tanzimattan Günümüze İstanbul STK'lar. İstanbul: Tarih Vakfı 1998, S. x-xi.

YASHIN, Yael-Navaro:

Uses and Abuses of „State and Civil Society“ in Contemporary Turkey. In: New Perspectives on Turkey. 18 (1998), S. 1-22.

YÜCEKÖK, Ahmet N.:

19. Yüzyıl Osmanlı Toplumundan Günümüz Türkiye'sine STK'lar ve Siyaset Sosyolojisi ilişkileri. In: YÜCEKÖK, Ahmet N.; TURAN, İler; ALKAN, Mehmet Ö.: Tanzimattan Günümüze İstanbul STK'lar. İstanbul: Tarih Vakfı 1998, S. 1-12.

YÜCEKÖK, Ahmet N.:

1946 Yılları arasında İstanbul'da Sivil Toplum Kuruluşları In: YÜCEKÖK, Ahmet N.; TURAN, İler; ALKAN, Mehmet Ö.: Tanzimattan Günümüze İstanbul STK'lar. İstanbul: İletişim Yayınları 1998, S. 161-195.

YÜCEKÖK, Ahmet N.:

Türk Hukukunda Tüzel Kişilik. In: YÜCEKÖK, Ahmet N.; TURAN, İler; ALKAN, Mehmet Ö.: Tanzimattan Günümüze İstanbul STK'lar. İstanbul: İletişim Yayınları 1998, S.147-160.

YÜCEKÖK, Ahmet N.:

Türkiye'de Örgütlenmiş Dinin Sosyo-Ekonomik Tabanı (1946-1968). Ankara: Sevinç Matbaası 1971.

ZEIGLER, Harmon:

Interest Groups. In: HAWKESWORTH, Mary; KOGAN, Maurice (ed.): Encyclopedia of Government and Politics. Vol. I. London New York: Routledge 1992, S. 377-392.

11.3. ALLGEMEINE BIBLIOGRAPHIE

- AHMAD, Feroz:
The Making of Modern Turkey. London: Routledge 1993.
- ALKAN, Haluk:
Türkiye İcadamın Örgütleri ve Devlet.
In: BİREKİM 114 (Ekim 1997), S. 43-62.
- ARICANLI, Tosun; RODRIK, Dani:
An Overview of Turkey's Experience with Economic Liberalization and Structural Adjustment. In:
World Development, Vol 18, No. 10 (1990), S. 1343-1350.
- BERGHAN, Volker:
Unternehmer und Politik. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1985.
- BORATAV, Korkut:
Türkiye'de Devletçilik. Ankara: Savaş Yayınevi 1982.
- BUHBE, Matthes:
Türkei. Politik und Zeitgeschichte. Opladen: Leske und Buderich 1996.
- BULUT, Faik:
Tarikat Sermayesinin Yükselişi. Ankara: Doruk Yayıncılık 1997.
- BUÉRA, Ayçe:
Islam in Economic Organizations.
İstanbul: Türkiye Ekonomik ve Sosyal Etüdler Vakfı 1999, S. 69-78.
- BUÉRA, Ayçe:
Class, Culture, and State: An Analysis of Interest Representation by two Turkish Business Associations. In:
International Journal of Middle East Studies 30 (1998), S. 521-539.
- BUÉRA, Ayçe:
Devlet ve İcadamlar İstanbul: İletişim Yayınları 1997.
- BUÉRA, Ayçe:
The Late Coming Tycoons of Turkey. In: Journal of Economics and Administrative Studies 1 (1987), S. 143-155.
- BURO, Andreas:
Wirtschaft contra Militär in der Türkei. Aus dem TÜSIAD-Bericht »Perspektiven der Demokratisierung in der Türkei«.
Idstein: Komzi Verlags GmbH 1997.
- CAN, Kemal:
Yeşil Sermaye Laik Sistemine Ne Yaptı? In:

BİRKİM 99 (Temmuz 1997), S. 59-66.

CEMAL, Hasan:

Özal Hikayesi. Ankara: Bilgi Yayınevi ²1989.

†E†EN, Aydın; DO¹ RUEL, Suut; DO¹ RUEL, Fatma:

Economy Growth and Structural Change in Turkey 1960-1988. In: International Journal of Middle East Studies, 26 (1994), S. 37-56.

†ÖLA; AN, Emin:

Turgut'un Serüveni. İstanbul: Tekin Yayınevi ⁷1999.

EHRMANN, Henry:

Organized Business in France. Princeton: University Press 1957

GÜLFİDAN, İbren:

Big Business and the State in Turkey. The Case of TÜSİAD. İstanbul: Boğaziçi University Press 1993.

HEPER, Metin:

The State Tradition in Turkey. Washington: The Eothen Press 1985

HIRSCHMANN, Albert O.:

Exit, Voice and Loyalty. Cambridge: University Press 1970.

İNALCIK, Halil:

Capital Formation in the Ottoman Empire. In: The Journal of Economic History. 29 (1969)

KAHRAMAN, Ahmet:

Hanedan'ın Önlenmeyen İnkıraz ve Saltanatı
İstanbul: Boyut Yayınevi ²1989.

KAZGAN, Gülten:

Büyük Sermaye Gruplarının Türkiye Ekonomisindeki Yeri. In: CDTA Cilt 9. İstanbul: İletişim Yayınları 1983, S. 2397-2410.

KEYDER, İsmail:

Türkiye'de Devlet ve Sınıflar. İstanbul: İletişim Yayınları ⁵1999.

KIVANÇ, Ümit:

İslamcılar & Para-Pul: Bir Dönüşüm Hikayesi. In: BİRKİM 99 (Temmuz 1997), S. 39-58.

KONGAR, Emre:

İmparatorluktan Günümüze Türkiye'nin Toplumsal Yapısı İstanbul: Remzi Kitapevi ⁴1981.

KOPITS, George:

Structural Reform, Stabilisation, and Growth in Turkey.
Washington: IMF 1987

- KOPITS, George:
Der Anpassungsprozess in der Türkei 1980-85. In:
Finanzierung & Entwicklung. September 1987, S. 8-11.
- LANDAU, Jacob M.:
Radical Politics in Modern Turkey. Leiden: E.J. Brill 1974.
- NAS, Tevfik:
The Impact of Turkey's Stabilization and Structural Adjustment Program: An Introduction. In: NAS, Tevfik; ODEKON, Mehmet (eds.): Economics and Politics of Turkish Liberalization.
 Betlehem: Associated University Press 1992, S. 11-25.
- OECD:
OECD Economic Surveys: Turkey. Paris: OECD verschiedene Jahrgänge.
- ÖNÜ, Ziya:
The Political Economy of Export-Orientated Industrialization in Turkey.
 In: BALIM, İsmet (ed.): Turkey: Political, Social and Economic Challenges in the 1990s. Leiden E.J. Brill 1995, S. 107-129.
- Ohne Verfasser:
 „DİSK“. In: Türkiye Sendikaları Ansiklopedisi.
 İstanbul: Kültür Bakanlığı ve Tarih Vakfı 1996, S. 307-318.
- RADKE, Detlef; TAAKE, Hans-Helmut:
Das internationale Management der Finanzkrisen Ägyptens und der Türkei. In: Europa-Archiv 2 (1983), S. 52-62.
- RUMPF, Christian:
Das türkische Verfassungssystem. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 1996.
- SCHUBERT, Angelika.:
Politische Ökonomie der Handelsliberalisierung in der Türkei 1980-1990.
 Gotha: Justus Perthes Verlag 1996.
- SÖNMEZ, Mustafa:
Türkiye'de Holdingler. Karşın Haramiler. Ankara: Arkadaş Yayınevi 1992.
- İAHIM, Tarık:
Siyasi Katılım ve Baskın Gruplar
 Ankara: Makro Ltd. İti. Eğitim Yayınları 1994.
- TANÖR, Bülent:
Osmanlı İmparatorluğunda Anayasal İktidarlar
 İstanbul: Der Yayınları 1991.

TANÖR, Bülent.:

Osmanlı-Türk Anayasal Gelişmeleri. İstanbul: Der Yayınları 1992.

TEKELİ, İhan:

Türkiye'deki Şirketlerin Gelişimi ve Kapitalin Yoğunlaşma Süreci. In: CDTA Cilt. 9. İstanbul: İletişim Yayınları 1983, S. 2386-2396.

TURGUT, Hulûsi:

12 Eylül Partileri. İstanbul: ABC Yayınları 1986.

TURGUT, Hulûsi:

Güniz Sokağı Demirel'in Dünyası İstanbul: ABC Ayansayınları 1987.

TURGUT, Mehmet:

TÜSİAD Raporları ve Türkiye Ekonomisi.
İstanbul: Boğaziçi Yayınları 1991.

VORHOFF, Karin:

Businessmen and their Voluntary Organisations in Turkey. Between Instrumental Solidarity, Cultural Diversity, and the State. In: SEUFERT, Günther; VORHOFF, Karin; YERASIMOS, Stéphane (eds.): Central Intergration of Turkish Society. İstanbul: Im Druck.

WOLFF, Peter:

Stabilisierungspolitik und Strukturanpassung in der Türkei 1980-1985. Die Rolle der IWF und Weltbank in einem außengestützten Anpassungsprozeß.
Berlin: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik DIE 1987.

THE WORLD BANK:

Global Development Finance. Country Tables 1998. Washington 1998.

ZÜRCHER, Erik. J.:

Türkey. A Modern History. London New York: I.B. Tauris & Co. Ltd. 1994.

11.4. AUTOBIOGRAPHIEN ZU TÜRKISCHEN GROSSUNTERNEHMERN

ECZACIBAŞI, Nejat

Kuçaktan Kucağa. İstanbul: Dr. N. Eczacıbaşı Vakfı 1982.

KIRAZLI, Can:

Anılarım Patronum Vehbi Koç. İstanbul: Milliyet Yayınları 1995.

KOZ, Vehbi:

Hatıralarım, Görüşlerim, Öğütlerim. İstanbul: Vehbi Koç Vakfı² 1987.

KO†, Vehbi:
Hayat Hikayem. İstanbul: Koç Vakfı ohne Datum.

SABANCI, Sakip:
İçte Hayatım. İstanbul: Aksoy Matbaacılık 1985.

SABANCI, Sakip:
This is my Life. Avon: The Bath Press 1988.

SABANCI, Sakip:
Rusya'dan Amerika'ya. Gezdiklerim - Gördüklerim.
İstanbul: A4 Ofset 1993.

YAŞAR, Selçuk:
Hayatım. İzmir: Tükelmat A.Ş. 1996.

11.5. PRESSEARTIKEL

Da bei Pressemeldungen überwiegend kein Autor angegeben ist, wurde für die Auflistung eine nach Zeitungen unterteilte, chronologische Anordnung vorgezogen. Da insbesondere Artikel der Tageszeitungen SABAH, HÜRRIYET und MİLLİYET den Internetarchiven entnommen sind, konnten hier aufgrund fehlender Paginierung keine Seitenangaben angegeben werden.¹

- CAPITAL, 7/98, S. 118: H. COBANLI: *Türkei Report.*
CUMHURİYET, 02.08.1971, S.11: *Amaç ve Görüşlerimiz.* [TÜSİAD-Manifest]
CUMHURİYET, 15.05.1979, S. 1: *Savcılık TÜSİAD bildirisini inceliyor.*
CUMHURİYET, 16.05.1979, S. 6: *Gerçekçi çıkış yolu.* [TÜSİAD Anzeige]
CUMHURİYET, 23.05.1979, S. 6: *Ulus bekliyor.* [TÜSİAD Anzeige]
CUMHURİYET, 26.05.1979, S. 6: *Gerçek Kurtuluş Yolu.*
CUMHURİYET, 30.05.1979, S. 6: *Yokluğa paylaşmak mı? Bolluğa saâlamak mı?* [TÜSİAD Anzeige]
CUMHURİYET, 30.05.1979, S. 9: *Berker: TUSİAD icadamlar için bir alarm sistemi oluşturmaktadır.*
CUMHURİYET, 13.06.1979, S. 6: *Refahın ve hürriyetlerin düşmanı Enflasyon.* [TÜSİAD Anzeige]
CUMHURİYET, 10.02.1985, S. 9: *TÜSİAD, elistiri ve önerileri komplekse kapımden söylemeli.*
CUMHURİYET, 10.02.1985, S. 9: O. ULUGAY: *Ekonomide diyalog.*
CUMHURİYET, 20.05.1986, S. 9: *Özel sektörde temsil sorunu.*
CUMHURİYET, 06.06.1986, S. 6: *TÜSİAD gocundu.*
CUMHURİYET, 08.06.1986, S. 11: O. ULUGAY: *Ekonomide Diyalog.*
CUMHURİYET, 13.04.1988, S. 11: *TÜSİAD'da fon arayışları Devlet arsa satışları.*

¹ <http://www.garildi.sabah.com.tr/w/>
<http://www.hurriyet.com.tr/fix98/yarsiv.htm>
<http://www.zaman.com.tr/arsiv/>
<http://www.milliyet.com.tr/ozel/arsiv/index.html>

- CUMHURİYET, 21.05.1988, S. 9: Koç ve Sabancı TUSİAD'a yılda 60'ar milyon ödüyor.
- CUMHURİYET, 30.05.1990, S. 1: Demirel'den Sabancı'ya veryansın.
- CUMHURİYET, 30.05.1990, S. 8: TUSİAD'dan hükümete veryansın.
- CUMHURİYET, 30.07.1990, S.1: Boyner: Daha çok demokrasi.
- CUMHURİYET, 20.09.1990, S. 8: TUSİAD'dan eğitim için uyarı raporu.
- CUMHURİYET, 21.09.1990, S.11: O. ULUGAY: TUSİAD, Eğitim, SHP...
- CUMHURİYET, 19.05.1992: M. YAPICI: Sabancı 'korumacılar' övdü.
- CUMHURİYET, 21.05.1992: H. KARA: Egeli sanayiciler örgütleniyor.
- CUMHURİYET, 24.01.1997, S. 5: 'fyi' - 'kütü' - 'cesur' - 'hain.'
- CUMHURİYET, 21.05.1997, S. 5: Patronlar deyim istedi.
- CUMHURİYET, 25.05.1998, S. 1: MÜSİAD'a kapatma davası
- CUMHURİYET, 19.06.1998, S. 7: Ecevit TUSİAD'la barıştı
- CUMHURİYET, 09.12.1999: TUSİAD'dan destek ve elçitiri.
- †ER†EVE, 24 (Mayıs 1999), S. 55-64: M. ÖZEL: Devlet, Kültür, Ekonomi
- DEVİR 1 (06.11.1972), S. 3: A. KILI†: †aEdaç uygarlık düzeyine doÉru.
- DEVİR 1 (06.11.1972), S. 48: Devirden. Yayın ilkelerimiz.
- DEVİR 4 (27.11.1972), S. 32-33: F. İYRİBOZ: Ekonomizde umutlar ve tehlikeler.
- DEVİR 8 (25.01.1972), S. 30-30: İ. AKAT: Yeni bir plan dönemine yol alıyoruz.
- DEVİR 11 (13.01.1973), S. 3: A. KILI†: Hür teçebbüs.
- DEVİR 11 (13.01.1973), S. 30-33: Hür teçebbüs karışında Bülent Ecevit.
- DEVİR 14 (05.02.1973), S.31-32: İstanbul'da brifing.
- DEVİR 26 (30.04.1973), S. 31-32: İ. AKAT: Seminer. Bürokrasi ve Gerçekler.
- DEVİR 31 (01.06.1973), S. 3: A. KILI†: Hür teçebbüs yerini belli etmelidir.
- DEVİR 31 (01.06.1973), S. 27-30: İ. ERTAN: Yurt kalkınmasında hür teçebbüs.
- DÜNYA, 09.11.1999, S. 10: A. YUMRUKALA: AB adaylığı için uygun ortam oluÉtu.
- DÜNYA, 20.11.1999, S. 4: YücaoÉlu: Helsinki'de sürpriz beklemiyoruz.
- DÜNYA, 23.11.1999, S. 2: YücaoÉlu: AB ve adaylığı onaylanmasında bir jest deÉildir.
- DÜNYA, 27.11.1999, S. 2: L. İEN: TUSİAD'ın WTO çarkması
- DÜNYA, 25.11.1999, S. 1: SİAD'lar ülkenin nabız tuttu.
- DÜNYA, 25.11.1999, S. 9: F. KUTLAY: İcadamlar hem reform, hem de görev isteyecek.
- DÜNYA, 26.11.1999, S. 3: O. AROLAT: İstikrar programının arkasında durmak.
- DÜNYA, 26.11.1999, S. 9: İcadamlarında reform kararları
- DÜNYA, 09.12.1999, S. 1: TUSİAD'dan hükümete hem destek, hem elçitiri.
- DÜNYA (Haftalık), 17.03 - 23.03.2000, S. 3: N. ÖZKAN: MÜSİAD: Sermayeyi renklendirmeyin.
- EKONOMİST, 09.05.1999, S. 42f: R. BAİ: Başkan Erol Yarar MÜSİAD'i bırakıyor.
- FAZ, 30.04.1999, S. 15: R. HERMANN: Anatoliens Kleinsparer und ihr Matratzengeld.
- HANDELSBLATT (Düsseldorf), 16.04.1985: Sonderbeilage Türkei
- HÜRİYET, 21.01.1997: TUSİAD: Kürtçe serbest olsun.
- HÜRİYET, 22.01.1997: TUSİAD raporu tartışıyor.

HÜRRİYET, 22.01.1997: O. EKİNCİ: TÜSİAD'ın önerileri..
HÜRRİYET, 23.02.1997: S. ÇENGÜL: Genelkurmay: TÜSİAD'ın yaptırılan ucuz kahramanlık.
HÜRRİYET, 24.01.1997: O. EREZ: Hangi Yalın EREZ.
HÜRRİYET, 24.01.1997: E. BAKI: TÜSİAD'ın 'demokrasi' krizi.
HÜRRİYET, 09.04.1997: M. KUTLAY: TÜSİAD'ın demokrasi krizi yine alevlendi.
MİLLİYET, 20.01.1997: Demokrasi ataerisi TÜSİAD rejimi tartırmaya açıyor.
MİLLİYET, 21.01.1997: M. SABUNCU: Komili ile Karadayı görüdü.
MİLLİYET, 22.01.1997: Entel hocalar bulup rapor hazırlamırlar.
MİLLİYET, 22.01.1997: D. HEPER: TÜSİAD'ın açılmı
MİLLİYET, 24.01.1997: Demokrasi TÜSİAD'ın çatlattı
MİLLİYET, 08.04.1997: Demokrasi Raporu'nun her satırında Eru deil.
MİLLİYET, 09.04.1997: Patronlar sırtta kaldı
SABAH, 21.01.1997: TÜSİAD'tan tarihi çadırı
SABAH, 22.01.1997: F. TEKİRGE: TÜSİAD sırtı
SABAH, 22.01.1997: M. Bulut: Rapor orduyu rahatsız etti.
SABAH, 22.01.1997: Yalın Erez yine TÜSİAD'a çatı
SABAH, 07.04.1997: TÜSİAD'ın demokrasi sınavı yapıldı.
SABAH, 11.09.1999: İ. KADAK: Devlet onarıma aldı.
SABAH, 08.10.1999: TÜSİAD'ın AB çkarması başladı.
SABAH, 12.10.1999: TÜSİAD dert anlatma turunda.
SABAH, 26.11.1999: Özel kamuyu izleyecek.
WIRTSCHAFTSWOCHE, 19.09.1996, S. 51: H.J. GINSBURG: Wie ein Kreuz.
YENİ İFAK, 14.10.1999: MÜSİAD 7. Uluslararası Fuarı 14-17.10.1999.
[Beilage, 22 Seiten]
YENİ YÜZYIL, 20.11.1995: TÜSİAD profesyonelleiyor.
YENİ YÜZYIL, 04.10.1996: Y. BİLGE: Anadolu'nun da TÜSİAD'ın var.
YENİ YÜZYIL, 13.08.1996: N. BİLGİN: İimdi MÜSİAD'a üyelik moda.
ZAMAN, 22.01.1997: Bu rapor çok tartımlı olacak.

ANNEX 12.1.

TÜSfAD-GRÜNDUNGSPROTOKOLL VOM 02.04.1971¹

ANNEX 12.2.

TÜSİAD-MANIFEST IN DER TAGESZEITUNG CUMHURİYET¹

ANNEX 12.3.

¹ S. YAKAR: *Hayatım*. İzmir: Tükelmat A.Ş. 1996, S. 116.

¹ CUMHURİYET, 02.08.1971, S.11.

TÜSAD-ANZEIGEN IN DER TAGESZEITUNG CUMHURİYET

1. CUMHURİYET, 16.05.1979, S. 6:

2. CUMHURİYET, 23.05.1979, S. 6:

3. CUMHURİYET, 30.05.1979, S. 6:

4. CUMHURİYET, 13.06.1979, S. 6:

ANNEX 12.4. SATZUNG DES TSAD (AUSZUG)

Türk Sanayicileri ve İadamlar DerneĐi TüzüĐü (18 Ocak 1996 itibariyle)

DerneĐi adve merkezi

Madde 1 - DerneĐin ad „TÜRK SANAYİCİLERİ VE İŞADAMLARI DERNEĐİ“ dir. Dernek Merkezi İstanbul’dadır.

DerneĐin Amacı

Madde 2 -

a) TSAD, demokrasi ve insan hakları evrensel ilkelerine baĐel, girişim, inancı ve dcnce özgürlüklerine saygya, yalnızca asli görevlerine odaklanm etkin bir devletin varoluĐu Türkiye’de, Atatürk’ün aĐda uygarlık hedefine ve ilkelerine sadık toplumsal gelişmesine ve demokratik sivil toplum ve laik hukuk devleti anlaysn yerleşmesine yardımcı olur.

Dernek, sanayici ve iadamlarn Türk toplumunun nc ve girişimci bir grubu olduĐu inancı ile bu yöndeki uygulamaların takipiliĐini yapar.

b) TSAD, piyasa ekonomisinin hukuksal ve kurumsal altyapsn yerleşmesine ve i dnyasn evrensel i ahlak ilkelerine uygun bir biçimde faaliyette bulunmasına alr.

c) TSAD, uluslararası entegrasyon hedefi drltusunda Türk sanayi ve hizmet kesiminin rekabet gcnn artırarak, uluslararası ekonomik sisteminde belirgin ve kalc bir yer edinmesi gerektiĐine inanir ve bu yönde alr.

d) TSAD, Türkiye’de liberal ekonomi kurallarn yerleşmesinin yanısıra, ülkenin insan ve doĐal kaynaklarını teknolojik yeniliklerle desteklenerek en etkin biçimde kullanns, verimlilik ve kalite yükselişini sürekli kacak ortamn yaratmas yoluyla rekabet gcnn artrmasn hedef alan politikaları destekler.

e) TSAD, bu çerçevede oluşan görücü ve nerileri, doĐrudan parlamentoya, hükümete, yabancı devletlere, uluslararası kuruluşlara ve basın araclĐi ile de kamuoyuna ileterek yukarıdaki amaçlar drltusunda dcnce ve hareket birliĐi oluşturur.

DerneĐin faaliyet alanları

Madde 3- Dernek amacn gerçekleştirmek için aaĐda belirtilen alanlarda faaliyet gösterir.

1) İstikrar ve sosyal uzlaşma gelişme

a) Türkiye’de dünya ile btnlemi piyasa ekonomisi ilkelerine uygun olarak istikrarlı bir büyümenin saĐlanması

b) Girişimcilik, sermaye ve işgücünün birbirini tamamlayan unsurlar olduĐu inancı ile gelişmenin sosyal uzlaşma içinde gerçekleştirilmesi.

c) İstihdam, eĐitim, sosyal güvenlik ve alma koullarn dznlemesi gibi konularda i dünyasında dcnce ve hareket birliĐi yaratmas yönünde almalar yapar.

2) lkenin rekabet gücü stnlĐu elde etmesi.

a) Türkiye’nin karlamas rekabet stnlĐu elde edebilmesinde verimliliĐinin artrlabilmesi için insan ve doĐal kaynakların en etkin biçimde kullanılabilmesini saĐlayacak teknolojik gelişmeleri teşvik eder.

b) Bu yöndeki almalar destekleyecek politikaların oluşturulması için karar odaklarını bilgilendirecek almalar yapar.

3) Uluslararası entegrasyon

a) Dünya pazarlarına açılmaya hızlandırılması ve dengeli, hızlı bir sosyal ekonomik büyüme sürecinin devamlılığının sağlanabilmesi amacıyla sonuçta ihracata teşvik edecek politikalar ve destekler;

b) İki dünyadaki uluslararası platformlarda temsil edilmesi ve ilişkilerinin güçlendirilmesi amacıyla önemli dış pazarlarda ve ticari bloklarda temsilcilikler açar;

c) Türkiye'yi AB üyeliğine götüren süreç içinde yurtiçinde ve yurtdışında ilgili kuruluşlarda temaslar kuracak iki dünyadaki görüş ve önerilerini yansıtır;

d) Bu faaliyetler hakkında kamoyunun bilgilendirilmesi için her türlü iletişim, temsil, koordinasyon ve enformasyon faaliyetlerinde bulunur.

4) Görüş ve önerilerin karar odaklarına aktarılması

a) Türk sanayicilerin ve icadamlarının çeşitli konulardaki görüş ve önerilerinin ilgili karar odaklarına duyurularak kabul görmesi için temaslarda bulunur;

b) Derneğin amaç, ve faaliyetlerinin, ülke gündeminde bulunan ekonomik ve sosyal konularda oluşturulan görüşleri kamoyuna ve ilgililere duyurmak için radyo, televizyon, gazete, dergi, kitap, broşür gibi yaygın araçlarında yararlanır; toplantılar, seminerler, kongreler, konferanslar düzenler.

5) Örgütlenme

a) İki dünyadaki „merkez“ konumu itibariyle çağdaş bir toplumsal yapının gelişmesine yönelik çalışmalar yapar.

b) Faaliyetlerini güçlendirmek amacıyla aynı ilkeler sonuçta çalışan sanayici ve icadamların dernekleri ile iletişim kurar, stratejik işbirliğini yapar, gereğinde federasyonlar veya konfederasyonlar oluşturur;

c) Yerli ve yabancı özel ve resmi kuruluşlar, ticaret sanayi odaları, borsalar, mesleki kuruluşlar aracılığıyla işbirliğini yapar;

d) Ülkenin öncelikle ekonomik ve sosyal konularla ilgili araştırmalar yapar, ülkenin iç ve dış sorunları ile ilgili görüş ve öneriler oluşturmak üzere çalışmalar yapacak vakıf kurar;

e) Dernek amacına uygun faaliyetlerle ilgili olarak Yönetim Kurulu kararını ile gayrimenkul tasarruf, ipotek dahil olmak üzere gayrimenkuller üzerinde Dernek her nevi, küf'a gibi ayni ve kira gibi şahsi hakları iktisab, tesis, terkin veya fek eder.

Kurucular

Madde 4 - Derneğin kurucu üyelerinin adı, soyadı, meslek ve sanatları, ikametgahları ve uyrukları (ekli listede) belirtilmiştir.

Asli Üyelik

Madde 5 - Derneğin amaçlarını kabul eden gerçek kişiler Derneğe asli üye olabilirler. Derneklere üye olacakları medeni haklara sahip ve onsekiz yaşını bitirmiş, derneklere üye olma hakları sürekli ve süreli olarak kazanmamış ve TC tabiiyetli olmaları gereklidir. Derneğe asli üye olmak için iki asli üye tarafından takdim edilmek gereklidir. Takdim edilen üye aday hakkında Yönetim Kurulu üyelerinin çoğunluğu ile 30 gün içinde karar alınır ve sonuç adaya yazılı ile duyurulur, Kurucular derneğe asli üyeleridir.

TC vatandaşı olmayanların derneğe üye olabilmeleri için Türk vatandaşlarında aranan şartlarda birlikte Türkiye'de ikamet etme hakkına sahip bulunmaları da gereklidir. Fahri üyelik için ikamet şartı aranmaz.

Derneğin üyeleri Yönetim Kurulu'nca saptanmış olan ve ekte belirtilen „İki Ahlak ilkeleri“ne uymayarak taahhüt ederler.

Üyelikten ayrılma

Madde 6 [...]

Üyeliğin sona ermesi

Madde 7 [...]

İkinci üyeliği

Madde 8 [...]

Derneğin organları

Madde 9 - Derneğin aşağıdaki organları vardır:

- a) Genel Kurul b) Yönetim Kurumu c) Yüksek İstiçare Konseyi d) Yürütme Komitesi e) Genel Sekreterlik f) Haysiyet Divanı g) Denetleme Kurulu

Genel Kurul

Madde 10 - Genel Kurul asli üyeleinden kurulur. Her yıl ocak ayı toplanır.

Yönetim ve Denetleme Kurullarının gerekli gördüğü hallerde yahut Dernek üyelerinden beşte birinin yazılı isteği üzerine olağanüstü toplanır. Genel Kurul toplantıya Yönetim Kurulu'nca çağırılır [...].

Katılma hakkı

Genel Kurul'a katılabilmek için bir önceki yılla ait idat ve/veya katılma payı borcu bulunmamak gereklidir.

Durum, üye listeleri düzenlenmeden önce yazılı ile üyeleri duyurulur ve en az iki haftalık bir ödeme süresi tanınır.

İsticari usulü:

[...]

Toplantı Yeri:

[...]

Toplantının yapıldığı usulü:

[...]

Genel Kurulun görev ve yetkileri

Madde 11 - Genel Kurulun görev ve yetkileri

Aşağıdaki yazılı hususlar Genel Kurul'ca görüclüp karara bağlanır.

- Dernek organlarının seçilmesi,
- Dernek Tüzüünün deęitirilmesi,
- Yönetim ve Denetleme Kurulları raporlarının görüclmesi, Yönetim Kurulu'nun ibra edilmesi,
- Yönetim Kurulu'nca hazırlanan bütçenin görüclüp aynen veya deęitirilerek kabul edilmesi,
- Derneğe gerekli taçınmaz malların satın alınması veya mevcut taçınmaz malların satılması hususunda Yönetim Kurulu'na yetki verilmesi,
- Derneğin federasyona katılması veya ayrılması,
- Derneğin uluslararası faaliyette bulunması, yurt dışındaki dernek veya teçekküllere üye olarak katılması yahut ayrılması,
- Derneğin feshedilmesi,
- Haysiyet Divanının ihraç kararlarına ve üyeliği kendiliğinden sona ermiş bulunan üyelerinin üyeliği sona erdirici sebebin tahakkuk etmediğine ilişkin itirazlarının tetkik edilip karara bağlanması

Mevzuatta ve Dernek Tüzüünde Genel Kurul'ca yapılmaması belirtilen diğere görevlerin yerine getirilmesi.

Yüksek İstiçare Konseyi

Madde 12 - Yüksek İstiçare Konseyi, derneğin en üst danışma organıdır. Derneğin tüm üyeleri aynı zamanda Konsey üyesidir. Yüksek İstiçare Konseyi'nin alt üyeden oluşan Başkanlık Divanı, Genel Kurul toplantısında iki yıllık bir süre için seçilir. Başkanlık Divanı, bir başkan, üç başkan vekili ve iki sekreter üyeden oluşur. Konsey yılda en az iki defa Konsey Başkanı'nın daveti ile toplanarak konularını müzakere eder ve karara bağlar. Konsey kararları isticari nitelikte olup, Yönetim Kurulu'nu bağlamaz.

Yüksek İstiçare Konseyi toplantılarına gündemin özelliğine göre sanayi, ticaret, tarım ve diğere iç ve sanayi kollarında çalışan yasal veya gönüllü mesleki kuruluşlar, dernekler ve vakıflar, Kamu İktisadi Teçebbüsleri (KİT) yöneticileri ve üniversite öğretim üyeleri, Konsey üyesi olmayan dernek üyeleri görücl teatisinde bulunulmak

üzere Konsey Başkanları'nca devamlı veya geçici olarak davet edilebilirler. Bu kişiler Konsey oylamasına katılmazlar.

Konsey'in başlıca görevleri:

- a) Türk sanayi ve iç hayatının genel gidişi ve sorunlarını gözden geçirmek ve uzun vadeli tedbirlere karar tutmak,
- b) Dernek amaçlarına en uygun şekilde ulaşabilmek maksadıyla hazırlanacak stratejileri değerlendirmek ve tavsiyelerde bulunmak,
- c) Dernek çalışmalarını amaçlara uygunluk ve netice almadaki etkinlikler bakımından incelemek ve gerekli tedbirleri tavsiye etmektir.

Yönetim Kurulu

Madde 13 - Yönetim Kurulu, Genel Kurul'un Dernek asli üyeleri arasından iki yıl için gizli oyla seçeceği on asli ve on yedek üyeden meydana gelir. Müdetti biten üyenin yeniden seçilmesi mümkündür. Genel Sekreter Yönetim Kurulu'nun tabii üyesidir. Yönetim Kurulu seçimden sonra yapacağı ilk toplantıda kendi arasından açık oyla iki yıl için bir Başkan, üç Başkan Yardımcısı ve bir Sayman Üye seçer. Yönetim Kurulu Başkanını iki dönem üst üste yeniden seçilebilir. Bir dönem aradan sonra eski Başkanını yeniden seçilmesi mümkündür.

Yönetim Kurulu'nun görev ve yetkileri

Madde 14 - Yönetim Kurulu:

- a) Derneği temsil etmek veya bu hususta kendi üyelerinden biri veya birkaçına yetki vermek,
- b) Derneğin gelir ve gider hesaplarına ilişkin işlemleri yapmak ve gelecek döneme ait bütçeyi hazırlayarak mülki amirliğine sunmak,
- c) Türk vatandaşları olmayanların dernek üyeliğine kabulü halinde bunların on gün içinde mahallin en büyük mülki amirliğine bildirmek,
- d) Dernek tüzününün ve mevzuatın kendisine verdiği diğer işleri yapmak ve yetkileri kullanmak,
- e) Bütçe doğrultusunda giriş aidatı, yıllık aidat ve üye katılma paylarını saptamak,
- f) Kendi içinden bir Yürütme Komitesi seçmek ve yetkilendirmek,
- g) Yıllık aidat ve katılma paylarını ödemeyen üyeler hakkında gerekli işlemleri yapmak,
- h) Genel Sekreteri ve çalışma şartlarını tayin etmek,
- i) Dernek üyeleri arasından üç kişilik istisnai nitelikte bir „Üye Başvurularını Değerlendirme Kurulu“ seçmek ve yetkilendirmek.

Yürütmesi Komitesi

Madde 15 - Yürütme Komitesi, Yönetim Kurulu Başkanı, üç Başkan Yardımcısı, Sayman Üye ve Genel Sekreter'den meydana gelir. Yönetim Kurulu'nca alınan kararlar ve verilen yetkiler çerçevesinde Dernek işlerini sevk ve idare eder. Yönetim Kurulu'na karşı sorumludur.

Genel Sekreter

Madde 16 - Yönetim Kurulu, dernek üyeleri arasından bir Genel Sekreter tayin eder. Genel Sekreter'in görev ve yetkileri:

- a) Yönetim Kurulu'nca verilen yetkiler çerçevesinde Derneği temsil etmek,
- b) Dernek teşkilatının başı olarak Derneğin bilumun hizmet ve yükümlülüklerinin programlara ve mevzuata uygun olarak yerine getirilmesini sağlamak.

Organlara seçilenlerin idareye bildirilmesi

Madde 17 - Genel Kurul'ca yapılan seçimi izleyen yedi gün içinde, Yönetim Kurulu Başkanları tarafından yönetim ve denetim kurulları ile Derneğin diğer organlarına seçilen asli yedek üyelerin ad ve soyadları, baba adları, doğum yeri ve tarihleri,

meslekleri ve ikametgahları Dernek merkezinin bulunduğu yerin en büyük mülki amirliğine yazılı olarak bildirilir.

Derneğin gelirleri

Madde 18 -

- a) Giriş aidatı, üye aidatı ve katılma payları,
- b) Dernekçe yapılan yayımlar, tertiplenen piyango, balo, eğlence, temsil, konser, spor yarışmaları ve konferans gibi faaliyetlerden sağlanan gelirler,
- c) Derneğin mal varlığından elde edilen gelirler,
- d) Bağışlar ve yardımlar,
- e) Yardım toplama hakkındaki mevzuat hükümlerine uygun olarak toplanacak bağış ve yardımlardan ibarettir.

Derneğin defter ve evrakları

Madde 19 - [...]

Gelir ve giderlerde usul

Madde 20 - Dernek gelirleri, alındı belgesi ile toplanır ve giderler harcama belgesi ile yapılır. Bu belgelerin saklama süresi, özel kanunlarda gösterilen daha uzun süreye ilişkin hükümler saklı kalmak üzere, beş yıldır. Dernek gelirlerinin alınmasında kullanılacak alındı belgesi Maliye Bakanlığınca bastırılacak alındılar kullanılır.

Alındı belgesinde, ödeme ve bağışta bulunan açık kimliği ve imzası bulunur.

Maliye Bakanlığınca alındı sağlanmazsa Dernek, özel olarak bastırılacak alındılar en büyük mülki amirine onaylatarak kullanabilir.

Bağış ve aidat toplayacak kişi ve kişileri Dernek Yönetim Kurulu'na bir kararla belirtir ve bu karar o yerin en büyük mülki amirliğinde tescil ettirilir.

Hasiyet Divanı

Madde 21 - Hasiyet Divanı, Genel Kurul'un asli üyeleri arasından iki yıl için seçilen üç asil ve üç yedek üyeden meydana gelir. İlk toplantısında kendi çalışma şeklini tespit eder. Hasiyet Divanı isap ettikçe toplanıp kendisine Yönetim Kurulu'na sunulan hususlarda karar verir.

Denetleme Kurulu

Madde 22 - Derneğin mali faaliyetleri Genel Kurul'ca asli üyeler arasında iki yıl için seçilecek üç asil ve üç yedek üyeden teçekkül eden bir Denetleme Kurulu tarafından denetlenir.

Denetleme Kurulu üyeleri tek tek veya heyet halinde her zaman dernek defterlerini tetkik edebilirler, Yönetim Kurulu ve Genel Sekreter kendilerinden istenilen belge, defter, ve bilgileri Denetleme Kurulu üyelerinin tetkikine arz ile mükelleftir.

Denetim görevini altı ay geçmeyen aralıklarla yapar. Sonuçları bir rapor halinde Yönetim Kurulu'na ve toplantılarda Genel Kurul'a sunar.

Derneğin iç denetimi

Madde 23 - Derneğin iç denetimi Dernekler Kanunu ve Dernek Tüzüğüne göre Denetleme Kurulu tarafından gerçekleştirilir.

Ancak Dernek Tüzüğünde „dernek tüzüğüne göre“ hükmü getirilerek belirtilmiş olmakla birlikte yeterli açıklık bulunmayan durumlarda bu eksikliği tamamlamak, üyelerle dernek organları ve görevlilerin tüm dernek faaliyetleriyle işlemlerinde yol göstermek ve yardımcı olmak amacıyla tek veya ayrı ayrı birim metinler halinde Genel Kurul'un onayından geçirilmek suretiyle yürürlüğe konulacak yönetmelikler çıkarılabilir.

Tüzük deİicikliİi

Madde 24 - Tüzük hükümlerini olaİan veya olaİanüstü toplantı gündemine konulma ve en geç on gün önce üyelere yazı olarak bildirme kuralı ile Genel Kurul'ca deİictirilir. Toplantıyı baİlaması ile Genel Kurul yeterli çoİunluİu aranır, Tüzük deİicikliİi için karar çoİunluİu mevcut üyelerin 2/3'ünü oyudur.

Fesih ve tasfiye

Madde 25 -

a) Dernek Kurulu her zaman, Derneİin feshine karar verebilir. Feshe karar verebilmek için Genel Kurul'a katılma hakkına sahip olan üyelerin en az üçte ikisinin toplantıya katılması şarttır.

b) Birinci toplantıda çoİunluk elde edilmezse ikinci defa toplantıya çağırılır. Bu çağrı üzerine toplanacak üyeler sayısı ne olursa olsun, fesih konusunu gürüçebilir. Fesih hakkında kararlar, hazır bulunan üyelerin üçte iki çoİunluİu ile alınır.

c) Derneİin fesih, Yönetim Kurulu tarafından 5 gün içinde en büyük mülki amire yazı ile bildirilir.

ç) Dernek fesholduktan sonra Derneİin bütün para va malları benzer amaçla başka bir teİekküle veya vakfa devrolunur.

d) Tasfiye ve intikal, Hükümet Komiseri ve Maliye temsilcisinin gözetiminde yapılır.

e) Bu işlemlere fesh, infisah ve kapatılmanın kesinleİtiİi tarihten itibaren başlanır.

Tüzükte açıklık olmayan haller

Madde 26 - Bu tüzükte açıklık bulunmayan durumlar için Dernek Kanunu ile Türk Medeni Kanunu'nun konuya iliİkin hükümlerine başvurulur.

ANNEX 12.5. PUBLIKATIONSLISTE DES TÜSİAD 1972-1999

TÜSİAD Yayınları (17 Eylül Tarihi itibarıyla)

Yayın Adı

1.	İç ve Dış Basında Duyurular	1972
2.	İmalat Sanayiinde Maliyet Analizi	1972
3.	Bir Endüstri Ulusu Doğuyor: Brezilya	1973
4.	Buğday Sorunu	1974
5.	Gelişme mi? Kar mı?	1974
6.	İhracatımızda Gelişmeler	1974
7.	İhracatta Vergi İadesi	1974
8.	İç Alemi - Hükümet Politikalarına Evrensel Bakış	1974
9.	İç İstevresi ve Eğitim	1974
10.	Kar Dağıtım Politikası ve Uygulaması	1974
11.	Karlar	1974
12.	Kurumlar Vergisi Üzerine bir İnceleme	1974
13.	Pamuk Sorunu	1974
14.	Turizm Sektöründe Yabancı Sermayesi	1974
15.	Yönetiminde Yeni Gelişmeler: İstevinin Yönetime Katılması	1974
16.	A.B.D. Raporu	1975
17.	Ekonominin Dönüşümü Üzerine Görüşler - Öneriler	1975
18.	İstev Ekonomisi	1975
19.	İstev Raporu	1975
20.	Kar	1975
21.	Pakistan Raporu	1975
22.	Sanayileşme ve Bölgesel Denge	1975
23.	Yatırımların, İhracatın, Turizm ve Döviz Kazandıran Hizmetlerin Teşviki Hakkında Tasarımlar	1975
24.	1975 Yılı Reklam Harcamaları	1976
25.	Başlıca Ekonomik Göstergeler	1976
26.	Göstergelerle Dünya Ekonomisi	1976
27.	Teşvik Belgesi Alan Yatırımların Gerçekleşmesi ve Sorunları	1976
28.	Türk Ekonomisine Üzerine Toplantılar	1976
29.	Türk Hür Tercübbüs Konseyi: 28 Kasım	1976
30.	Üçüncü Beş Yıllık Planın İlk Üç Yılına Değerlendirilmesi ve 1975 Yılı Programı Uygulaması	1976
31.	AET Araştırmaları No: 3 Katma Protokol çerçevesinde Neler Yapabilir	1977
32.	Turkish Good Will Mission to the United States	1977
33.	Türkiye AET Ortaklığına 10. Yılı	1977
34.	1978 Yılına Girerken ve 1980'lere Doğru Türkiye'nin Temel Sorunları Üzerine Görüşler - Öneriler	1978
35.	Döviz Kaynağı Olarak Yurt Dışı Müteahhitlik Hizmetleri	1978
36.	The Role of Voluntary Industrial Associations: In Industrial Development of Development Countries	1979
37.	Dünya ve Türkiye Nüfus ve Gıda Sorunları	1980
38.	Yurt Dışında (Dış Pazarda) Türk Müteahhitleri	1980
39.	Dış Yatırımlar: Teori ve Uygulama	1981
40.	Export: İhracat Raporu	1981
41.	Tarım Raporu	1981
42.	Mali Aracı Kuruluşlar	1982
43.	KİT Raporu	1982
44.	Kamu Bürokrasi	1983
45.	Speech to the Annual General Meeting of TÜSİAD	1984
46.	Türk Ekonomisi Tahmin Modeli 1965-1983	1984

47.	TÜSİAD Veri Bankası ile ilgili Açıklamalar	1984
48.	Dış Ticaret Raporu İthalat ve İhracatta Sorunlar ve Öneriler	1986
49.	Döviz Durumu ile ilgili Gelişmeler	1986
50.	Durum: İstanbul Piyasası	1986
51.	An Economic Model for Turkey 1965-1984	1986
52.	Özelleştirme: KİT'lerin Halka Satışında Başarı Kotulları	1986
53.	Turkish Business Mission to CNPF Seminar	1986
54.	Türkiye'de Et ve Et Ürünleri Sanayiinde Durum	1986
55.	Türkiye Sosyo Ekonomik Öncelikler, Hane Gelirleri, Harcamaları ve Sosyo-Ekonomik İhtiyaçlar Üzerine Dizisi (4 Cilt)	
	1. Sosyolojik ve Demokratik Yapı ile ilgili Bulgular Metodolojisi ve Uygulama	
	2. Türkiye'de Hane Geliri, Hane Halkı Harcamaları ve Hayat Standardı	
	3. Türk Halkının Sosyo - Ekonomik İhtiyaçları	
	4. Türk Hanesinde Sosyo - Ekonomik Beklentiler ve Değerlendirme	1986
56.	Türkiye Süt ve Süt Ürünleri Sanayiinde Durum	1986
57.	Türkiye Trafik Güvenliği Sorunu	1986
58.	TÜSİAD Guide to Business and Investments in Turkey	1986
59.	TÜSİAD Heyeti ile Fransız Ulusal İstisnalar Konseyi'nin Paris Toplantısı	1986
60.	Avrupa Topluluğu ve Türkiye'nin Tam Üyeliği Sorunu	1987
61.	1987 Yılı Başında İstanbul Piyasasında Durum	1987
62.	Dış Borçlar: Tahmin ve Analiz	1987
63.	How to Invest in Turkey	1987
64.	İç Borçlanma: Durum ve Sorunlar	1987
65.	İç Dünyasının Sorunları: Öncelikler, Beklentiler, Çözümler	1987
66.	Liberal Çözüm: Dünya'da Piyasa Ekonomisi Uygulamaları	1987
67.	Mısır Arap Cumhuriyeti: Temel Bilgiler ve Ekonomik Gelişmeler	1987
68.	Piyasa Ekonomisi ve Türkiye Uygulaması	1987
69.	Tarımın Dayanıklı Sanayide Durum	1987
70.	Trafik Güvenliğinde Sürücünün Kişiliğiyle ilgili Sorunlar	1987
71.	TÜSİAD Report on Privatization	1987
72.	Türk Ekonomisinin Üç Aylık Ekonometrik Modeli 1981	1987
73.	Türk Turizminin Bugünkü Durumu	1987
74.	Turkish Business Mission to Egypt	1987
75.	Türkiye Girişimcilik ile ilgili Sorunlar ve Çözümler	1987
76.	AT ve Türkiye'de Bankacılık: Uyumla ilgili Sorunlar	1987
77.	AT ve Türkiye'de Ulaştırma Sorunu: Uyumla ilgili Sorunlar	1988
78.	Avrupa Para Sistemi: ECU-Kullanılması, Geleceği ve Türkiye için Anlamı	1988
79.	1980 Sonrası Ekonomide Kamu - Özel Sektör Dengesi	1988
80.	AT Ülkeleri ve Japonya'daki Uygulamalar	1988
81.	Federal Almanya'daki Türk İş Adamlarının Ekonomik Potansiyeli ve Türk Ekonomisine Katkıları	1988
82.	Güncel Ekonomik Konularda TÜSİAD Kamuyu Araştırması: Tasarruf, Özelleştirme, Vergiler, Enflasyon	1988
83.	İspanya ve Portekiz'de Ekonomik Durum: Özellikle AT'na Katılmadan Sonraki Gelişmeler	1988
84.	Türkiye'de İstisnaların Boyutları: Bir Anket Çalışması	1988
85.	[sic!]	
86.	TÜSİAD Business Mission to Sweden	1988
87.	AT'de Şirketler Hukuku ve Sermaye Piyasası Çalışması	1989
88.	İstikrarlı Kalkınma ve Yeniden Sanayileşme için Ekonomik Çözümler	1989
89.	Sosyo - Ekonomik Konularda Üç Siyasi Partinin Programlarında Yer Alan ve Yerelmayan Görüşler	1989
90.	Türk Finans Sektörünün Dışa Açılması: Uyumla ilgili Sorunlar ve Öneriler	1989
91.	Türk Vergi Sistemi: Sorunlar ve Öneriler	1989
92.	Uluslararası İfite Vergilendirmeye Önleme Anlaşmaları ve Türkiye Uygulaması	1989
93.	TÜSİAD '88-'89 Kim Kimdir?	1989
94.	AT'de Tüketiciyi Koruma Politikaları ve Türkiye'de Durumu	1990
95.	Avrupa Topluluğu'nda Çevre Politikaları ve Uygulamaları	1990
96.	Başarıda Personelin Önemi	1990
97.	Piyasa Ekonomilerinde Endüstriyel Kalkınma Stratejileri	1990
98.	Sanayileşmede Teşvik Sistemi	1990

99.	Türkiye’de Eđitim: Sorunlar ve Deđiđime Yapısal Uyum Önerileri	1990
100.	„Uluslararası Pazarlamada Yeni Stratejiler“ Sempozyumu	1990
101.	Yasalarımız Haklarımız	1990
102.	Dış Pazarlarda Başarı Olma Yöntemleri: Ben bir Yabancıyım	1991
103.	Liderlerle Toplantılar: Siyasi Partilerin Sosyo - Ekonomik Konulardaki Karşılaşmalar Görüşleri	1991
104.	Orman Raporu	1991
105.	Türk Toplumunun Deđeri	1991
106.	Türkiye Ekonomisi için TÜSİAD Öncü Göstergeler Endeksi	1991
107.	TÜSİAD Member’s Company Profiles 1991	1991
108.	21. Yüzyıla Dođru Türkiye: Geleceđe Dönük bir Atılım Stratejisi (1.Bölüm)	1991
109.	21. Yüzyıla Dođru Türkiye: Geleceđe Dönük bir Atılım Stratejisi (2.Bölüm)	1991
110.	Conclusions and Recommendations of TÜSİAD Report on Privatization	1992
111.	İç Ahlak	1992
112.	Sanayileşmesinde Yönetim ve Toplumsal Uzlaşma	1992
113.	Türkiye Ekonomisinde Gelişmeler	1992
114.	Türkiye’de Özelleştirme Uygulamaları	1992
115.	Ulusal Katılım ve Uzlaşma Sempozyumu	1992
116.	Yerel Yönetimler: Sorunlar Çözümler	1992
117.	21. Yüzyıla Dođru Türkiye: Geleceđe Dönük bir Atılım Stratejisi (3.Bölüm)	1992
118.	100 Günde Türk Ekonomisi	1992
119.	Karadeniz Ekonomik İbirliliđ Bölgesi (KEİB): Ekonomik bir Deđerlendirme	1993
120.	21. Yüzyıla Dođru Türkiye: Geleceđe Dönük bir Atılım Stratejisi (4.Bölüm)	1993
121.	Toplam Kalite Yönetimi	1993
122.	„Turkey’s Challenge for the Year 2000“	1993
123.	İçletme ve Ulusal düzeyde „canlı uzlaşma modeli“	1993
124.	Meksika ve Arjantin’de Özelleştirme Uygulamaları	1993
125.	Privatization in Mexico and Argentina	1993
126.	Gelişmekte Olan Ülkelerde Özelleştirme Uygulamaları Sempozyumu	1993
127.	İstanbul Menkul Kimetler Borsası Genel Durum ve Öneriler	1993
128.	Kalite Ödülü	1993
129.	İngiltere’de Özelleştirme Uygulamaları Sempozyumu	1993
130.	Türkiye’de ve Dünyada Yükseköğretim, Bilim ve Teknoloji	1994
131.	Enerji Sektöründe Geleceđe Bakış. Arz, Talep ve Politikalar	1994
132.	Optimal Devlet: 21 Yüzyıl için Yeni bir Devlet Modeline Dođru	1995
133.	The Turkish Economy at the Beginning of 95 (Executive Summary)	1995
134.	Higher Education, Science and Technology in Turkey and in the World	1995
135.	Türkiye’de ve Dünyada Yüksek Öğretim, Bilim ve Teknoloji: Görüşler	1995
136.	Türkiye için Yeni bir Seçim Yöntemi Tasarımına Dođru	1995
137.	Dünya çapında bir Performansa Dođru	1995
138.	Türkiye için Yeni bir Orta Vadeli İstikrar Programına Dođru	1995
139.	2000’li Yıllara Dođru Süper Ekonomik Güç: İ in	1995
140.	Looking for the Future of Energy Sector	1995
141.	Optimal State: Towards a New State Model for the 21st Century	1995
142.	Yerel Yönetimler: Sorunlar Çözümler	1995
143.	Local Government in Turkey Problems and Solutions (Executive Summary)	1995
144.	1980 Sonrasında Kaynakların Kamu ve Özel Sektör arasında Paylaşımı..	1996
145.	Türkiye’de Kamu Harcamaları ve Kamu Borçlanması..	1996
146.	Şirketler Kesiminin Finansman Sorunları ve Alternatif Finansman Kay.	1996
147.	Emekli ve Mutlu: Türk Sosyal Güvenlik Sisteminin Sorunları, Çözüm...	1996
148.	Türkiye’nin İhracatında Uzun Vadeli bir Perspektif ve Öneriler	1996
149.	Seçim Sistemi Tartışması ve İki Turlu Sistem	1996
150.	Türkiye Demokratikleşme Perspektifleri	1997
151.	Dernekler Kanunu Taslağı	1997
152.	Yerel Yönetimler Yasa Taslağı	1997
153.	Memur Yargılanması Hakkında	1997
154.	Ombudsman Kurumu İncelemesi	1997
155.	Siyasal Partiler Yasası TÜSİAD „Demokratik Standartların Yükseltilmesi Paketi“ Tartışma Toplantıları Dizisi, (Panel 1)	1997
156.	Seçimler, TBMM ve Hükümet Sistemleri	

	TÜSİAD „Demokratik Standartların Yükseltilmesi Paketi“ Tartışma Toplantılar Dizisi, (Panel 2)	1997
157.	Türk Sosyal Güvenlik Sisteminde Yeniden Yapılanma Sorunlar, Reform ihtiyacı Arayışlar, Çözüm Önerileri	1997
158.	„Bilgi Teknolojilerinin Toplam Kalite Organizasyon Yapısındaki Yeri“ Semineri	1997
159.	Türkiye’de İstisna: Yapısal ve Yapısal Olmayan Özellikleri	1997
160.	Yerel Yönetimler TÜSİAD „Demokratik Standartların Yükseltilmesi Paketi“ Tartışma Toplantılar Dizisi, (Panel 3)	1997
161.	Hukuk Devleti ve Yargı TÜSİAD „Demokratik Standartların Yükseltilmesi Paketi“ Tartışma Toplantılar Dizisi, (Panel 4)	1997
162.	Opportunities and Challenges in the Eurasian Area	1997
163.	Rekabet Stratejileri ve En İyi Uygulamalar (Türk Elektronik Sektörü)	1997
164.	Rekabet Stratejileri ve En İyi Uygulamalar (Türk İmamo Sektörü)	1997
165.	Rekabet Stratejileri ve En İyi Uygulamalar (Türk Otomotif Sektörü)	1997
166.	İnsan Hakları TÜSİAD „Demokratik Standartların Yükseltilmesi Paketi“ Tartışma Toplantılar Dizisi, (Panel 5)	1998
167.	Kuzey Kıbrıs Türk Cumhuriyeti Ekonomisi: Sorunlar ve Çözüm Önerileri	1998
168.	Dış Ticarete Çevre Koruma Kaynakları Tarife Dışı Teknik Engeller ve Türk Sanayii için Eylem Planı	1998
169.	Türkiye’de Yeni bir Ekonomik ve Ticari Diploması Stratejisine Doğru	1998
170.	Yapılanma Düzeninde Kalite	1998
171.	Turkish Economy ‘98	1998
172.	21. Yüzyıla Girerken Türkiye’nin Enerji Stratejisinin Değerlendirilmesi	1998
173.	Gümrük Birliği çerçevesinde Rekabet Hukuku	1998
174.	Avrupa Birliği İşbirlik Birleştirmeleri Yönetmeliği	1998
175.	Rekabet Hukuku’nda Anlaşma, Uyumlu Eylem ve Kararlar	1998
176.	4054 Sayılı Rekabetin Kurulması Hakkında Kanun’un Uygulama Esasları	1998
177.	Avrupa Birliği’nde Hakim Durumun Kötüye Kullanılması	1998
178.	Avrupa Birliği’nde Blok Muafiyetler	1998
179.	Siyasi İstikrar ve İki Tulu Dar Bölge Seçim Sistemi Simülasyon Modeli	1998
180.	Avrupa Para Birliği’nde Ekonomik Politikalar ve Türkiye Üzerine Yansımaları	1998
181.	Altyapı Seviyeleme Analizi: Dokuz İl için Pilot Çalışma	1998
182.	Türkiye’nin Fırsat Penceresi Demografik Dönüşüm ve Etkileri	1998
183.	Taahhüt Araçları Yan Sanayide Teknoloji ve Yeni Ürün Geliştirme Yönetimi. Rekabet Stratejileri Dizisi 4	1998
184.	Türkiye’de Mesleki ve Teknik Eğitim Yeniden Yapılandırılması	1999
185.	Environmental Non-Tariff Technical Barriers to Trade and an Action Plan for Turkish Industry (Executive Summary)	1999
186.	Turkey’s Window of Opportunity Demographic Transition Process and its Consequences	1999
187.	II. Teknoloji Kongresi Bildirileri. 1.Haziran 1999. TÜBİTAK, TTGV, TÜSİAD	1999
188.	Beyaz Eçya Yan Sanayide Rekabet Stratejileri ve İstisna Mükemmeliyeti. Rekabet Stratejileri Dizisi 5	1999
189.	Quality in the Judicial System (Executive Summary)	1999
190.	Structural and Non-Structural Aspects of Unemployment: A Nairu Estimation for Turkey (Executive Summary)	1999
191.	Türkiye - Rusya İlişkilerindeki Yapısal Sorunlar ve Çözüm Önerileri	1999

Dokümantasyon ve Enformasyon Merkezi

ANNEX 12.6. TANÖR: PERSPEKTIVEN DER DEMOKRATISIERUNG IN DER TÜRKEI - INHALT

Bülent TANÖR:
Türkiye’de Demokratikleşme Perspektifleri.
İstanbul: TÜSİAD 1997.

İçindekiler:

Dünya	19
Türkiye	20
Ne yapılmalı?	21
Demokratikleşme nedir?	22
Kapsam ve plan	24
1. BÖLÜM / SİYASAL BOYUT	27
I) Siyasal Partiler	29
1) Kanun kapsamı (SPK md.2)	29
2) Siyasi partilerin tanımı (SPK md.3)	30
3) Siyasi partilerin vazgeçilmezliği ve niteliği (SPK md.4)	31
4) Üye olma ve üyelikten çekilme hakkı (SPK md.6)	32
5) Siyasi partilerin teçkilatı (SPK md.7)	33
6) Partilerin kurulması (SPK md.8)	34
7) Cumhuriyet Başsavcısının partilerin kuruluşunu denetlemesi (SPK md.8/son ve 9)	36
8) Siyasi parti sicili (SPK md.10)	37
9) Siyasi partileri üye olması (SPK md.11)	38
10) Merkez, il ve ilçe teçkilatları (SPK md.13-21)	40
11) Parti adaylarının tespiti (SPK md.37)	41
12) Yasaklar (SPK md.78-97)	42
- Demokratik Devlet düzeninin korunması ile ilgili yasaklar	42
- Bağımsızlığın korunması	43
- Azınlık yaratılmasının önlenmesi	44
- Diyanet işleri Bakanlığı'nın yerinin korunması	45
- Tüzük ve programlar ile parti faaliyetlerine ilişkin sınırlamalar	46
- Yan kuruluşlar yasası	47
- Dernek, sendika, vakıf, kooperatif ve meslek kuruluşlarıyla siyasi ilişki ve işbirliği yasası	48
- Temelli kapatılan siyasi partiler mensuplarının durumu	48
- Kullanılmayacak parti adları ve işaretler	49
- 12 Eylül 1980 Harekatına karşı beyan ve tutum yasası	50
- Yasaklama rejimi nasıl olmalı? İdeal çözüm nedir?	51
13) Siyasi partilerin kapatılması (SPK md.98-108)	52
II) Seçimler	52
1) Demokratik seçimi ilkeleri	52
2) Seçim sistemi	55
III) Türkiye Büyük Millet Meclisi	
1) Kuruluşu (AY md.75)	59

2) Milletvekili seçilme yeterliliği (AY md.76)	60
3) TBMM'nin seçim dönemi (AY md.77)	61
4) TBMM seçimlerinin geriye bırakılması ve ara seçimler (AY md.78)	61
5) Andıçme (AY md.81)	62
6) Üyelikle bağdaştımayan icler (AY md.82)	64
7) Yasama dokunulmazlığı (AY md.83)	65
a) Yasama sorumsuzluğu	66
b) Nisbi dokunulmazlığı	67
8) Üyelinin düşmesi (AY md.84)	70
9) TBMM'nin görev ve yetkileri (AY md.87)	72
10) Kanun hükmünde kararname çıkarma yetkisi verme (AY md.91)	72
11) Bakanlık Divanı (AY md.94)	73
12) İçtüzük (AY md.95)	74
13) Toplantı ve karar yeter sayısı (AY md.96)	75
14) Meclis araştırması (AY md.98/3, İçT md.105)	75
15) Meclis soruşturması (AY md.100, İçT md.111)	76
IV) Hükümet Sistemi	76
1) Bakanlık rejimi tartışması	76
2) Sistemde düzeltmeler	79
V) Sivilleşme Sorunu	82
1) Genelkurmay Bakanlığı (AY md.117)	82
2) Milli Güvenlik Kurulu (AY md.118)	83
VI) Kamu Yönetimi	85
1) Seçim	86
2) Katılım	88
3) Saydamlık	89
4) Olağanüstü hal	90
2. BÖLÜM / İNSAN HAKLARI	93
I) Genel Esaslar	95
1) Bağlanma	95
2) Temel hak ve hürriyetlerin sınırlandırılması (AY md.13)	97
3) Temel hak ve hürriyetlerin kötüye kullanılmaması (AY md.14)	99
4) Temel hak ve hürriyetlerin kullanılmasının durdurulması (AY md.15)	100
II) Kiçi Dokunulmazlık, Özgürlüğü ve Güvenliği	101
1) Yaşama hakkı ve ölüm cezası	102
2) Kolluk ve araçlar	103
3) İnceleme	106
4) Kiçi dokunulmazlığı ve güvenlik soruşturması	107
5) Yakalama ve gözaltı	110
6) Tutukluluk	113
III) Düşünsel Özgürlükler	114
1) Dinsel özgürlükler	114
a) İnanç özgürlüğü	114
b) İbadet özgürlüğü	115
c) Din öğretimi	116
2) Düşünce özgürlüğü ve „düşünce suçları“	120
3) Bilim ve sanat özgürlüğü	124
4) Kitleli iletişim özgürlükleri	128
a) Basın ve yayın özgürlüğü	129
b) Görsel-içitsel iletişim özgürlüğü	137
IV) Kollektiv Özgürlükler	139

1) Dernek özgürlüğü	139
2) Toplam ve gösteri yürüyüşleri özgürlüğü	140
3) Sendikal özgürlükler	147
V) Kürt Sorunu	152
1) Özel adlar	153
2) Yerleşim yerlerinin adları	154
3) Dil yasakları	154
4) Vatandaşlık	155
5) „Ana dil“ nedir?	155
6) Düşünceyi açıklama özgürlüğü	157
7) Basın, yayın ve sanat ürünleri	157
8) Dernek faaliyetleri	158
9) Radyo-TV yayınları	158
10) Siyasi partiler	158
3. BÖLÜM / HUKUK DEVLETİ	161
I) Hak arama Özgürlüğü	163
1) İdari yargı yoluna başvurma	164
2) Anayasa yargısı yoluna başvurma	166
3) Adli yargı yoluna başvurma	168
II) Yargısal Denetim Sorunları	169
1) İdari yargı	169
2) Anayasa yargısı	174
III) Bağımsızlık, Tarafsızlık ve Güvenceler	179
1) Genel olarak	176
2) Hakimler ve Savcılar Yüksek Kurulu	178
3) DiGer bazı idari ve örgütsel sorunlar	180
4) Askeri yargı	181
5) Yargıca yüklenmek istenen işlev	182
IV) Genel Öneriler	183
1) İdari yargı açısından	183
2) Anayasa yargısı açısından	184
3) Yargı bağımsızlığı ve güvenceler açısından	184

ANNEX 12.7. TEILNEHMER DER TÜSİAD DISKUSSIONSRUNDEN ZUR DEMOKRATISIERUNG

Teilnehmer der 'Diskussionsrunden bezüglich des TÜSIAD Pakets zur Verbesserung des demokratischen Standards' (*TÜSİAD Demokratik Standartlar Paketi Tartışma Toplantıları*).

1. Das Parteigesetz (Siyasal Partiler Yasası). İstanbul 05.05.1997.

Muharrem Kayhan	TÜSİAD Yönetim Kurulu Başkan
Prof. Dr. Bülent Tanör	İstanbul Üniversitesi
Prof. Dr. İsmet Akyol	İstanbul Üniversitesi
Prof. Dr. Erdoğan Teziç	Galatasaray Üniversitesi
Yılmaz Koç	TÜRK-İİ, DİSK, TESK'in „Sivil İnfisiyatif“ temsilcisi
Süleyman Arif Emre	Refah Partisi
Erkan Mumcu	Anavatan Partisi
Ahmet İyimaya	Doğru Yol Partisi
Prof. Dr. Hikmet Türk	Demokratik Sol Parti
Ali Topuz	Cumhuriyet Halk Partisi
Prof. Dr. Orhan Kavuncu	Büyük Birlik Partisi
Sinan Ülgen	Demokrat Türkiye Partisi

2. Wahlen, das Parlament und Regierungssysteme

(*Seçimler, TBMM ve Hükümet Sistemleri*). İstanbul 16.06.1997.

Muharrem Kayhan	TÜSİAD Yönetim Kurulu Başkan
Prof. Dr. N. Yüzbaşıoğlu	İstanbul Üniversitesi
Doç. Dr. Seyfettin Gürsel	Galatasaray Üniversitesi
Prof. Dr. Nur Vergin	Marmara Üniversitesi
Prof. Dr. M. Kamalak	Refah Partisi
Oltan Sungurluk	Anavatan Partisi
Nejat Arseven	Anavatan Partisi
Ahmet İyimaya	Doğru Yol Partisi
Prof. Dr. Hikmet S. Türk	Demokratik Sol Partisi
Atila Sav	Cumhuriyet Halk Partisi

3. Lokalverwaltungen (Yerel Yönetimler). İstanbul 10.10.1997.

Muharrem Kayhan	TÜSİAD Yönetim Kurulu Başkan
Dr. Selçuk Yalçındağ	TÜSİAD Yerel Yönetimler Yasa Taslağı Yazar
Hasan Arat	TÜSİAD Yönetim Kurulu Üyesi ve Parlamento İcl. Komisyonu Baç.
Recep Yazıcıoğlu	Erzincan Valisi
İsmet Gürbüz Cevilek	Trabzon Valisi
Celal Doğan	Gaziantep Büyükşehir Belediyesi Başkan
Recep Tayyip Erdoğan	İstanbul Büyükşehir Başkan
Nejat Arseven	ANAP Ankara Milletvekili
Rıza Akçal	DYP Manisa Milletvekili
Ahmet Piriçtina	DSP İzmir Milletvekili

4. Rechtsstaat und Urteil (Hukuk Devleti ve Yargı) İstanbul 03.12.1997.

Muharrem Kayhan	TÜSİAD Yönetim Kurulu Başkan
Dr. Can Paker	TÜSİAD Üyesi ve Parlamento İcleri Komisyonu Eski Başkan
Prof. Dr. Metin Günday	Ankara Üniversitesi
Prof. Dr. İbrahim Kaboğlu	Marmara Üniversitesi
Prof. Dr. Erdener Yurtcan	Yargıtay 14. Hukuk Dairesi Üyesi
Atila Säv	TBMM Anayasa Komisyonu Başkan

5. Menschenrechte (İnsan Hakları). İstanbul 28.02.1998.

Muharrem Kayhan	TÜSİAD Yönetim Kurulu Başkan
Halis Komili	TÜSİAD Yönetim Kurulu Eski Başkan
Doç. Dr. İref Ünal	Adalet Bakanlığı AT Koordinasyon Dairesi Başkan
Prof. Dr. Murat Belge	Helsinki Yurttaşlar Derneği Başkan
Prof. Dr. Bülent Tanör	İstanbul Üniversitesi

ANNEX 12.8. TEILNEHMER DES ERSTEN SİAD - GIPFELS 1997

I. SİAD Zirvesi'ne katılan SİAD'lar Listesi. 17 Ekim 1997¹

Adana Sanayici ve İcadamlar Derneği (ADSİAD)
Adıaman Sanayici ve İcadamlar Derneği (ADSİAD)
Afyon Sanayici ve İcadamlar Derneği (AFSİAD)
Amasya Sanayici ve İcadamlar Derneği (ASİAD)
Antalya Sanayici ve İcadamlar Derneği (ANSİAD)
Avcılar Sanayici ve İcadamlar Derneği (AVSİAD)
Balıkesir Sanayici ve İcadamlar Derneği (BASİAD)
Bandırma Sanayici ve İcadamlar Derneği (BANSİAD)
Batman Sanayici ve İcadamlar Derneği (BATSİAD)
Bismil Sanayici ve İcadamlar Derneği (BİSİAD)
Bolu Sanayici ve İcadamlar Derneği (BOSİAD)
Bursa Sanayici ve İcadamlar Derneği (BUSİAD)
Cizre Sanayici ve İcadamlar Derneği (CİSİAD)
Çanakkale Sanayici ve İcadamlar Derneği (ÇASİAD)
Çorum Sanayici ve İcadamlar Derneği (ÇORSİAD)
Denizli Sanayici; Bankacılar ve İcadamlar Derneği (DENSABİD)
Diybakır Sanayici ve İcadamlar Derneği (DİSİAD)
Edirne Sanayici ve İcadamlar Derneği (EDSİAD)
Ege Sanayici ve İcadamlar Derneği (ESİAD)
Eskişehir Sanayici ve İcadamlar Derneği (ESİAD)
Gaziantep Sanayici ve İcadamlar Derneği (GASİAD)
Giresun Sanayici ve İcadamlar Derneği (GISİAD)
Gümüşhaneli Sanayici ve İcadamlar Derneği (GÜSİAD)
Güneydoğu Sanayici ve İcadamlar Derneği (GÜNSİAD)
Hadımköy Sanayici ve İcadamlar Derneği (HASİAD)
Hatay Sanayici ve İcadamlar Derneği (HASİAD)
İskenderun Sanayici ve İcadamlar Derneği (İSSİAD)
İzmir Sanayici ve İcadamlar Derneği (İZSİAD)
Karşıyaka Sanayici ve İcadamlar Derneği (KASİAD)
Kayseri Sanayici ve İcadamlar Derneği (KAYSİAD)
Kocaeli Sanayici ve İcadamlar Derneği (KOSİAD)
Konya Sanayici ve İcadamlar Derneği (KOSİAD)
Manavgat Sanayici ve İcadamlar Derneği (MASİAD)
Mardin Sanayici ve İcadamlar Derneği (MARSİAD)
Mersin Sanayici ve İcadamlar Derneği (MESİAD)
Merter Sanayici ve İcadamlar Derneği (MESİAD)
Nusaybin Sanayici ve İcadamlar Derneği (NUSİAD)
Ostim Sanayici ve İcadamlar Derneği (OSİAD)
Sakarya Sanayici ve İcadamlar Derneği (SASİAD)
Samsun Sanayici ve İcadamlar Derneği (SAMSİAD)
Siirt Sanayici ve İcadamlar Derneği (SİSİAD)
Silivri Sanayici ve İcadamlar Derneği
Sincan, Etimesut, Yenikent Sanayici ve İcadamlar Derneği (SİSİAD)
Sinop Sanayici ve İcadamlar Derneği
Sivas Sanayici ve İcadamlar Derneği (SİSİAD)
Şanlıurfa Sanayici ve İcadamlar Derneği (ŞUSİAD)
Tarsus Sanayici ve İcadamlar Derneği (TASİAD)
Trabzon Sanayici ve İcadamlar Derneği (TSİAD)
Türk Sanayici ve İcadamlar Derneği (TÜSİAD)
Türkiye Sanayici ve İcadamlar Derneği (TÜSİBAK)
Baçkanlar Konseyi ve Ankara Sanayici ve İcadamlar Derneği (ASİAD)
Van Sanayici ve İcadamlar Derneği (VANSİAD)

¹<http://www.tusiad.org.turkish/organizasyon/siad.html>